

Europäische Geschichte im 19. Jahrhundert I: Von der amerikanischen zur französischen Revolution

Mittwoch, 19. 10. 2011

Das lange 19. Jahrhundert. Die Europäische Aufklärung.

Mittwoch, 26. 10. 2011

Die Neu-England-Kolonien als „Auswuchs“ Europas. Ihre Unabhängigkeit.

Mittwoch, 2. 11. 2011

Das Scheitern der Aufklärung in Europa: Frankreich, Preussen, Österreich, Russland

Mittwoch, 9. 11. 2011

Die französische Revolution und Europa 1789 – 1793

Mittwoch, 16. 11. 2012

Die französische Revolution und Europa 1793 - 1799

Das lange neunzehnte Jahrhundert

In Frankreich wird in der Geschichte nicht in Mittelalter und Neuzeit eingeteilt, sondern (wie im Buch von Alexis de Tocqueville) in Ancien Régime und Revolution. Die Voraussetzung für die Revolution ist das Scheitern des Ancien Régime, und das ist zum ersten Mal in den Neu-England-Staaten zwischen 1775 und 1785 passiert (Tocquevilles erstes wichtiges Buch ist *De la Démocratie en Amérique, 1835/1840*) und danach in Frankreich. Eine europäische Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts muss deshalb mit der grundlegenden Kritik der Aufklärung am Ancien Régime und mit den beiden Revolutionen beginnen, weil hier die Grundlagen für das neue Jahrhundert gelegt wurden.

Die europäische Aufklärung

Die Reformation wollte eine Erneuerung der Kirche und des Glaubens, aber das führte zur Spaltung und zu gegensätzlichen Positionen und damit zu einer gewissen Relativierung des Absoluten und zur distanzierenden Entwicklung der Philosophie.

Pierre Bayle (1647 - 1706), hugenottischer Herkunft aus Südfrankreich (Foix)

Professor in Rotterdam, 1693 wegen Freidenkerei entlassen

Commentaire Philosophique 1686, Dictionnaire critique et historique 1697

In dem Stand, in dem wir uns befinden, ist es unmöglich, sicher zu erkennen, ob die Wahrheit, die uns erscheint (ich spreche von der besonderen Wahrheit der Religion und nicht von den Eigenschaften der Zahlen oder den ersten Prinzipien der Metaphysik oder der geometrischen Anschauung), die absolute Wahrheit ist; denn alles, was wir tun können, ist, voll davon überzeugt zu sein, dass wir die absolute Wahrheit festhalten, dass wir nicht irren, dass es die anderen sind, die sich irren, und dass ihre Überzeugungen falsch sind und heidnisch oder ketzerisch. Wir können also an keinem sicheren Zeichen unterscheiden, was tatsächlich wahr ist, wenn wir es glauben und was nicht wahr ist, obwohl wir es glauben. ... Ein Papist ist ebenso überzeugt von seiner Religion wie ein Türke oder ein Jude von seiner und wir von unserer. .. Die falschesten Religionen haben ihre Märtyrer, ihre unglaublichen Kasteiungen, den Willen, Anhänger zu gewinnen, der bei den Rechtgläubigen den Willen zur Mildtätigkeit oft übertrifft, und eine extreme Bindung an ihre abergläubischen Zeremonien. In einem Wort, für einen Menschen kann nichts die Überzeugung der Wahrheit von der Lüge unterscheiden. So bedeutet es, mehr von ihm zu verlangen als er leisten kann, wenn man will, dass er diese Unterschied erkennt.

(Commentaire philosophique, T. II, chap. 10)

Montesquieu (1689 – 1755), Richter am Parlament von Bordeaux

Lettres Persanes 1721, De l'esprit des lois 1748

Voltaire (François-Marie Arouet 1694 – 1778), Notarssohn aus Paris, Lycée Louis-le-Grand
Lettres Philosophiques ou Lettres Anglaises 1734, Discours sur l'homme 1738, Eléments de la philosophie de Newton 1738, Le siècle de Louis XIV 1751, Essai sur les moeurs 1756, Dictionnaire philosophique portatif ou La Raison par alphabet 1764

Aus dem Artikel Dogmes: (Der Autor nimmt an mehreren Prozessen des Jüngsten Gerichts teil) Als alle diese Prozesse erledigt waren, hörte ich, wie folgende Anordnung erlassen wurde: Wir, der Ewige, Schöpfer, Bewahrer, Belohner, Rächer, Begnadiger usw. geben allen Bewohnern der hunderttausend Millionen Milliarden von Welten, die zu erschaffen uns gefallen hat, bekannt, dass wir niemals einen der besagten Bewohner nach seinen wirren Ideen verurteilen werden, sondern nach seinen Taten. Denn so ist unsere Gerechtigkeit.

Ich gebe zu, dass ich zum ersten Mal einen solchen Erlass hörte, denn alle die, die ich auf dem kleinen Sandkorn gelesen habe, wo ich geboren bin, endeten mit den Worten: Denn so ist unser Vergnügen.

Friedrich II. (der Große), König von Preussen (1712/1740 – 1786)

Aus dem Anti-Machiavell 1739: Das 16. Jahrhundert, in dem Machiavell lebte, hatte noch viel Barbarisches an sich. Damals zog man den düsteren Glanz der Eroberer und jene auffallenden Taten, die durch ihre Größe eine gewisse Ehrfurcht erregen, der Sanftmut, Gerechtigkeit, Milde und allen Tugenden vor. Jetzt, finde ich, gilt die Menschlichkeit mehr als alle Eigenschaften eines Eroberers. (Aus seinen ersten Verfügungen 1740) An seine Minister: So ist unsere Meinung nicht, dass ihr Uns inskünftige bereichern und Unsere armen Untertanen unterdrücken sollet, sondern ihr sollt verbunden sein, mit ebenso vieler Sorgfalt für das Beste des Landes als für Unser Bestes zu wachen; ja, des Landes Vorteil muss den Vorzug vor unserm eigenen besonderen haben, wenn sich beide nicht miteinander vertragen.

(über die katholischen Schulen): Die Religionen müssen alle toleriret werden, den(n) hier muss ein jeder nach seiner Fasson selig werden.

Jean-Jacques Rousseau (1712 – 1794), Genfer Bürger. Discours sur les sciences et les arts 1750, Discours sur l'origine de l'inégalité 1755, Du Contrat social 1762

Ich bin geboren als Bürger eines freien Staates und bin ein Glied des souveränen Volkes, und mag meine Stimme in den öffentlichen Angelegenheiten noch so geringen Einfluss haben, mein Recht, hier abzustimmen, genügt, mir die Pflicht aufzuerlegen, mich zu unterrichten. ...

Der Mensch ist frei geboren und immer ist er in Ketten. Manch einer hält sich für den Herrn über andere und ist doch mehr Sklave als sie. Wie hat sich diese Veränderung vollzogen? Ich weiß es nicht. Was kann sie rechtmäßig machen? Diese Frage glaube ich beantworten zu können. Betrachte ich nur die Gewalt und die Wirkung, die von ihr ausgeht, so würde ich sagen: Solange ein Volk gezwungen wird, zu gehorchen, und es gehorcht, tut es gut daran; sobald es das Joch abschütteln kann und es befreit sich, tut es besser. Denn wenn das Volk seine Freiheit mit demselben Recht wiedererlangt, mit dem man sie ihm geraubt hat, dann ist es entweder berechtigt, sie sich wieder zu nehmen, oder man hatte kein Recht, sie ihm zu nehmen. Die bürgerliche Ordnung ist ein heiliges Recht, von dem alle anderen Rechte sich herleiten. Aber dieses Recht stammt keineswegs von der Natur, es ist vielmehr auf Übereinkommen gegründet.

Immanuel Kant (1724 – 1804), Philosoph in Königsberg. Kritik der reinen Vernunft 1781.

Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? 1783: Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der EntschlieÙung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.

Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen, nachdem sie die Natur schon längst von fremder Leitung freigesprochen (naturaliter majorenes), dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben; und warum es anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen. Es ist so bequem, unmündig zu sein.

Katharina II. (die Große), Zarin von Russland, 1729/1762 - 1796

(Hans von Rimscha: Geschichte Russlands, Darmstadt 1970, S. 355):

Sie hat eine vielfältige literarische Tätigkeit entfaltet; sie verfasste, außer ihren berühmten „Instruktionen“, Dramen und Opern, Kinderbücher und geschichtliche, philosophische und pädagogische Traktate, Märchen und Sinnsprüche und, zum Kummer der Philologen, auch ein vergleichendes Sprachwörterbuch und schließlich in sieben verschiedenen Fassungen ihre Memoiren. Sie hielt

sich für philosophisch veranlagt und hat mit führenden Geistern ihrer Zeit (Voltaire, Grimm, Falconet, Diderot, d'Alembert, auch mit Friedrich dem Großen) in einem ausgedehnten Briefwechsel gestanden; sie erreichte es, auch auf geistigem Gebiet höher eingeschätzt zu werden, als sie es verdiente. Ihr unaufrichtiges, mündliches und schriftliches, Geplapper über Freiheit – „Du bist die Seele aller Dinge!“ – über republikanische Gesinnung, Schädlichkeit der Leibeigenschaft, Notwendigkeit eines Friedens usw. war eine „Art politischer Reklame für sich“ (Hoetzsch), um durch ein lautes Bekenntnis zu den damals modernen aufklärerischen Ideen die öffentliche Meinung des Westens für sich zu gewinnen. Gleichzeitig tat sie in Russland das Gegenteil von dem, was sie sagte. Die Kunst, philosophische Formeln im Wortlaut nach Bedarf mit großer Schlagfertigkeit zu zitieren, beherrschte sie vollkommen. Im Zeichen der Diskrepanz zwischen Wort und Tat, verbunden mit dem Umstand, dass die Menschen mehr dazu neigten, ihren Worten zu glauben als ihre Taten zu prüfen, hat ihre ganze Regierung gestanden.

Gotthold Ephraim Lessing (1729 – 1781), Bibliothekar in Wolfenbüttel
Nathan der Weise 1779 und die von Boccaccio entlehnte Ringparabel

Die Encyclopédie und ihre Autoren:

Denis Diderot (1713 – 1784), der Vater Handwerker, Jesuitenzögling in Langres, Studium in Paris, Maître ès Arts 1732, Wanderjahre, 1742 Bekanntschaft mit Rousseau, 1746 Pensées Philosophiques mit Kritik am Christentum, 1749 in Vincennes eingesperrt, 1750 Prospectus für die Encyclopédie, 20 Jahre Redaktionsarbeit.

Dichterische Werke: *So verfasste er 1760/61 den kirchenkritischen und zugleich empfindsamen meisterlichen kleinen Roman La Religieuse (=die Nonne), der den Leidensweg einer unfreiwilligen Nonne beschreibt und heute wohl sein meistgelesenes (und verfilmtes) Werk ist (gedruckt erst 1796). 1760-64 schrieb er den experimentellen Roman Le Neveu de Rameau (=Rameaus Neffe, erstmals gedruckt in Goethes deutscher Übersetzung 1805, in einer franz. Rückübersetzung 1821, im endlich wiederentdeckten Originaltext erst 1891). 1773 stellte er den schwer klassifizierbaren Roman Jacques le Fataliste (J. der Fatalist) fertig (gedruckt erst 1796). (wikipedia)*

Jean-Baptiste le Rond, genannt d'Alembert (1717 – 1783, Paris) war einer der bedeutendsten Mathematiker und Physiker des 18. Jahrhunderts und ein Philosoph der Aufklärung. Außerdem war er mit Diderot Herausgeber "für den mathematischen Teil" der Encyclopédie.

Seine Beiträge zur Encyclopédie, die zwischen 1751 und 1780 erschien, waren vielfältig. Er schrieb den Discours préliminaire im ersten Band, eine Art "Manifest der Aufklärung", verfasste über 1.570 signierte sowie rund 210 weitere unsignierte Beiträge, die überwiegend aus dem Umfeld der Naturwissenschaften stammen. Er war es auch, der durch polemische Vorworte und wichtige Artikel wie Dictionnaire oder Genève (Genf) die ideologische Richtung des Werkes steuerte.

Briefverkehr hatte d'Alembert noch mit "aufgeklärten Herrschern" wie Friedrich von Preussen und der russischen Zarin Katharina der Großen. Doch sein Misstrauen gegenüber den Herrschenden war immer wach. In seinem Essai sur les gens des lettres et sur les grands (Versuch über die Schreibenden und die Großen) verglich er 1759 die Weltanschauung des Adels mit dem der Denkenden. D'Alembert war auch ein glänzender Tacitus-Übersetzer. Er war sowohl Mitglied der Berliner Akademie, der Pariser Akademie als auch der Académie Française, deren Generalsekretär auf Lebenszeit er 1772 wurde. Zuletzt lebte er als Pensionär von Friedrich II. von Preussen.

Literatur:

Encyclopédie, ou Dictionnaire raisonné des Sciences, des Arts et des Métiers, par une Société de Gens de Lettres. Mis en ordre et publié par M. Diderot et quant à la Partie mathématique, par M. d'Alembert. A Paris 1751 – 1766, 17 Bände plus 11 Bildbände.

Diderots Encyclopädie. Eine Auswahl. Reclam Leipzig 2001.

Annette Selg/Rainer Wieland (Hrsg): Die Welt der Encyclopédie.

Die andere Bibliothek. Eichborn Frankfurt 2001.

Aus dem Prospekt für die Encyclopédie (1750)

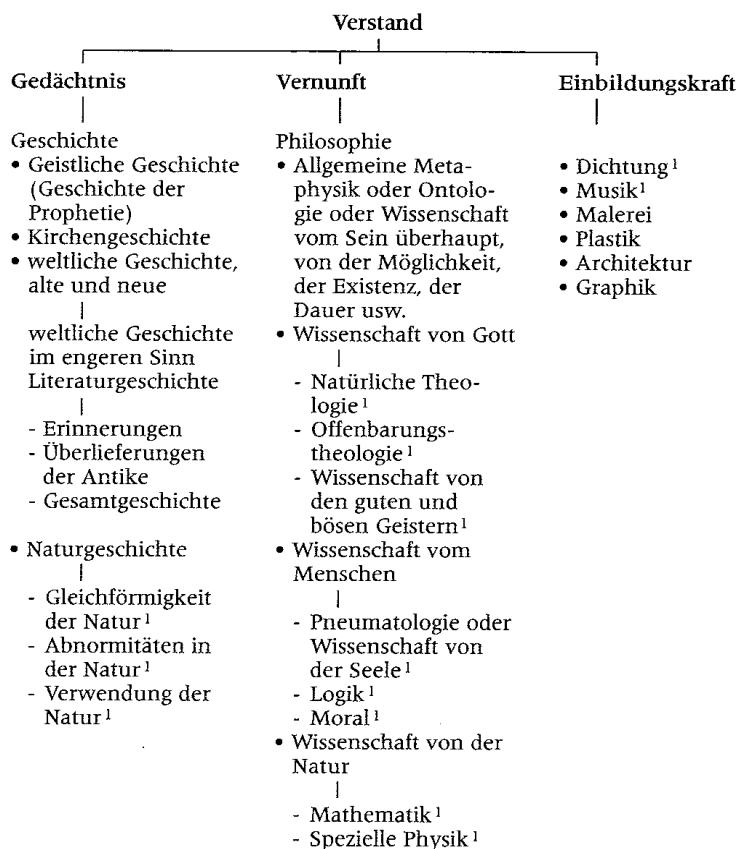
Mit dem englischen Autor haben wir erkannt, dass der erste Schritt zur sinnvollen und wohl durchdachten Ausarbeitung einer Enzyklopädie darin bestehen muss, einen Stammbaun aller Wissenschaften und Künste aufzustellen, der den Ursprung jedes Zweiges unserer Kenntnisse,

ihre wechselseitigen Verbindungen und ihren Zusammenhang mit dem gemeinsamen Stamm zeigen und uns dazu dienen sollte, die verschiedenen Artikel in Beziehung zu ihren Hauptgegenständen zu bringen. Dies war keine leichte Aufgabe. Es galt, auf einer Seite den Grundriss eines Werkes zu entwerfen, das nur in mehreren Folianten ausgearbeitet werden kann und das später einmal alle Kenntnisse der Menschen enthalten soll.

Dieser Baum des menschlichen Wissens konnte auf mancherlei Weise gebildet werden: entweder durch Beziehung unserer verschiedenen Kenntnisse auf die verschiedenen Fähigkeiten unserer Seele oder durch Beziehung derselben auf die Dinge, die sie zum Gegenstand haben. Die Schwierigkeit war aber um so größer, je größere Freiheit dabei bestand. Und wie sollte sie nicht dabei bestehen? Die Natur bietet uns nur besondere Dinge, unendlich viele, ohne irgendeine feststehende und bestimmte Einteilung. Alles in ihr ergibt sich durch unmerklich feine Übergänge. Und wenn aus diesem Meer von Gegenständen, die uns umgeben, einige wie Bergspitzen hervorragen und die anderen zu beherrschen scheinen, so verdanken sie diesen Vorzug nur besonderen Systemen, vagen Konventionen und gewissen sonderbaren Zufälligkeiten, die der natürlichen Anordnung der Dinge und den wahren Grundlehren der Philosophie fremd sind. Wenn wir nicht hoffen konnten, wenigstens die Naturgeschichte einer allumfassenden und jedermann zusagenden Einteilung zu unterwerfen, wie es Buffon und Daubenton nicht ohne gute Gründe vorgeschlagen haben - um wieviel mehr waren wir dann bei einem weitaus umfangreicheren Stoff dazu berechtigt, uns - wie Buffon und Daubenton - an irgendeine Methode zu halten, die befriedigend erscheint für Verständige, die einsehen, was die Natur der Dinge verträgt und was sie nicht verträgt! Am Schluss dieser Ankündigung findet man jenen Baum des menschlichen Wissens mit der Verketzung der Ideen, die uns bei diesem ungeheuren Unternehmen geleitet haben. ...

Von unseren Fähigkeiten haben wir unsere Kenntnisse abgeleitet. Die Geschichte verdanken wir dem Gedächtnis, die Philosophie der Vernunft und die Poesie der Einbildungskraft. Eine fruchtbare Einteilung, der sogar die Theologie sich fügt.

FIGÜRLICH DARGESTELLTES SYSTEM DER KENNTNISSE DES MENSCHEN



Die Neu-England-Kolonien

Die englischen Kolonien an der amerikanischen Ostküste waren Charterkolonien, d. h. sie wurden jeweils durch einen Schutzbrief – charter – der britischen Krone gegründet und geführt. Im 17. Jahrhundert waren es vor allem strenge Puritaner, die auswanderten, weil sie die strikte hochkirchliche Politik der Stuartkönige missbilligten und die wahre Gemeinde Christi gründen wollten.

Virginia wurde 1587 von Sir Walter Raleigh begründet und nach Königin Elisabeth benannt. Die erste Gründung ging wieder ein, 1603 schon unter König Jakob I. begann die Wiederbesiedlung. 1606 erhielt die London Company of Virginia einen Schutzbrief von König Jakob. Die Neusiedler gründeten die Stadt Jamestown. Die Kolonie wurde zu einer Kleinaristokratie von Landbesitzern, die seit 1619 Negersklaven einführten. 1624 wurde Virginia Kronkolonie.

1620 landete die Mayflower mit den Pilgrims' Fathers in Cape Cod und gründete Plymouth. Die neue Kolonie bekannte sich zu England und zur Selbstverwaltung. Das königliche Patent von 1629 begründete die Kolonie **Massachusetts**. Die Zahl der Auswanderer stieg wegen der harten Repression Karls I. und Boston wurde gegründet. Die Führung durch die starren Puritaner, die saints, kollabierte in Massachusetts nach den Hexenverfolgungen von Salem 1692.

Der radikale Prediger Roger Williams verließ Massachusetts und gründete 1636 die Stadt Providence. Daraus entstand die Kolonie **Rhode Island**. Ebenfalls 1636 führte eine andere Abspaltung zur Gründung von **Connecticut**. Beide Kolonien erhielten unter Karl II. 1662 Schutzbriefe. **New Hampshire** entzog sich dem Zugriff von Massachusetts und wurde 1679 Kronkolonie.

1632 stellte Karl I. für Lord Baltimore ein Patent aus. Der wollte eine Siedlung für treue Katholiken. Daraus entstand **Maryland** (nach der katholischen französischen Frau König Karls) und die Stadt Baltimore. 1663 gründete Karl II. eine neue Kolonie südlich von Virginia, die nach ihm Carolina hieß und sich später in **Northcarolina** und **Southcarolina** teilte. 1664 erhielt der Herzog von York, der Bruder des Königs, ein Patent für die Kolonie **New York**. Er übernahm die holländische Stadt Neu-Amsterdam und gab ihr den Namen New York. Eine Abspaltung davon wurde 1702 die Kronkolonie **New Jersey**.

1681 erhielt der Quäkerführer William Penn eine königliche charter zur Gründung einer Kolonie südwestlich von New York. So entstand **Pennsylvania**. Penn war philanthropisch und wollte für sein Land Glaubensfreiheit für alle Konfessionen. Quäker, Wiedertäufer, Mennoniten und andere unterdrückte religiöse Minderheiten aus ganz Europa kamen als Siedler nach Pennsylvania, dessen Hauptstadt Philadelphia wurde. Das Küstengebiet spaltete sich später ab und wurde zur Kolonie **Delaware**.

Die letzte Charterkolonie war **Georgia**, 1732 durch Dekret König Georgs I. gegründet. Sie sollte ursprünglich der Rehabilitation von Strafgefangenen dienen. Sklaverei und Alkohol waren verboten, gleicher Landbesitz sollte Chancengleichheit fördern. Aber der Versuch scheiterte, und 1752 wurde Georgia als direkte Kronkolonie übernommen.

Die britischen Kolonien waren also alles andere als eine wirtschaftliche oder staatspolitische Einheit, sondern vielmehr eine verwirrende Vielfalt, was Konfessionen, Ökonomie, Verwaltung, Selbstverwaltung und Staatsaufbau betraf. Die Gouverneure wurden in der Regel von England ernannt, die einzelnen Kolonien hatten sehr unterschiedliche Mitspracherechte, das Wahlrecht in den einzelnen Kolonien war an Besitz gebunden. Die britischen Auswanderer fühlten sich England zugehörig, in den Konflikten mit den Stuartkönigen waren sie eher königstreu. Die Zugehörigkeit zum Vereinigten Königreich bot ihnen einen gewissen Schutz vor den Spaniern, die Florida, Mexiko und die Westküste (San Francisco, Los Angeles) beherrschten, und noch mehr vor den Franzosen, die von Kanada und vom Mississippi her die Kolonien umklammerten. Von diesem Druck befreite sie der französisch-englische Krieg von 1756 bis 1763, parallel zum Siebenjährigen Krieg. Frankreich musste im Frieden von Paris Kanada an England abtreten.

König Georg III. (König von 1760 bis 1820) wollte möglichst viele Rechte, die seine Vorgänger an das Parlament abgegeben hatten, für die Krone zurückholen. Er regierte deshalb vorwiegend mit Tories, am längsten mit Lord North, Premierminister von 1770 bis 1782. Eines der Probleme, mit denen sich König Georg konfrontiert sah, war die Schuldenlast, die der Krieg mit sich gebracht hatte und die nur durch höhere Steuern abgebaut werden konnte. König Georg war der Meinung, dass die Kolonien mehr zum Abbau der Schulden beitragen müssten, weil der Krieg ja zu ihrem Schutz geführt worden sei. Die Kolonien hielten dagegen, dass sie im englischen Parlament nicht vertreten seien und dass Besteuerung ohne parlamentarische Vertretung ungesetzlich sei: *No taxation without representation*. Damit begann die Konfrontation.

Nach dem Frieden von Paris hatte die englische Regierung 1763 für die Kolonien ein Verbot erlassen, sich ohne Genehmigung nach Westen über die bisherigen Grenzen auszudehnen. Das war zum Schutz der Indianer gedacht, aber die Siedler hielten das Verbot für eine reine Schikane. Dazu kam von 1765 an eine stärkere Politik der Einmischung der Krone in innere Angelegenheiten der Kolonien und die Suche nach neuen Steuerquellen. Dazu gehörte die Stempelsteuer von 1765, eine zusätzliche Abgabe auf jeden schriftlichen Verwaltungsakt. An sich war die Steuerbelastung in England fünfzigmal höher als in den Kolonien und die Steuermoral sehr viel schlechter. Aber die Stempelsteuer sollte direkt nach England fließen, und die Siedler fühlten sich ausgebeutet. Ein eigener Stempelsteuernkongress in New York formulierte den Widerspruch an das Parlament: *Es ist für die Freiheit eines Volkes unabdingbar und das unbezweifelte Recht von Engländern, dass ihnen keine Steuern auferlegt werden ohne ihre Zustimmung, die sie persönlich oder durch ihre Abgeordneten erteilt haben.*

Das Volk dieser Kolonien ist im Unterhaus von Großbritannien nicht vertreten und kann es wegen der geographischen Gegebenheiten auch nicht sein.

Die einzigen Vertreter des Volkes dieser Kolonien sind Personen, die von ihm selbst gewählt worden sind. Keine Steuern sind ihm jemals in verfassungsmäßiger Weise auferlegt worden und können ihm in Zukunft auferlegt werden, außer durch seine jeweiligen Legislativen.

Da alle Bewilligungen für die Krone freiwillige Gaben des Volkes sind, ist es unvernünftig und unvereinbar mit den Grundsätzen und dem Geist der britischen Verfassung, dass das Volk Großbritanniens Seiner Majestät das Eigentum der Bewohner der Kolonien übereignet.

Die britische Regierung versuchte immer wieder, neue Steuern und Belastungen zu erzwingen und durchzusetzen. Damit erreichte sie aber nur, dass die Bewegung zur völligen Loslösung von England, *sons of liberty*, die unter der Führung von Samuel Adams und Thomas Jefferson entstanden war, immer mehr Anhänger fand. Ein Höhepunkt der Auseinandersetzung war die Boston Tea Party 1773, bei der als Indianer verkleidete Bürger ein Schiff der Ostindischen Kompanie stürmten und den Tee über Bord warfen, der kurioserweise billiger gewesen wäre, aber Einnahmen der illegalen Teehändler gefährdet hätte. Daraufhin beschloss die britische Regierung 1774 die unerträglichen Gesetze, *intolerable acts*, mit Repressionsmassnahmen und Beschlagnahmungen. Die Kolonisten beriefen für September einen Kontinentalkongress nach Philadelphia, an dem sich alle 13 Kolonien beteiligten und der den Boykott des Handels mit England beschloss. England erklärte im Februar 1775 Massachusetts zur abtrünnigen Provinz und beschloss am 30. März, die abtrünnigen Provinzen zu bestrafen. Das war die faktische Kriegserklärung. Der Krieg begann mit kleineren Aktionen. Die Lage der Siedler war nicht einfach, da nur die Briten Militär hatten, die Indianer mit den Briten sympathisierten und auch viele Siedler gefühlsmäßig zur britischen Seite neigten.

Im Juni 1776 debattierte der Konvent von Virginia über die Loslösung von England und stellte dabei in der Virginia Declaration vom 12. Juni 1776 Grundsätze für einen neuen Staat auf. Diese vor allem von George Mason formulierte Erklärung ist die Anwendung der Ideen der Aufklärung, die erste staatsrechtliche Formulierung von Grundrechten und für eine demokratische Verfassung, das Vorbild für jede spätere Menschenrechtsformulierung:

Die Grundrechte von Virginia vom 12. Juni 1776

Eine Erklärung der Rechte, von den Vertretern der guten Bevölkerung von Virginia, in vollständiger und freier Versammlung zusammengetreten, abgegeben über die Rechte, die ihnen und ihrer Nachkommenschaft als Grundlage und Fundament der Regierung zustehen.

Artikel 1

Alle Menschen sind von Natur aus in gleicher Weise frei und unabhängig und besitzen bestimmte angeborene Rechte, welche sie ihrer Nachkommenschaft durch keinen Vertrag rauben oder entziehen können, wenn sie eine staatliche Verbindung eingehen, und zwar den Genuss des Lebens und der Freiheit, die Mittel zum Erwerb und Besitz von Eigentum und das Erstreben und Erlangen von Glück und Sicherheit.

Artikel 2

Alle Macht ruht im Volke und leitet sich folglich von ihm her; die Beamten sind nur seine Bevollmächtigten und Diener und ihm jederzeit verantwortlich.

Artikel 3

Eine Regierung ist oder sollte zum allgemeinen Wohle, zum Schutze und zur Sicherheit des Volkes, der Nation oder Allgemeinheit eingesetzt sein; von all den verschiedenen Arten und Formen der Regierung ist diejenige die beste, die imstande ist, den höchsten Grad von Glück und

Sicherheit hervorzubringen, und die am wirksamsten gegen die Gefahr schlechter Verwaltung gesichert ist; die Mehrheit eines Gemeinwesens hat ein unzweifelhaftes, unveräußerliches und unverletzliches Recht, eine Regierung zu verändern oder abzuschaffen, wenn sie diesen Zwecken unangemessen oder entgegengesetzt befunden wird, und zwar so, wie es dem Allgemeinwohl am dienlichsten erscheint.

Artikel 4

Kein Mensch oder keine Gruppe von Menschen ist zu ausschließlichen und besonderen Vorteilen und Vorrechten seitens des Staates berechtigt, außer in Anbetracht öffentlicher Dienstleistungen; da diese nicht vererbt werden können, sollen auch die Stellen der Beamten, Gesetzgeber oder Richter nicht erblich sein.

Artikel 5

Die gesetzgebende und die ausführende Gewalt des Staates sollen von der richterlichen getrennt und unterschieden sein; die Mitglieder der beiden ersteren sollen dadurch, dass sie die Lasten des Volkes mitfühlen und mittragen, von einer Unterdrückung abgehalten werden und deshalb in bestimmten Zeitabschnitten in ihre bürgerliche Stellung entlassen werden und so in jene Umwelt zu-rückkehren, aus der sie ursprünglich berufen wurden; die freigewordenen Stellen sollen durch häufige, bestimmte und regelmäßige Wahlen wieder besetzt werden, bei denen alle oder ein gewisser Teil der früheren Mitglieder wiederwählbar oder nicht sind, je nachdem es die Gesetze bestimmen.

Artikel 6

Die Wahlen der Abgeordneten, die als Volksvertreter in der Versammlung dienen, sollen frei sein; alle Männer, die ihr dauerndes Interesse und ihre Anhänglichkeit an die Allgemeinheit erwiesen haben, besitzen das Stimmrecht. Ihnen kann ihr Eigentum nicht zu öffentlichen Zwecken besteuert oder genommen werden ohne ihre eigene Einwilligung oder die ihrer so gewählten Abgeordneten, noch können sie durch irgendein Gesetz gebunden werden, dem sie nicht in gleicher Weise um des öffentlichen Wohles willen zugestimmt haben.

Artikel 10

Allgemeine Vollmachten, durch die ein Beamter oder ein Beauftragter ermächtigt wird, verdächtige Plätze zu durchsuchen, ohne daß eine begangene Tat erwiesen ist, oder eine oder mehrere Personen, die nicht benannt sind, oder solche, deren Vergehen nicht durch Beweisstücke genau beschrieben ist oder offensichtlich zutage liegt, festzunehmen, sind kränkend und bedrückend und sollen nicht genehmigt werden.

Artikel 7

Jede Gewalt, Gesetze aufzuschieben oder auszuführen durch irgendeine Autorität ohne Einwilligung der Volksvertreter, ist ihren Rechten abträglich und soll nicht durchgeführt werden.

Artikel 8

Bei allen schweren oder kriminellen Anklagen hat jedermann ein Recht, Grund und Art seiner Anklage zu erfahren, den Anklägern und Zeugen gegenübergestellt zu werden, Entlastungszeugen herbeizurufen und eine rasche Untersuchung durch einen unparteiischen Gerichtshof von zwölf Männern seiner Nachbarschaft zu verlangen, ohne deren einmütige Zustimmung er nicht als schuldig befunden werden kann; auch kann er nicht gezwungen werden, gegen sich selbst auszusagen; niemand kann seiner Freiheit beraubt werden außer durch Landesgesetz oder das Urteil von seinesgleichen.

Artikel 9

Es sollen keine übermäßige Bürgschaft verlangt, keine übermäßigen Geldbußen auferlegt, noch grausame und ungewöhnliche Strafen verhängt werden.

Artikel 11

Bei Streitigkeiten bezüglich des Eigentums und bei Händeln persönlicher Art ist die altherkömmliche Verhandlung vor einem Geschworenengericht jeder anderen vorzuziehen und soll heilig gehalten werden.

Artikel 12

Die Freiheit der Presse ist eines der starken Bollwerke der Freiheit und kann nur durch despotische Regierungen beschränkt werden.

Artikel 13

Eine wohlgeordnete Miliz, aus der Masse des Volkes gebildet und im Waffendienst geübt, ist der geeignete, natürliche und sichere Schutz eines freien Staates; stehende Heere sollen in

Friedenszeiten als der Freiheit gefährlich vermieden werden; auf alle Fälle soll das Militär der Zivilgewalt streng untergeordnet und von dieser beherrscht werden.

Artikel 14

Das Volk hat ein Recht auf eine einheitliche Regierung; daher soll keine Regierung gesondert oder unabhängig von der Regierung Virginias innerhalb dessen Grenzen errichtet oder eingesetzt werden.

Artikel 15

Eine freie Regierung und die Segnungen der Freiheit können einem Volke nur erhalten werden durch strenges Festhalten an der Gerechtigkeit, Mäßigung, Enthaltbarkeit, Sparsamkeit und Tugend und durch häufiges Zurückgreifen auf die Grundprinzipien.

Artikel 16

Die Religion oder die Ehrfurcht, die wir unserem Schöpfer schulden, und die Art, wie wir sie erfüllen, können nur durch Vernunft und Überzeugung bestimmt sein und nicht durch Zwang oder Gewalt; daher sind alle Menschen gleichermaßen zur freien Religionsausübung berechtigt, entsprechend der Stimme ihres Gewissens; es ist die gemeinsame Pflicht aller, christliche Nachsicht, Liebe und Barmherzigkeit aneinander zu üben.

Wenig später trafen sich die Vertreter der 13 Kolonien zu einem zweiten Kontinentalkongress und beschlossen am 4. Juli 1776 die von Thomas Jefferson entworfene Unabhängigkeitserklärung, die Formulierungen der Virginia Declaration wieder aufnahm: (deutsche Übersetzung 1849, Internet)

Declaration of Independence (4. Juli 1776)

Wenn im Laufe menschlicher Begebenheiten ein Volk genöthigt wird, die politischen Bande aufzulösen, die es bisher mit einem anderen vereinten, und unter den Mächten der Erde die gesonderte und gleiche Stellung einzunehmen, zu welcher es durch die Gesetze der Natur und des Schöpfers derselben berechtigt ist, so erheischt die geziemende Achtung vor den Meinungen des Menschengeschlechts, dass es die Ursachen öffentlich verkünde, welche jene Trennung veranlassen.

Wir halten die nachfolgenden Wahrheiten für klar an sich und keines Beweises bedürftig, nämlich: dass alle Menschen gleich geboren; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt sind; dass zu diesen Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit gehöre; dass, um diese Rechte zu sichern, Regierungen eingesetzt sein müssen, deren volle Gewalten von der Zustimmung der Regierten herkommen; dass zu jeder Zeit, wenn irgend eine Regierungsform zerstörend auf diese Endzwecke einwirkt, das Volk das Recht hat, jene zu ändern oder abzuschaffen, eine neue Regierung einzusetzen, und diese auf solche Grundsätze zu gründen, und deren Gewalten in solcher Form zu ordnen, wie es ihm zu seiner Sicherheit und seinem Glück am zweckmäßigsten erscheint. - Klugheit zwar gebiete, schon lange bestehende Regierungen nicht um leichter und vorübergehender Ursachen willen zu ändern, und dieser gemäß hat alle Erfahrung gezeigt, dass die Menschheit geneigter ist, zu leiden, so lange Leiden zu ertragen sind, als sich selbst Rechte zu verschaffen, durch Vernichtung der Formen, an welche sie sich einmal gewöhnt. Wenn aber eine lange Reihe von Mißbräuchen und rechtswidrigen Ereignissen, welche unabänderlich den nämlichen Gegenstand verfolgen, die Absicht beweist, ein Volk dem absoluten Despotismus zu unterwerfen, so hat dieses das Recht, so ist es dessen Pflicht, eine solche Regierung umzustürzen, und neue Schutzwehren für seine künftige Sicherheit anzuordnen. Dieser Art war das nachsichtige Dulden dieser Kolonien, und dieser Art ist nun auch die Nothwendigkeit, durch welche sie gezwungen werden, das frühere System der Regierung zu ändern. Die Geschichte des gegenwärtigen Königs von Großbritannien ist eine Geschichte von wiederholten Ungerechtigkeiten und eigenmächtigen Anmaßungen, die alle die direkte Absicht haben, eine unumschränkte Tyrannei über diese Staaten zu errichten. Um dieses zu beweisen, seien hiermit Thatfachen der unpartheiischen Welt vorgelegt:

Er hat ... (es folgen die Anklagepunkte gegen König Georg III.)

Er hat unter uns innere Aufstände erregt, und gegen die Bewohner unsrer Grenzen jene unbarmherzigen Indianer aufzubringen getrachtet, deren bekannte Kriegsweise ein rücksichtsloses Vertilgen jedes Alters, Geschlechts und Standes ist.

Bei jedem grade dieser Unterdrückungen haben wir in den unterthänigsten Ausdrücken um Abhülfe gebeten: unsere wiederholten Bitten wurden nur durch wiederholtes Unrecht beantwortet. - Ein Fürst, dessen Charakter so durch jede seiner Handlungen als Tyrann bezeichnet wird, ist untüchtig, der Herrscher eines freien Volkes zu sein.

Wir haben es nicht an Aufforderungen an unsere britischen Brüder fehlen lassen. Wir haben sie von Zeit zu Zeit vor den Versuchen gewarnt, durch ihre Gesetzgebung eine unerlaubte Rechtspflege über uns auszuüben. Wir haben sie an die Zeitumstände unserer Auswanderung und hiesigen Niederlassung erinnert. Wir haben an ihre angeborene Gerechtigkeitsliebe, ihre Hochherzigkeit appelliert, und sie bei den Banden unsrer gemeinschaftlichen Abkunft beschworen, jenen rechtswidrigen Eingriffen zu entsagen, die unvermeidlich unsere Verbindungen und unser Einverständnis unterbrechen würden. Doch auch sie waren taub gegen die Stimme der Gerechtigkeit und der Blutsverwandschaft. Wir müssen daher der Nothwendigkeit nachgeben, welche unsre Trennung erheischt, und die Briten für das halten, wofür uns die übrige Menschheit gilt, für Feinde im Krieg, für Freunde im Frieden.

Wir daher, die Volksvertreter der Vereinigten Staaten von Amerika, versammelt im Generalkongress, und den höchsten Richter der Welt zum Zeugen für die Reinheit unsrer Absichten anrufend, verkünden hiermit feierlichst im Namen und aus Machtvollkommenheit des guten Volks dieser Kolonien, dass diese vereinten Kolonien freie und unabhängige Staaten sind, und es zu sein das Recht haben sollen; dass sie losgesprochen sind von allem Gehorsam gegen die britische Krone, und dass alle politische Verbindung zwischen ihnen und dem britischen Reiche gänzlich aufgelöst ist und sein soll; dass sie als freie und unabhängige Staaten volle Gewalt haben, Krieg anzufangen, Frieden zu schließen, Bündnisse einzugehen, Handelsverbindungen zu eröffnen, und alle andern Beschlüsse und Akte zu verrichten, zu welchen unabhängige Staaten rechtlich befugt sind. Und zur Aufrechterhaltung dieser Erklärung verbürgen wir uns, mit festem Vertrauen auf den Schutz der göttlichen Vorsehung, wechselseitig mit unserm Leben, unserm Vermögen, und unsrer unverletzten Ehre.

Die Unabhängigkeitserklärung von 1776 ist begründet mit dem tyrannischen Vorgehen des englischen Königs, aber auch mit den naturrechtlichen Erkenntnissen der Aufklärung, mit dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung ihrer Regierung, dem Recht auf Änderung einer Regierung, wenn sie dem Willen des Volkes nicht mehr entspricht. Diese Wahrheiten sind klar und bedürfen keines Beweises.

Die Unabhängigkeitserklärung schaffte 13 neue unabhängige Staaten. Diese 13 Staaten mussten nun jeweils eine neue staatliche Ordnung finden, eine von der englischen Monarchie unabhängige Verfassung. Und sie mussten ihre Unabhängigkeit erkämpfen und bewahren. Dazu schlossen sie sich zusammen und ernannten George Washington zu ihrem gemeinsamen militärischen Führer. Als unabhängige Staaten hatten sie auch das Recht, sich Verbündete zu suchen, und sie fanden einen sehr wichtigen Verbündeten im Königreich Frankreich, dem Mutterland der Aufklärung, das unter seinem jungen König Ludwig XVI. auf eine Revanche für die demütigende Niederlage von 1763 drängte. Frankreich unterstützte die ehemaligen Kolonien militärisch zu Lande und zur See. Der Friede von Paris 1783 brachte die Anerkennung der Unabhängigkeit der früheren Kolonien als Unabhängige Vereinigte Staaten von Amerika.

Der Congress von 1776 beschloss nicht nur die Declaration, sondern auch die Bildung einer Konföderation, *the articles of confederation and Perpetual Union*. Das war schon wegen der Kriegsführung notwendig. Der Congress wurde zur faktischen Zentrale, George Washington wurde zum Oberbefehlshaber gewählt und ein Bündnis mit Frankreich gesucht. Aber erst 1781 wurde die Konföderation in den Mitgliedstaaten beschlossen, und sie war institutionell zu schwach und nicht lebensfähig, vor allem weil der Congress keine Steuern erheben konnte und von den Staaten abhängig war, die nicht zahlten. Deshalb beschloss der Congress 1786, eine neue Convention einzuberufen, und zwölf Staaten (außer Rhode Island) schickten Delegierte, wenn auch zögerlich. George Washington wurde zum Präsidenten der *Constitutional Convention* gewählt. Nach langen zähen Verhandlungen wurde am 17. September 1787 die neue Verfassung, die in nur 6 Artikeln den Rahmen für die zukünftige Ordnung der Vereinigten Staaten festlegt, beschlossen. Artikel 7 legt die Ratifizierung fest, die in den Einzelstaaten bis Mai 1790 abgeschlossen war. Die Verfassung bringt ein Gleichgewicht zwischen den Einzelstaaten und der Zentralregierung. Die Partei, die sich durchgesetzt hatte, waren die *Federalists*, die mehr Rechte für die Union wollten. Am 4. Februar 1789 wurde George Washington vom Wahlmännerkollegium zum ersten Präsidenten gewählt, im Herbst 1792 wurde er wiedergewählt. Der Präsident wurde als Monarch auf Zeit angesehen, als Staatsoberhaupt und Regierungschef. Das Abgeordnetenhaus vertrat das Volk, der Senat und das Wahlmännerkollegium die Bundesstaaten.

Frankreich und die amerikanische Revolution

Der Marquis de Lafayette, 1757 in eine Familie des Militäradels geboren und selber Offizier, war ein begeisterter Anhänger der Ideen der Aufklärung. Nach der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung sammelte er 1777 eine Freiwilligentruppe und stellte sich den amerikanischen Unabhängigkeitskräften zur Verfügung. Er wurde zum General ernannt und kämpfte auf verschiedenen Schauplätzen mit. Inzwischen war Benjamin Franklin nach Paris gegangen und hatte dort als Vertreter des neuen Amerika viel Sympathie gefunden und erworben. 1778 nach dem ersten großen Sieg der Amerikaner, der Kapitulation von Bourgoyne in Saratoga, verbündete sich Frankreich mit den USA, und 1779 kehrte Lafayette für einige Zeit nach Frankreich zurück, um für die Freiheit Amerikas zu werben und zu sammeln. Das offizielle Frankreich beteiligte sich am Krieg zunächst durch die Störung des englischen Handels- und Nachschubverkehrs über See und hatte damit erstaunliche Erfolge. 1780 landete sogar ein französisches Heer unter General de Rochambeau in Rhode Island, und Lafayette wie Rochambeau und die französische Flotte waren an der Einschließung von Cornwallis in Yorktown beteiligt, die 1781 zur Kapitulation, zum Sturz der Regierung North und zum Beginn der Friedensverhandlungen in Paris führte.

Der Krieg in und um Amerika war in Frankreich sehr populär, zum einen, weil es um die Ideen der Aufklärung ging, die im französischen Bürgertum viele Anhänger hatte und für die Lafayette ebenso wie Benjamin Franklin warben, zum andern war es die Revanche gegen England und für die demütigende Niederlage von 1763, als Frankreich auf Kanada und auf die indischen Besitzungen verzichten musste. 1782 erschien das Buch von Abbé Raynal *La révolution en Amérique* und wurde ein großer Erfolg. Am 22. Oktober wurde der Dauphin geboren, und damit war der junge König Ludwig XVI. im siebten Jahr seiner Regierung auf der Höhe seiner Beliebtheit und seines Ansehens. Aber auch die Erwartungen an ihn waren hoch: grundlegende Reformen auch in Frankreich, dem Mutterland der Aufklärung.

Ludwig XVI. war ein schwerfälliger Mann ohne große Geistesgaben und zutiefst in den adligen Vorurteilen von Gottesgnadentum und höheren Rechten des Adels gefangen. Sein Großvater Ludwig XV., in Frankreich vor allem als libertinärer Frauenheld abgestempelt, hatte verschiedentlich Reformen in Angriff genommen, so zuletzt 1771 eine Entmachtung des Pariser Parlamentes, das jede gegen die Privilegien des Adels gerichtete Gesetzgebung blockierte. Die Parlamentsrichter wurden aus Paris verbannt, und ein modernes oberstes Gericht, das nach seinem Schöpfer Parlement Maupeou genannt wurde, übernahm die Rechtsprechung. Obwohl Voltaire die Neuerung begrüßte, schafften es die Parteigänger des alten Parlamentes, das als einen Schlag gegen das Volk darzustellen, und Ludwig XVI. beeilte sich nach seiner Thronbesteigung 1774, die Reform rückgängig zu machen. Er machte den 1701 geborenen Grafen Maurepas zum neuen Premierminister, und der nahm im Lauf der Zeit alle aufgeklärten Reformen Ludwigs XV. zurück und stärkte die Privilegien des Hochadels und der Geistlichkeit. Die staatlichen Finanzen waren in einem verzweifelten Zustand. Im Oktober 1776 wurde der Schweizer Bankier Jacques Necker neuer Finanzminister. Seine Vorschläge gingen auf eine grundsätzliche Änderung aus, die gleiche Besteuerung aller Vermögen, und auf der anderen Seite den Abbau sinnloser Pensionen. Beides hätte die privilegierten Stände getroffen. Deshalb wurde Necker 1781 entlassen, aber sein Bericht über den Zustand der Finanzen und die notwendigen Reformen, *Compte rendu au Roi* wurde nach seiner Entlassung zu einem Bestseller. Aber sogar die Pensionen, die er als Minister gestrichen hatte, wurden nach seinem Abgang wieder eingeführt.

Die Begeisterung für die amerikanische Revolution wie für die Neckerschen Finanzpläne zeigen, wie verbreitet die Ideen der Aufklärung und der Hass gegen die Privilegien von Adel und Kirche in Frankreich waren. Deshalb wurden auch die Geschichten von der Verschwendung am Hof, die Halsbandaffäre, die Trianongeschichten von Marie-Antoinette oder das Bonmot von Brot und Kuchen zu äußerst wirksamen Propagandainstrumenten und die österreichische Marie-Antoinette zur besonderen Zielscheibe einer bösartigen negativen Imagekampagne, der König zu ihrem trottelig-unschuldigen Opfer. Aber verantwortlich für die Politik war nicht Marie-Antoinette, sondern der König Ludwig XVI., den eine neue französische Biographie gerade wieder als das Opfer darstellt. Der wollte sich gegen den aufklärerischen Zeitgeist stellen und die gottgegebenen Privilegien von Königtum, Kirche und Adel erhalten oder wiederherstellen, weil er sie für gottgegeben hielt. Von daher war seine Unterstützung der amerikanischen Unabhängigkeit eigentlich verkehrt und nur als Revanche an England verständlich.

Die Jahre zwischen 1780 und 1800 im übrigen Europa

England hatte durch die amerikanische Revolution seine durch die Herkunft eng verbundenen Kolonien verloren, und begründet wurde die Trennung mit aufklärerisch-politischen Ideen. Schon deshalb waren diese Ideen in England unpopulär. Bei König Georg III. zeigten sich seit 1788 zunehmend die Anzeichen der Geisteskrankheit, die 1810 zur dauerhaften Amtsunfähigkeit führte. Premierminister war von 1783 bis 1801 und von 1803 bis zu seinem Tod 1806 William Pitt der Jüngere, der 1801 Krieg in Irland führte und danach das Vereinigte Königreich begründete. England unter Pitt war von Anfang an ein Gegner der französischen Revolution und seit 1793 im Krieg mit Frankreich.

Zarin Katharina II. regierte Russland von ihrem Staatsstreich 1762 bis zu ihrem Tod 1796. Sie führte zwei lange Kriege gegen die Türkei, 1768 – 1774 und 1792 und dehnte ihr Reich an das Schwarze Meer aus. Ihre Enkel taufte sie Alexander und Konstantin. Eine wesentliche Ausdehnung brachten auch die polnischen Teilungen. Zusammen mit Preussen und Österreich teilten sich die großen Mächte Polen, 1772 noch Randgebiete, aber 1793 und 1795 alles. Dabei erhielt Russland die großen östlichen Gebiete mit polnischer, ruthenischer und ukrainischer Mischbevölkerung. Ihr ungeliebter Sohn Paul folgte ihr nach, wurde aber schon 1801 von Offizieren ermordet und durch den geliebten Enkel Alexander, geboren 1777, abgelöst.

In Preußen war Friedrich der Große 1786 gestorben. Sein Neffe und Nachfolger Friedrich Wilhelm II. war kein großer Denker, schon aus Abneigung gegenüber seinem Onkel kein Freund der Aufklärung und dem Okkultismus zugeneigt. Die Politik bestimmten zwei Günstlinge, Rudolf von Bischoffswerder und Johann Christoph von Woellner. Insbesondere Woellner betrieb den Kampf gegen die Aufklärung 1788 durch das Woellnersche Religionsedikt und durch die Zensurmaßnahmen gegen bekannte Aufklärer, so auch gegen Immanuel Kant, der sich altershalber nicht mehr wehren konnte. Durch die polnischen Teilungen von 1792 und 1795 wurde Preußen ein halbpolnischer Staat, aber Friedrich Wilhelm besuchte nicht einmal Warschau, als das 1795 zur wichtigsten Stadt in seinem Reich wurde. Er starb 1797, und sein Sohn Friedrich Wilhelm III. nahm einiges zurück, war aber kein Freund der Aufklärung.

In Österreich war Josef II., der Oberaufklärer, der seinem Reich mit dem Königreich Lodomerien aus den polnischen Gebieten eine zusätzliche Krone geschaffen hatte, 1790 gestorben. Ihm folgte sein Bruder Leopold, bis dahin Großherzog in der Toskana, die er zu einem vorbildlichen aufgeklärten Staat ausgebaut hatte. Leopold II. hielt grundsätzlich an den Reformideen fest, auch wenn er manche Maßnahmen seines Bruders abmilderte. Aber sowohl bei der Polenfrage wie im Verhältnis zur französischen Revolution ordnete er seine persönlichen Vorlieben der Staatsräson unter und beteiligte sich an der Aufteilung Polens wie an der Pillnitzer Erklärung. Er starb plötzlich im August 1792, und Nachfolger wurde sein Sohn Franz. Kaiser Franz II., 1804 als Kaiser von Österreich Franz I., war ein strikter Gegner des neuen Frankreich und der Aufklärung.

Die kleineren und kleinen deutschen Staaten standen oft der Aufklärung nahe, sie pflegten den aufgeklärten Absolutismus mit Reformen in allen möglichen Bereichen, aber mit der klaren Richtung von oben nach unten, ohne die Ideen von Demokratie und Volkssouveränität, doch voll Stolz auf das Erreichte. Ein typisches Beispiel dafür war der badische Markgraf Karl Friedrich, Nachfolger seines Großvaters Karl, des Gründers von Karlsruhe seit 1738, seit 1771 auch Erbe des katholischen Landesteils Baden-Baden, dem er selbstverständlich die Beibehaltung der Religion zusagte. Karl Friedrich tat viel, um Recht und Verwaltung zu verbessern, zu vereinheitlichen und zu modernisieren. Er führte das Notariatswesen und die feste Besoldung der Beamten ein.

Im Jahre 1783, am 23. Juli, entschloss sich Markgraf Karl Friedrich von Baden als einer der ersten Fürsten des Deutschen Reiches, die Leibeigenschaft aufzuheben. ... Heute wird mit dem Wort Leibeigener oft die Vorstellung eines sklavenähnlichen Daseins verbunden. In der Realität war die Leibeigenschaft in Baden im 18. Jahrhundert noch mit zwei Beschränkungen verbunden: Die Leibeigenen hatten einige nicht allzu hohe Abgaben zu leisten (die freilich im Einzelfall durchaus schmerzhaft sein konnten) und sie brauchten bei einem Wohnortwechsel die Erlaubnis des Markgrafen. ... Karl Friedrich gilt als Musterbeispiel eines aufgeklärten absolutistischen Herrschers - er förderte Schulen und Universitäten und reorganisierte die Rechtsprechung und Verwaltung. Ebenso die Wirtschaft und in diesem Rahmen ist die Aufhebung der Leibeigenschaft zu sehen: Durch die Abschaffung von Lasten und Beschränkungen sollten die Untertanen zu erhöhter Produktivität motiviert werden. (Karlsruhe StadtZeitung im Internet)

Die Jahre vor 1789, die Generalstände und die Erklärung zur Nationalversammlung

Der König und seine Regierung waren unfähig und unwillig für aufgeklärte Reformen. Ein in Holland gedruckter Titel von Billaud-Varenne heißt: *Despotisme des ministres de France ou Exposition des principes et moyens employés par l'aristocratie pour mettre la France dans les fers*. Darüber gab es eine breite Unzufriedenheit. Dazu kamen aktuell zwei Krisen, nach 1785 wegen zweier schlechter Ernten Hunger und Not bei der bäuerlichen Bevölkerung in vielen Provinzen, und wegen der Sorglosigkeit der Regierung die völlige Zerrüttung der öffentlichen Finanzen. Deswegen wurde Necker im September 1788 erneut zum Finanzminister berufen, aber ohne Zusagen für die notwendigen Reformschritte. Er plädierte für die Einberufung der Generalstände, die 1614 zum letzten Mal getagt hatten, um sich von ihnen neue Steuern und Abgaben genehmigen zu lassen.

Die Generalstände waren in drei Stände eingeteilt, die Kirche (d.h. die Bischöfe, die alle aus adligen Familien stammten) als ersten, den Adel (d. h. die Prinzen von Geblüt und den Hochadel) als zweiten und die gewählten Vertreter der Städte und Provinzen als dritten Stand. Abgestimmt wurde getrennt nach Ständen, d. h. es stand immer 2 zu 1 für die Privilegierten. Es wurde beschlossen, die Zahl der Abgeordneten des Dritten Standes zu verdoppeln, nicht aber den Abstimmungsmodus zu ändern. Das Wahlrecht war allgemein für Männer über 25.

Im Vorfeld der Generalstände wurde heftig diskutiert. Die wichtigste Veröffentlichung war im Januar 1789 die Schrift des Abbé Sieyès: *Qu'est-ce que le Tiers État? – Was ist der Dritte Stand?*:

1. *Qu'est-ce que le tiers état ? – Tout.* 2. *Qu'a-t-il été jusqu'à présent dans l'ordre politique ? – Rien.* 3. *Que demande-t-il ? – À y devenir quelque chose.* »

1. *Was ist der Dritte Stand? – Alles.* 2. *Was ist er bisher in der politischen Ordnung gewesen? – Nichts.* 3. *Was fordert er? – Darin etwas zu werden.*“

Hat man beachtet, dass wir diese Ordnung der Dinge, die bei uns aus niedrigen Beweggründen und, ich wage es zu sagen, aus viehischer Dummheit respektiert wird, verachtenswert, monströs, allem handwerklichen Fleiß abträglich, gesellschaftlichen Fortschritten entgegengesetzt, vor allem aber erniedrigend für das menschliche Geschlecht im allgemeinen und unerträglich für Europäer im besonderen finden, wenn wir in der Geschichte des alten Ägyptens oder in den Reiseberichten über Indien davon lesen (etc. etc)?

Die Generalstände traten im Mai 1789 zusammen. Bei der feierlichen Eröffnung in Versailles wurde der erste und zweite Stand in prachtvollen Gewändern im Schloss empfangen, der dritte Stand in vorgeschriebenen schwarzen Anzügen nur im Park. Das herablassende Betragen der Privilegierten bewirkte beim dritten Stand, der aus Bürgern, Intellektuellen und auch einigen Abbés zusammengesetzt war, eine Trotzreaktion. Auf Betreiben von Sieyès erklärte sich der dritte Stand mit einigen Überläufern aus dem ersten und zweiten am 9. Juni zur Assemblée Nationale, zur Nationalversammlung. Ein energischer und fortschrittsfreudiger Monarch hätte an der Spitze dieser Nationalversammlung einen grundlegenden Umbau der Monarchie durchführen können und wäre (in Abwandlung eines Buchtitels von Friedrich Naumann) zum „König im Volksstaat“ geworden. Aber der unfähige und fortschrittsfeindliche Ludwig XVI. unternahm immer das Falsche. Als er am 11. Juli den Finanzminister Necker entließ, kam es zu Unruhen, zur Bildung einer Nationalgarde und am 14. Juli 1789 zum Sturm auf die Bastille. Kommandant der Nationalgarde wurde Lafayette, und am 19. Juli verließ der Bruder des Königs, der Graf von Artois, als Emigrant das Land.

Die Abschaffung der Privilegien und die Erklärung der Menschenrechte

Im August wurden in einem unglaublichen gesetzgeberischen Anlauf alle feudalen Vorrechte abgeschafft: *In wenigen Stunden hatte die Versammlung die Einheit der Nation vor dem Recht hergestellt, hatte grundsätzlich mit dem Feudalsystem und der Herrschaft der Aristokratie auf dem Lande aufgeräumt, hatte das Element ihres Reichtums, das sie vom Bürgertum unterschied, beseitigt und die Finanz-, Justiz- und Kirchenreform jedenfalls eingeleitet (Georges Leveau, 1789).* Am 26. August 1789 wurde die *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen* beschlossen: *Die Vertreter des französischen Volkes, als Nationalversammlung konstituiert, haben unter der Berücksichtigung, dass die Unkenntnis, die Achtlosigkeit oder die Verachtung der Menschenrechte die einzigen Ursachen des öffentlichen Unglücks und der Verderbtheit der Regierungen sind, beschlossen, die natürlichen, unveräußerlichen und heiligen Rechte der Menschen in einer feierlichen Erklärung darzulegen, damit diese Erklärung allen Mitgliedern der Gesellschaft beständig vor Augen ist und sie unablässig an ihre Rechte und Pflichten erinnert; damit die Handlungen von der Legislative und die der Exekutive in jedem Augenblick mit dem Ziel jeder politi-*

schen Einrichtung verglichen werden können und dadurch mehr respektiert werden; damit die Ansprüche der Bürger, fortan auf einfache und unbestreitbare Grundsätze begründet, sich immer auf die Erhaltung der Verfassung und das Allgemeinwohl richten mögen.

Dementsprechend anerkennt und erklärt die Nationalversammlung in Gegenwart und unter dem Schutze des höchsten Wesens folgende Menschen- und Bürgerrechte.

Art. 1: Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es. Gesellschaftliche Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein.

Art. 2: Der Zweck jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unantastbaren Menschenrechte. Diese sind das Recht auf Freiheit, das Recht auf Eigentum, das Recht auf Sicherheit und das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung.

Art. 3: Der Ursprung jeder Souveränität liegt ihrem Wesen nach beim Volke. Keine Körperschaft und kein Einzelner kann eine Gewalt ausüben, die nicht ausdrücklich von ihm ausgeht.

Art. 4: Die Freiheit besteht darin, alles tun zu dürfen, was einem anderen nicht schadet: Die Ausübung der natürlichen Rechte eines jeden Menschen hat also nur die Grenzen, die den anderen Mitgliedern der Gesellschaft den Genuss ebendieser Rechte sichern. Diese Grenzen können nur durch das Gesetz bestimmt werden.

Art. 5: Das Gesetz darf nur solche Handlungen verbieten, die der Gesellschaft schaden. Alles, was durch das Gesetz nicht verboten ist, darf nicht verhindert werden, und niemand kann gezwungen werden zu tun, was es nicht befiehlt.

Art. 6: Das Gesetz ist der Ausdruck des allgemeinen Willens. Alle Bürger haben das Recht, persönlich oder durch ihre Vertreter an seiner Gestaltung mitzuwirken. Es muss für alle gleich sein, mag es beschützen oder bestrafen. Da alle Bürger vor ihm gleich sind, sind sie alle gleichermaßen, ihren Fähigkeiten entsprechend und ohne einen anderen Unterschied als den ihrer Eigenschaften und Begabungen, zu allen öffentlichen Würden, Ämtern und Stellungen zugelassen.

Art. 7: Niemand darf angeklagt, verhaftet oder gefangen gehalten werden, es sei denn in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und nur in den von ihm vorgeschriebenen Formen. Wer willkürliche Anordnungen verlangt, erlässt, ausführt oder ausführen lässt, muss bestraft werden; aber jeder Bürger, der kraft Gesetzes vorgeladen oder festgenommen wird, muss sofort gehorchen; durch Widerstand macht er sich strafbar.

Art. 8: Das Gesetz soll nur Strafen festsetzen, die unbedingt und offenbar notwendig sind, und niemand darf anders als aufgrund eines Gesetzes bestraft werden, das vor Begehung der Straftat beschlossen, verkündet und rechtmäßig angewandt wurde.

Art. 9: Da jeder solange als unschuldig anzusehen ist, bis er für schuldig befunden wurde, muss, sollte seine Verhaftung für unumgänglich gehalten werden, jede Härte, die nicht für die Sicherstellung seiner Person notwendig ist, vom Gesetz streng unterbunden werden.

Art. 10: Niemand soll wegen seiner Anschauungen, selbst religiöser Art, belangt werden, solange deren Äußerung nicht die durch das Gesetz begründete öffentliche Ordnung stört.

Art. 11: Die freie Äußerung von Meinungen und Gedanken ist eines der kostbarsten Menschenrechte; jeder Bürger kann also frei reden, schreiben und drucken, vorbehaltlich seiner Verantwortlichkeit für den Missbrauch dieser Freiheit in den durch das Gesetz bestimmten Fällen.

Art. 12: Die Gewährleistung der Menschen- und Bürgerrechte erfordert eine öffentliche Gewalt; diese Gewalt ist also zum Vorteil aller eingesetzt und nicht zum besonderen Nutzen derer, denen sie anvertraut ist.

Art. 13: Für die Unterhaltung der öffentlichen Gewalt und für die Verwaltungsausgaben ist eine allgemeine Abgabe unerlässlich; sie muss auf alle Bürger, nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten, gleichmäßig verteilt werden.

Art. 14: Alle Bürger haben das Recht, selbst oder durch ihre Vertreter die Notwendigkeit der öffentlichen Abgabe festzustellen, diese frei zu bewilligen, ihre Verwendung zu überwachen und ihre Höhe, Veranlagung, Eintreibung und Dauer zu bestimmen.

Art. 15: Die Gesellschaft hat das Recht, von jedem Staatsbeamten Rechenschaft über seine Amtsführung zu verlangen.

Art. 16: Eine Gesellschaft, in der die Gewährleistung der Rechte nicht gesichert und die Gewaltenteilung nicht festgelegt ist, hat keine Verfassung.

Art. 17: Da das Eigentum ein unverletzliches und geheiligtes Recht ist, kann es niemandem genommen werden, es sei denn, dass die gesetzlich festgestellte öffentliche Notwendigkeit dies eindeutig erfordert und vorher eine gerechte Entschädigung festgelegt wird.

Das Ende der Monarchie und der Anfang des Krieges

Am 5. Oktober 1789 zogen die Frauen von Paris (Poissardes – Fischverkäuferinnen) nach Versailles und erzwangen die Unterschrift des Königs unter die Dekrete und die Rückkehr der Königsfamilie nach Paris. Zur Sanierung der Finanzen wurde der kirchliche Besitz verstaatlicht und als Deckung für neues Papiergeld, die Assignaten, benutzt. Das Königreich wurde neu organisiert und ohne historische Rücksichten auch auf Rechte und Interessen fremder Fürsten, z. B. der Päpste in Avignon oder der deutschen Fürsten im Elsaß, auf Départements verteilt. Die neue Verfassung sah eine konstitutionelle Demokratie vor. Der begabteste Politiker in dieser Phase war Graf Mirabeau, der geschickt zwischen König und Nationalversammlung vermittelte, aber er starb plötzlich im April 1791. Am 27. November 1790 beschloss die Versammlung, dass die Priester einen Eid auf die Verfassung leisten sollten. Der Papst verbot diesen Eid und löste damit einen Kirchenkampf aus. Die Nationalversammlung löste sich nach getaner Arbeit (Konstituante) im Sommer 1791 auf und legte fest, dass keiner der Abgeordneten wiedergewählt werden durfte.

Marie Antoinette hatte inzwischen ihren Bruder, Kaiser Leopold, um militärischen Beistand gebeten. Die königliche Familie hatte im Juni 1791 in die österreichischen Niederlande zu fliehen versucht, war aber bei Varennes erkannt und nach Paris zurückgebracht worden. Damit hatte sich die Lage für den König sehr verschlechtert, er war jetzt fast ein Gefangener. Im Oktober trat die neu gewählte Nationalversammlung, die Législative, zusammen. Sie war radikaler, aber die Mehrheit war weiterhin für eine Zusammenarbeit mit dem König. Inzwischen hatten aber am 27. August 1791 in der Pillnitzer Erklärung Kaiser Leopold und König Friedrich Wilhelm II. von Preußen auf Betreiben des Grafen von Artois ihren Willen *verkündet, den König von Frankreich in die Lage zu versetzen, in vollkommener Freiheit die Grundlage einer Regierungsform zu befestigen, welche den Rechten der Souveräne und dem Wohle Frankreichs entspricht*, also mit einer Intervention gedroht. Der König und die Königin hofften auf eine Intervention, aber auch die neue Führung sah den Krieg positiv. Der Abgeordnete Brissot (Gironde) sagte: *Die Kraft der Überlegung und der Tatsachen hat mich davon überzeugt, dass ein Volk, das nach 10 Jahrhunderten der Sklaverei die Freiheit errungen hat, Krieg führen muss. Es muss Krieg führen, um die Freiheit auf unerschütterliche Grundlagen zu stellen; es muss Krieg führen, um die Freiheit von den Lastern des Despotismus rein zu waschen, und es muss schließlich Krieg führen, um aus seinem Schoß jene Männer zu entfernen, die die Freiheit verderben könnten.* Der Abgeordnete Isnard meinte dazu: *Glaubt nicht, unsere gegenwärtige Lage verwehre es uns, jene entscheidenden Schläge zu führen! Ein Volk im Zustand der Revolution ist unbesiegbar. Die Fahne der Freiheit ist die Fahne des Sieges.* Die Rechte des Königs wurden weiter eingeschränkt, sein Veto konnte jetzt durch einen Stempel ersetzt werden. Am 20. April 1792 wurde von der Législative der Krieg erklärt. Die Nation wurde zu den Waffen gerufen, überall entstanden Freiwilligenverbände, in Straßburg wurde das Kampflied gedichtet und gesungen, das später als Marseillaise zur Nationalhymne wurde.

Die Alliierten sammelten im Juli ihre Kräfte am Rhein. Der Herzog von Braunschweig, Sieger über die Franzosen in der Schlacht bei Minden im Siebenjährigen Krieg 1759, erließ als Oberbefehlshaber am 25. Juli 1792 das Koblenzer Manifest:

Ihre Majestäten der Kaiser von Österreich und der König von Preußen haben mir den Oberbefehl über ihre an der Grenze Frankreichs vereinigten Heere übertragen; ich will also den Bewohnern dieses Königreichs die Gründe angeben, welche diese beiden Fürsten zu ihren Maßregeln bestimmt haben, und die Absichten, welche sie verfolgen. Diejenigen, welche sich die Regierung in Frankreich angemaßt haben, sind, nachdem sie die Rechte und Besitzungen der deutschen Fürsten im Elsass und in Lothringen diesen willkürlich entrissen; nachdem sie im Innern die gute Ordnung und die rechtmäßige Regierung gestört und umgestürzt und nachdem sie gegen die geheiligte Person des Königs und seiner erlauchten Familie Gewalttätigkeiten begangen haben, die sich noch täglich erneuern, endlich so weit gegangen, dass sie Sr. Majestät dem Kaiser einen ungerechten Krieg erklärten und in seine niederländischen Provinzen einfielen; einige andere Provinzen des deutschen Reichs hatten unter derselben Ungerechtigkeit zu leiden; und mehrere andere sind der dringendsten Gefahr nur dadurch entgangen, dass sie den Drohungen der herrschenden Partei und ihrer Abgesandten nachgaben.

Se. Majestät der König von Preußen, mit Sr. kaiserl. Majestät durch ein enges Schutzbündnis vereinigt, und selbst ein mächtiges Mitglied des deutschen Reiches, konnten somit nicht unterlassen, seinem Verbündeten und seinen Mitständen zu Hilfe zu ziehen; aus diesem doppelten

Grunde übernimmt Se. Majestät die Verteidigung des Kaisers von Deutschland. Diesem großen Interesse schließt sich noch ein gleich wichtiger Zweck an, welcher den beiden Monarchen sehr am Herzen liegt, nämlich der, der Gesetzlosigkeit im Innern Frankreichs ein Ende zu machen, die Angriffe auf Thron und Altar aufzuhalten, die gesetzliche Gewalt wieder aufzurichten, dem Könige seine Freiheit und Sicherheit wieder zu erstatten, und ihn in den Stand zu setzen, die gesetzmäßig ihm zukommende Gewalt auszuüben.

Überzeugt, dass der gesunde Teil des französischen Volks die Ausschweifungen der herrschenden Partei verabscheut, und dass der größere Teil der Bewohner mit Ungeduld den Augenblick der Hilfe erwartet, um sich offen gegen die verhassten Maßregeln seiner Unterdrücker zu erklären, fordern Ihre Majestäten dieselben auf, ohne Verzug zur Vernunft, zur Gerechtigkeit, zur Ordnung und zum Frieden zurückzukehren. In dieser Hinsicht erklärt der Unterzeichnete, Oberbefehlshaber der verbündeten Heere, folgendes:

- 1. Dass die beiden verbündeten Höfe durch unwiderstehliche Gründe zu dem gegenwärtigen Kriege bewogen wurden, dass sie dadurch nur das Heil Frankreichs beabsichtigen, aber keineswegs sich durch Eroberungen bereichern wollen;*
- 2. Dass sie nicht die Absicht haben, sich in die innere Regierung Frankreichs zu mischen; sondern dass sie nur den König, die Königin und die königliche Familie aus der Gefangenschaft befreien, und Sr. allerchristlichsten Majestät die Mittel verschaffen wollen, ohne Gefahr und Hindernis die Einberufungen vorzunehmen, die sie für notwendig finden sollte, um für das Wohl ihres Volkes nach den Versprechungen und so viel von ihr abhängen wird, zu arbeiten; ...*

Diese Drohung machte die Lage des Königspaares vollends unmöglich, das nach dem Sturm auf die Tuileries verhaftet wurde. Der neugewählte Nationalkonvent, der wieder weiter nach links gerückt war und von den Girondisten beherrscht wurde, führte am 21. September zur Abschaffung der Monarchie und zur Einführung der Republik und des republikanischen Kalenders. Am 20. September hatten die Revolutionstruppen in der Kanonade von Valmy dem Herzog von Braunschweig standgehalten (Goethe: *Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen*), der daraufhin wegen des schlechten Zustands seiner Truppen den Rückzug antrat. Insgesamt hielten die Revolutionstruppen sich am Rhein und gegen die österreichischen Niederlande sehr viel besser als erwartet. Der Krieg und Dokumente, die die Beteiligung des Königs an den Invasionsplänen belegten, führten zu einer Änderung der Stimmung im Nationalkonvent. Die Girondisten verloren die Mehrheit an die Jakobiner, und der König wurde im Januar nach einem Prozess vor dem Nationalkonvent wegen Hochverrats zum Tod verurteilt und am 21. Januar 1793 öffentlich hingerichtet.

Nationalkonvent, Wohlfahrtsausschuss, Robespierre

Am 25. Juni 1793 wurde eine neue republikanische Verfassung beschlossen, aber wegen der kritischen Kriegslage und wegen des Drucks der Sansculotten in Paris trat sie nie in Kraft. Der neugewählte Konvent trat im September 1793 seine Macht an ein Comité du salut public, den Wohlfahrtsausschuss, ab, der unter der Führung von Danton und Robespierre die Regierung übernahm und die Ziele der Revolution mit Terror durchsetzte. Das Mitglied Lazare Carnot wurde für die Organisation der nationalen Verteidigung als *Levéé en masse* verantwortlich und versorgte die revolutionären Armeen mit Mannschaften, Material und Lebensmitteln. Die militärischen Leistungen der Revolutionsarmee waren erstaunlich. Die Truppen waren schneller und beweglicher, sie wählten sich ihre Offiziere selber (die meisten napoleonischen Marschälle stammen aus dieser Schule) und sie waren in den österreichischen Niederlanden wie am Rhein in ihrer Kriegsführung erfolgreich.

Die Terrorherrschaft ging von Paris aus, aber es gab mehr Opfer in der Provinz, so etwa in Lyon, wo Fouché als Kommissar wütete, oder Tallien in Bordeaux. Man rechnet mit 16 000 verurteilten und mindestens 25 000 nicht verurteilten Opfern. Zu den ersten gehörte Marie Antoinette im September 1793, Danton wurde im April 1794 hingerichtet, weil er mit dem Terror aufhören wollte, und schließlich wurde Robespierre von seinen eigenen Anhängern, die korrupter und weniger integer waren als ihr Chef, der Unbestechliche, und seine hohen Ansprüche fürchteten, gestürzt und im Juli 1794 unter die Guillotine geschickt. Robespierre war ein überzeugter Anhänger Rousseaus, den er 1794 aus seiner selbstgewählten Ruhestätte in Ermenonville ins Pariser Pantheon überführen ließ und dessen *volonté générale* nach der Meinung Robespierres die Diktatur des Wohlfahrtsausschusses und den Terror rechtfertigte.

Die Zeit des Direktoriums 1794 - 1799

Die Abgeordneten des Wohlfahrtsausschusses und des Nationalkonventes, die Robespierre am 27. Juli 1794, dem 9. Thermidor, gestürzt hatten, übernahmen als Thermidorianer die Regierung und bereiteten eine neue Verfassung vor. Es waren unter anderen Barras, Fouché, Tallien, Carnot, Billaud-Varenne. Sie beseitigten in den folgenden Tagen Anhänger Robespierres und der Linken, beendeten aber dann den Terror. Die Zeit der puritanischen Askese war vorbei, es wurde wieder gefeiert und verdient, und mit der Militärausrüstung und dem Verramschen der kirchlichen und adligen Besitzungen nicht schlecht. Die Besitzenden wollten wieder unter sich sein, und so sah die neue Verfassung vom 25. August 1795 ein Zensuswahlrecht für die Wahlen zum Rat der Fünfhundert und zum Rat der Alten und ein fünfköpfiges Direktorium als Regierung vor. Carnot und Barras waren die wichtigsten Direktoren. Barras schaffte es mit Tricks und kleinen Staatsstreichen, bis 1799 der bestimmende Politiker zu bleiben, obwohl das Direktorium an sich auf kollektive Führung und Wechsel angelegt war. Die neue Elite verdiente kräftig, aber die neue Papiergeldwährung, die Assignaten, die als ursprüngliche Sicherheit den kirchlichen und adligen Grundbesitz hatten, der aber inzwischen privatisiert worden war, verlor inflationär an Wert, und die einfache Bevölkerung verarmte und litt Not.

Die Bevölkerung von Paris war in den Jahren der Revolution immer wieder handelndes Element gewesen oder als politisches Druckmittel der Linken benutzt worden. Davon hatte die neuen Regierenden jetzt genug. Sie regierten zwar im Namen des Volkes, aber den Druck der Pariser Bevölkerung empfanden sie als lästig. Doch es war schwierig, das Militär dagegen einzusetzen, weil viele Offiziere aus dem Volk kamen und nur durch die Revolution Karriere gemacht hatten und sich weigerten, gegen die Pariser Bevölkerung aufzumarschieren. Weil er deswegen keine Bedenken hatte, wurde der junge Artilleriegeneral Napoleon Bonaparte im September 1795 zum Militärgouverneur von Paris ernannt. Er ließ an wichtigen Plätzen Kanonen aufstellen und am 5. Oktober auf die demonstrierende Menge schießen. Damit stellte er die Ruhe und Ordnung wieder her.

Napoleon Bonaparte, 1769 auf Korsika geboren, war als Sohn eines frankreichfreundlichen Vaters in eine eigentlich dem Adel vorbehaltene Offiziersschule gekommen, die er 1785 als Leutnant der Artillerie abschloss. 1786 bis 1790 diente er als Offizier, dann ließ er sich beurlauben, weil mit der Revolution auch die Politik in Korsika wieder in Bewegung gekommen war und er dort auf eine Karriere hoffte. Er wurde Kommandeur der neuen Nationalgarde, aber der nationale Führer Pascal Paoli misstraute ihm, und 1793 kehrte Bonaparte nach Frankreich zurück. Er meldete sich beim Kriegsministerium und wurde wegen seiner Ausbildung als Hauptmann übernommen (Napoleon war der einzige der Revolutionsgenerale mit einer regulären Offiziersausbildung). Er wurde der Belagerungsarmee von Toulon zugewiesen, das die Engländer als maritime Basis besetzt hatten. Als Artillerieoffizier legte er die Stellungen fest, von denen aus der Hafen beschossen werden konnte, die Engländer zogen sich zurück und Toulon kapitulierte. Am 22. Dezember 1793 wurde er auf Vorschlag der Soldaten zum Brigadegeneral ernannt. Der junge General nahm Kontakt zu Robespierre auf, den er davon überzeugte, dass man den Krieg und den Gedanken der Revolution offensiv ins österreichische Italien tragen müsse. Aber mit dem Sturz Robespierres geriet der General Bonaparte ins Abseits. Er lernte Josephine de Beauharnais kennen, die Witwe eines hingerichteten Generals der alten Monarchie und ehemalige Geliebte von Barras, der ihn den Hungeraufstand der Pariser Bevölkerung niederschlagen ließ und ihn zum Dank im März 1796 zum Oberbefehlshaber der Italienarmee ernannte, zwei Tage nach der Heirat mit Josephine.

Napoleon wollte massiv angreifen und war den alten Generalen und den unbeweglicheren Truppen der Savoyer und der Österreicher an Schnelligkeit überlegen. Bereits im Mai hatte er beide Armeen geschlagen, die Österreicher bei Lodi. Mailand empfing den Sieger begeistert, und Napoleon belagerte Mantua und schlug zwei österreichische Ersatzheere. Mantua kapitulierte im Februar 1797, und die darauf beginnenden Friedensverhandlungen führten zum Frieden von Campo Formio vom Oktober 1797, in dem Österreich auf die Niederlande (direkt an Frankreich abgetreten) und auf die Lombardei verzichtete. In Norditalien wurde die *Cisalpinische Republik* mit Direktorialverfassung gegründet. Der neue Oberbefehlshaber für Italien hatte für die Pariser Regierung große Erfolge erzielt, und er nutzte seine Stellung in Italien, um Geld und Kunstschatze (Mona Lisa) nach Frankreich zu schicken und so das Direktorium zu stabilisieren. Aber Napoleon handelte nicht nur aus Loyalität so. Er hatte immer Sinn für Eigenpropaganda gehabt und sorgte jetzt dafür, dass sein Name als Sieger und Wohltäter sich ins allgemeine Bewusstsein eingrub. Das Bild des Siegers von Lodi wurde zum Mythos.

Europäische Geschichte im 19. Jahrhundert II: Das Zeitalter Napoleons

Mittwoch, 14. 3. 2012

Die Neuordnung Italiens. Der Friede von Campo Formio. Napoleon in Ägypten. Friedenskongress von Rastatt. Wiederaufflammen des Krieges. Konsulat und Friede von Lunéville..

Mittwoch, 21. 3. 2012

Die Neuordnung des Deutschen Reiches im Süden und Westen 1803 -1805.

Mittwoch, 28. 3. 2012

Die Niederlage Preussens 1806, die Neugliederung Norddeutschlands, der Fürstentag von Erfurt 1808 und die Kontinentalsperre, der Ausgleich mit Österreich 1809.

Mittwoch, 18. 4. 2012

Der Russlandfeldzug und das Jahr 1813. Die Völkerschlacht von Leipzig 16. – 19. Oktober 1813.

Mittwoch, 25. 4. 2012

Die Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress 1814 – 1815.

Der Friede von Campo Formio

Der erste Koalitionskrieg gegen das revolutionäre Frankreich hatte 1792 begonnen und wurde seit dem Ausscheiden Preussens 1795 hauptsächlich von Österreich und dem Reich und in Flandern und am Rhein geführt. Die Idee des jungen Generals Bonaparte war es, den Krieg nach Italien zu tragen und so Österreich einen Zweifrontenkrieg aufzuzwingen. Denn Österreich war seit dem Spanischen Erbfolgekrieg nicht nur im Besitz der ehemals Spanischen Niederlande, des heutigen Belgien, sondern auch die politische Schutzmacht des nördlichen Italien. Die Lombardei war ein direkt zu den österreichischen Kronländern gehörendes Königreich, und das Großherzogtum Toskana wurde von einer habsburgischen Nebenlinie regiert. Beide Länder waren im Sinne der Aufklärung gut regiert und verwaltet, aber es war doch eine „germanische“ Fremdherrschaft. Napoleon gewann die Italiener durch das Anknüpfen an die alten republikanisch-römischen Formeln und Formen, an die römisch-lateinische Schicksalsgemeinschaft. Militärisch bezwang er die Österreicher, die in Italien seit neunzig Jahren keinen Krieg mehr geführt hatten und vor allem für Ruhe und Ordnung sorgten, durch die am Rhein entwickelte moderne schnelle und bewegliche Kriegsführung, und politisch zielte er auf die völlige Umgestaltung der italienischen Verhältnisse. Als erfolgreicher Obergeneral sicherte er sich gegenüber dem Direktorium in Paris eine unabhängige Stellung und die Vollmacht zu Verhandlungen.

Die ständigen Niederlagen und vor allem der Verlust Mantuas im Februar 1797 bedeuteten für Österreich eine militärische Gefährdung, und Napoleon erhöhte den Druck durch einen Angriff auf die Steiermark. In Wien setzte sich die Meinung durch, dass der Krieg jetzt auch unter Opfern beendete werden müsste. So kam es am 18. April 1797 zum Präliminarfrieden von Leoben zwischen Napoleon und dem österreichischen Oberbefehlshaber Erzherzog Karl. Nach weiteren Verhandlungen wurde am 17. Oktober 1797 zwischen der französischen Republik, vertreten durch General Bonaparte, und Kaiser Franz II. als österreichischem Gesamtherrscher der Frieden von Campo Formio unterzeichnet (von Baron Thugut als Vertreter). Mit diesem Frieden wurde Norditalien völlig umgestaltet: Savoyen-Piemont blieb französisch besetzt und wurde 1801 an Frankreich angegliedert, aus der Lombardei wurde die Cisalpinische Republik, aus Genua die Ligurische und aus dem Kirchenstaat die Römische Republik. Die Toskana wurde nominell als Königreich Etrurien an die spanischen Bourbonen abgetreten, aber unter französischer Kontrolle. Die neuen Einzelstaaten waren ganz vom Willen Napoleons und Frankreichs abhängig und mussten für ihre „Befreiung“ schwer bezahlen. Österreich wurde als Ausgleich für seine großen Verluste die seit Jahrhunderten selbstständige und jetzt französisch besetzte und ausgeplünderte Republik Venedig mit ihrer Terra Ferma, dazu Istrien und Trient übertragen. Zum 1. Januar 1798 nahm die österreichische Armee das neue Herrschaftsgebiet in Besitz.

In einer Geheimklausel des Vertrags stimmte Kaiser Franz II. der Rheingrenze zu, dem Verzicht auf alle linksrheinischen Gebiete, den Preussen schon im Vertrag von Basel 1795 ausgesprochen hatte. Für den Friedensschluss mit dem Reich wurde ein Kongress nach Rastatt eingeladen.

Der ägyptische Feldzug und seine Folgen

Napoleon hatte den fünfjährigen Krieg mit Österreich erfolgreich beendet und einen kontinental-europäischen Frieden erreicht, nur der Krieg mit England dauerte an, aber England war mit einer Landarmee nicht beizukommen. Deshalb verfiel Napoleon auf die abenteuerliche Idee, mit einem Heer in Ägypten (das zur ottomanischen Türkei gehörte) zu landen und damit die Verbindung nach Indien zu bedrohen. Am 19. Mai 1798 schiffte er sich mit einer Armee von 35 000 Mann von Toulon aus nach Ägypten ein, am 11. Juni kapitulierte der Malteserorden auf Malta, am 2. Juli wurde Alexandria besetzt und am 21. Juli in der Schlacht bei den Pyramiden das türkisch-ägyptische Heer (der „Mamelucken“) vernichtend geschlagen.

Aber am 1. August vernichtete die britische Flotte unter Nelson die französische in der Seeschlacht von Abukir, und damit war die französische Streitmacht blockiert. Napoleon zog durch Palästina nach Syrien, scheiterte jedoch an der Belagerung von Akkon, das mit britischer Hilfe verteidigt wurde. Die Lage des französischen Expeditionsheeres wurde immer kritischer.

Die Nachrichten aus Ägypten führten am Rhein und in Italien zu einem Wiederaufflammen des Krieges. Der Friedenskongress von Rastatt platzte, und die französischen Vertreter wurden am 29. April 1799 bei der Abreise von (verkleideten?) Szeklerschen Husaren ermordet. Österreich und Russland verbündeten sich. Der geniale russische Stratege Alexander Suworow zerschlug im Februar 1799 die französisch-italienischen Republiken und führte in seinem legendären Marsch im September ein russisches Heer über die Alpen. Aber unterschiedliche Ziele und schlechte Zusammenarbeit verhinderten den durchschlagenden Erfolg. Die französische Regierung (Kriegsminister Bernadotte) unternahm alle Anstrengungen, um die Lage wieder zu stabilisieren.

Napoleon desertierte am 23. August 1799 aus Ägypten und betrat am 9. Oktober bei St. Raphaël wieder französischen Boden. Die Armeeführung wagte nicht, gegen ihn vorzugehen, weil er sich in der öffentlichen Meinung als Retter stilisierte. Am 18. Brumaire (9. November) ersetzte er in einem Staatsstreich das Direktorium durch eine Konsulatsverfassung, in der er selber als Erster Konsul die entscheidende Rolle spielte. Er übernahm den Oberbefehl in Italien und schlug die Österreicher am 14. Juni 1800 bei Marengo. Die Republiken wurden wieder hergestellt. Am 3. Dezember 1800 besiegte Napoleons Konkurrent Moreau in der entscheidenden Schlacht von Hohenlinden die zahlenmäßig überlegenen Österreicher und Bayern. Da Wien ernsthaft bedroht war, stimmte der Kaiser einem Waffenstillstand zu, der am 9. Februar 1801 zum Frieden von Lunéville zwischen Frankreich, dem Reich und Österreich führte. Er entsprach im Wesentlichen dem Frieden von Campo Formio, aber der Verzicht auf die linksrheinischen Gebiete war jetzt offiziell, und Napoleon konnte sie am 9. März 1801 publikumswirksam in Besitz nehmen. Die Niederlande waren eine Batavische Republik, die Schweiz eine Helvetische. Mit Russland wurde eine Verständigung gefunden. In England wurde die Regierung Pitt gestürzt, die neue Regierung nahm Friedensverhandlungen auf, die im März 1802 zum Frieden von Amiens führten, dessen Bestimmungen zum kolonialen Ausgleich von keiner Seite eingehalten wurden, der aber immerhin zur Rückkehr der Trümmer der ägyptischen Expeditionsarmee führte. Napoleon stand da als der siegreiche Friedensfürst, der Ordnung und Erfolg garantierte.



*Der Rastatter
Gesandtenmord
29. April 1799*

Die Umwandlung Deutschlands

Preussen hatte sich im Frieden von Basel 1795 auf den Schutz Deutschlands nördlich des Mains und östlich des Rheins beschränkt, und Österreich anerkannte jetzt die Rheingrenze. Damit war das alte „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ in seinem Grundbestand gefährdet. Der Frieden von Lunéville verpflichtete das Reich darüber hinaus, die Fürsten für ihre linksrheinischen Gebietsverluste durch die Auflösung geistlicher Territorien zu entschädigen. Das Reich war jahrhundertlang ein Garantieschild für den Weiterbestand und die Unversehrtheit seiner Mitglieder; jetzt plötzlich schaute jeder begehrllich auf seinen Nachbarn und rechnete sich Chancen auf Vergrößerung und Abrundung aus. Offiziell war das Reich für die Veränderungen zuständig, aber die Entscheidungen fielen vorher in Paris. Dabei ging es im Detail durchaus willkürlich zu, und vor allem erwartete das französische Außenministerium unter Talleyrand massive Bestechungen, die der Bereicherung der neuen französischen Führungsschicht dienten und das Steueraufkommen der zu erwerbenden Gebiete auf Jahre hinaus schluckte. Auch an der Vorfinanzierung dieser Bestechungssummen wurde kräftig verdient. Aber die große Linie der französischen Außenpolitik war es, an die Stelle der vielen kleinen und zum Reich und zum Kaiser loyalen Territorien neue größere Mittelstaaten zu setzen, die landhungrig waren, sich gegenseitig kontrollierten und austarieren und sich eher nach dem freigebigen Frankreich orientierten als nach dem konservativen Österreich. Die Veränderungen von 1803 waren gewaltig, aber sie fanden ihren Abschluss erst in der zweiten und endgültigen Neuordnung von 1805. So blieb zum Beispiel der habsburgische Breisgau 1803 als Sekundogenitur erhalten, und die Fürstenberger erhielten viel klösterlichen Besitz im Schwarzwald, aber Baden, Bayern und Württemberg waren jetzt schon die großen Gewinner. Baden und Württemberg erhielten die Kurwürde und bezeichneten sich zwei Jahre lang als Kurfürsten.

Die von Frankreich gutgeheißenen Entscheidungen wurden in einer französisch-österreichischen Vereinbarung vom Juni 1802 festgehalten und dann an den *Immerwährenden Reichstag* in Regensburg übermittelt, der in seiner umständlichen Art verhandelte und am 25. Februar 1803 den *Reichsdeputationshauptschluß* verabschiedete. Die Prinzipien waren *Säkularisation*, die Auflösung geistlicher Herrschaften und Territorien, und *Mediatisierung*, die Einordnung kleiner Territorien, der Reichsstädte und der Reichsritter, die bisher immediat zum Reich waren, *reichsunabhängig*, in größere Einheiten.

Hauptschluß der außerordentlichen Reichsdeputation vom 25. Februar 1803.

Demnach zu Beendigung des zwischen Kaiserlicher Majestät und dem deutschen Reiche eines – dann der französischen Republik andern Theils – ausgebrochenen Kriegs, zufolge zwanzigsten Artikels des am 17. October 1797 geschlossenen Friedens zu Campo-Formio, noch in demselbigen Jahre ein Friedenscongreß zwischen Allerhöchstgedachter Sr. Kaiserl. Majestät und einer dazu ernannten außerordentlichen Reichsdeputation einer – dann den Bevollmächtigten der französischen Republik andrer Seits – zu Rastadt eröffnet worden, auch daselbst die Unterhandlungen bereits so weit gediehen, daß im Namen des deutschen Reiches in die Ueberlassung der Lande der linken Rheinseite nicht nur gewilliget, sondern auch wegen des dadurch auf solcher Rheinseite entstehenden Verlustes die Grundlage der Entschädigung durch Säcularisationen angenommen, diese Friedensunterhandlungen aber durch den Wiederausbruch der Feindseligkeiten unterbrochen worden: so ist zwar nachher am 9. Februar 1801 von Sr. Kaiserl. Majestät mit dem ersten Consul der französischen Republik auch Namens des deutschen Reichs, unter Beziehung auf die bei dem vorhergegangenen Rastadter Congreß von der Reichsdeputation schon verwilligte Basis, Friede von Lüneville geschlossen, dieser Friedensschluß auch von Kurfürsten, Fürsten und Ständen unter reichsoberhauptlicher Mitwirkung am 7. März 1801 wirklich genehmigt, jedoch sind in diesem Friedensschlusse selbst einige Gegenstände auf weitere Erörterung ausgesetzt worden; indem nicht nur die im 5 ten Artikel dem Herrn Großherzoge von Toscana zugesagte Entschädigung in Deutschland keine nähere Bestimmung daselbst erhalten, sondern auch vermöge des 7 ten Artikels die Entschädigungen der erblichen Reichsstände im Gemäßheit der schon erwähnten zu Rastadt aufgestellten Grundsätze noch bestimmt werden sollten.

Allerdings warteten die neuen Herren den offiziellen Beschluss zur Inbesitznahme nicht ab. Preußen und Österreich griffen schon im Sommer 1802 zu, Bayern, Württemberg und Baden im September. Ein Kommissär des neuen Herren erschien, ließ sich Kassen und Bücher übergeben und übernahm die Befehlsgewalt. Vorhandene Werte wurden beschlagnahmt und oft in die neue Hauptstadt und die Obhut des neuen Fürsten übernommen, nicht immer sorgfältig und sachgemäß, wie der Aufbau der badischen „Königskrone“ zeigt.



Deutschland und Italien nach dem Reichsdeputationshauptschluss 1803 (Putzger)

Kaiserreich Frankreich

Der Krieg mit England war schon ein Jahr nach Amiens im Mai 1803 wieder ausgebrochen, aber er wurde nicht als Krieg wahrgenommen. Paris, Frankreich und Napoleon waren die Mitte Europas. Talleyrand riet Napoleon zur Wiedereinführung der Monarchie, und nach einer Volksabstimmung legte am 18. Mai 1804 ein Senatsbeschluss fest, dass *die Regierung der Republik einem erblichen Kaiser anvertraut wird*. Empereur galt für republikanischer als König, aber Napoleon bezog sich in der Ausgestaltung des Zeremoniells auch sehr stark auf Karl den Großen.

Der Kaiser Franz II. nahm am 11. August 1804 den Titel eines Kaisers der österreichischen Erblande an, die bisher offiziell nur als Einzeltitel geführt worden waren. Er glaubte nicht mehr an die Zukunft des deutschen Kaisertums und wollte in späteren Verhandlungen mit Frankreich nicht zweitrangig dastehen.

Wir Franz der Zweyte, von Gottes Gnaden erwählter römischer Kaiser, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, König in Germanien, zu Hungarn und Böhheim, Galizien und Lodomerien etc., Erzherzog von Oesterreich, Herzog von Burgund und von Lothringen, Grossherzog von Toskana etc. etc. Obschon Wir durch göttliche Fügung und durch die Wahl der Kurfürsten des Römisch-Deutschen Reiches zu einer Würde gediehen sind, welche Uns für Unsere Person keinen Zuwachs an Titel und Ansehen zu wünschen übrig lässt, so muss doch Unsere Sorgfalt, als Regent des Hauses und der Monarchie von Oesterreich, dahin gerichtet seyn, dass jene vollkommene Gleichheit des Titels und der erblichen Würde mit den vorzüglichsten Europäischen Regenten und Mächten aufrecht erhalten und behauptet werde, welche den Souveränen Oesterreichs, sowohl in Hinsicht des uralten Glanzes Ihres Erzhauses, als vermöge der Grösse und Bevölkerung Ihrer, so beträchtliche Königreiche und unabhängige Fürstenthümer in sich fassenden Staaten, gebühret, und durch völkerrechtliche Ausübung und Tractaten versichert ist.

Wir sehen Uns demnach zur dauerhaften Befestigung dieser vollkommenen Rangs-Gleichheit veranlasst und berechtigt, nach den Beyspielen, welche in dem vorigen Jahrhunderte der Russisch-Kaiserliche Hof, und nunmehr auch der neue Beherrscher Frankreichs gegeben hat, dem Hause von Oesterreich, in Rücksicht auf dessen unabhängige Staaten, den erblichen Kaiser-Titel gleichfalls beyzulegen.

Napoleon wurde am 2. Dezember 1804 in Notre Dame gekrönt, in Anwesenheit des Papstes, der als halber Gefangener herbefohlen wurde, aber Napoleon krönte sich selber und anschließend die Kaiserin Josephine. Napoleon dachte jetzt zunehmend dynastisch. Von den alten von ihm beförderten Herrscherhäusern erwartete er die Zustimmung zu Heiratsverbindungen: Sein Stiefsohn Eugène de Beauharnais heiratete eine bayrische Prinzessin, sein Bruder Jérôme eine Württembergerin und der badische Thronfolger eine Nichte von Joséphine. Die italienischen Republiken wurden aufgelöst. Am 26. Mai 1805 wurde Napoleon in Mailand zum König von Italien gekrönt, und das Königreich Italien umfasste nach dem Frieden von Pressburg die Lombardei, Venetien und den Kirchenstaat. Großfürstin der Toskana wurde seine Schwester Elisa, und König von Neapel sein Bruder Joseph. Die Batavische Republik wurde 1806 das Königreich Holland mit dem jüngeren Bruder Louis und seiner Frau Hortense de Beauharnais als Königspaar. Die neuen Monarchen hatten allerdings nicht zu regieren, sie lebten am Hof Napoleons, und ihre Länder wurden von Vertrauten Napoleons verwaltet und mussten für den französischen Staat erhebliche Lasten übernehmen.

Die Eigenmächtigkeit Napoleons führte zu einem Bündnis des russischen Kaisers Alexander mit dem deutsch-österreichischen Kaiser Franz II./I. Aber Napoleon konnte im Vorfeld die neuen Mittelstaaten Baden, Württemberg und Bayern auf seine Seite ziehen, indem er ihnen eine weitere Vergrößerung, die völlige Unabhängigkeit und eine Rangerhöhung versprach. Der Krieg begann im September mit einem Angriff Österreichs gegen Bayern. Napoleon hatte eine Armee zur Landung in England versammelt, aber keine Schiffe zum Übersetzen. Mit dieser Armee zog er schnell gegen Österreich. Er konnte eine österreichische Armee bei Elchingen und Ulm einschließen, die am 20. Oktober kapitulieren musste. Am 21. Oktober wurde bei Trafalgar von Nelson die französisch-spanische Flotte vernichtet. Am 14. November zog Napoleon in Wien ein. Kaiser Franz vereinigte seine restlichen Truppen mit den Russen unter Kutusow. Am 2. Dezember, dem Jahrestag der Kaiserkrönung, siegte Napoleon in der *Dreikaiserschlacht* von Austerlitz über die zahlenmäßig überlegenen Russen und Österreicher. Im Frieden von Pressburg vom 26. Dezember musste Kaiser Franz auf alle Besitzungen in Italien und auf Vorderösterreich verzichten und das Ende des Reiches und die Erhöhung Bayerns und Württembergs zu Königreichen und Badens akzeptieren.

Das Ende des Alten Reiches

Napoleon forderte die neuen Mittelstaaten zur schnellen Besitznahme und zur Erklärung der vollen Souveränität auf. Die neuen Staaten, aus den alten und den neu erworbenen Gebieten gebildet, wurden von ihren Herren ohne Rücksicht auf Tradition und Konfession in Organisationserlassen aufklärerisch-absolutistisch sehr schnell zu einheitlichen Verwaltungsgebilden zusammengefasst. Durch den Rheinbund, der formell am 12. Juli 1806 in Paris unterzeichnet wurde, wurden sie politisch und wirtschaftlich eng an Frankreich gebunden. Das Reich war am Ende. Am 6. August legte Kaiser Franz II. offiziell den Kaisertitel nieder:

Wir Franz der Zweyte, von Gottes Gnaden erwählter römischer Kaiser, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, Erbkaiser von Oesterreich etc., König in Germanien, zu Hungarn, Böhheim, Croatien, Dalmazien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Jerusalem, Erzherzog zu Oesterreich, etc. Nach dem Abschlusse des Preßburger-Friedens war Unsere ganze Aufmerksamkeit und Sorgfalt dahin gerichtet, allen Verpflichtungen, die Wir dadurch eingegangen hatten, mit gewohnter Treue und Gewissenhaftigkeit das vollkommenste Genügen zu leisten, und die Segnungen des Friedens Unsern Völkern zu erhalten, die glücklich wieder hergestellten friedlichen Verhältnisse allenthalben zu befestigen, und zu erwarten, ob die durch diesen Frieden herbeygeführten wesentlichen Veränderungen im deutschen Reiche, es Uns ferner möglich machen würden, den nach der kaiserlichen Wahlcapitulation Uns als Reichs-Oberhaupt obliegenden schweren Pflichten genug zu thun. Die Folgerungen, welche mehreren Artikeln des Preßburger-Friedens gleich nach dessen Bekanntwerdung und bis jetzt gegeben worden, und die allgemein bekannten Ereignisse, welche darauf im deutschen Reiche Statt hatten, haben Uns aber die Ueberzeugung gewährt, daß es unter den eingetretenen Umständen unmöglich seyn werde, die durch den Wahlvertrag eingegangenen Verpflichtungen ferner zu erfüllen: und wenn noch der Fall übrig blieb, daß sich nach fördersamer Beseitigung eingetretener politischen Verwickelungen ein veränderter Stand ergeben dürfte, so hat gleichwohl die am 12. Julius zu Paris unterzeichnete, und seit dem von den betreffenden Theilen begenehmigte Uebereinkunft mehrerer, vorzüglichen Stände zu ihrer gänzlichen Trennung von dem Reiche und ihrer Vereinigung zu einer besondern Conföderation, die gehegte Erwartung vollends vernichtet.

Bey der hierdurch vollendeten Ueberzeugung von der gänzlichen Unmöglichkeit, die Pflichten Unseres kaiserlichen Amtes länger zu erfüllen, sind Wir es Unsern Grundsätzen und Unserer Würde schuldig, auf eine Krone zu verzeihen, welche nur so lange Werth in Unsern Augen haben konnte, als Wir dem, von Kurfürsten, Fürsten und Ständen, und übrigen Angehörigen des deutschen Reichs Uns bezeigten Zutrauen zu entsprechen und den übernommenen Obliegenheiten ein Genügen zu leisten im Stande waren.

Wir erklären demnach durch Gegenwärtiges, daß Wir das Band, welches Uns bis jetzt an den Staatskörper des deutschen Reichs gebunden hat, als gelöst ansehen, daß Wir das reichsoberhauptliche Amt und Würde durch die Vereinigung der conföderirten rheinischen Stände als erloschen und Uns dadurch von allen übernommenen Pflichten gegen das deutsche Reich los gezählt betrachten und die von wegen desselben bis jetzt getragene Kaiserkrone und geführte kaiserliche Regierung, wie hiermit geschieht, niederlegen.

Wir entbinden zugleich Kurfürsten, Fürsten und Stände und alle Reichsangehörigen, insonderheit auch die Mitglieder der höchsten Reichsgerichte und die übrige Reichsdienerschaft von ihren Pflichten, womit sie an Uns, als das gesetzliche Oberhaupt des Reichs, durch die Constitution gebunden waren. ...

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien, den 6. August, im eintausend achthundert und sechsten, Unserer Reiche des Römischen, und der Erbländischen im fünfzehnten Jahre.

Damit hatte Napoleon als Chef des französischen Staates in sechs Jahren den alten Erbfeind Österreich gedemütigt und auf Osteuropa reduziert, das ehrwürdige deutsche Reich beseitigt, Italien und Süddeutschland völlig umgestaltet und zu französischen Nebenländern gemacht und Frankreich zur europäischen Hegemonialmacht erhoben, so wie es Richelieu und Ludwig XIV. angestrebt hatten. Das neue Kaisertum schmeichelte dem französischen Nationalstolz und war die Erfüllung des Königtums wie der Revolution. Und Napoleon war in der Propaganda ein Friedenskaiser, der alle Angriffe zurückgeschlagen und Frankreich weiter gestärkt hatte. Die Niederlage von Trafalgar wog dagegen im öffentlichen Bewusstsein leicht, die englische Gegnerschaft war indirekt, die wirtschaftliche Blockade unangenehm, aber nicht bedrohlich, und der Kaiser würde schließlich auch gegen England einen Weg finden. Napoleon war auf der Höhe seiner Macht.

Jena und Auerstedt

Preußen war 1795 mit dem Frieden von Basel aus dem Koalitionskrieg gegen Frankreich ausgeschieden und hielt sich seither von allen Verwicklungen fern. Der preußische Staat wurde vom königlichen Kabinett aus regiert, unter Friedrich dem Großen tatsächlich vom König, der sich um alle Details kümmerte. Aber seine Nachfolger waren dazu nicht bereit. Aus der Regierung aus dem Kabinett wurde die Regierung durch das Kabinett, so die Formulierung Hardenbergs, der damals mit für die Außenpolitik verantwortlich war. Der junge König Friedrich Wilhelm III. war gutwillig, aber schwach, seine Frau Luise war schöngeistig, attraktiv und populär. Die Kabinettsräte waren alt, und es war keine überragende Persönlichkeit dabei. Der König traute sich nicht an Reformen. Die Bauernbefreiung führte er (auf Betreiben des Freiherrn vom Stein) für die königliche Domäne durch, nicht für den adligen Grundbesitz. Ebenso scheute er vor einer Steuerreform zurück, die den Adel mitbelastet hätte. Die Staatseinnahmen reichten nicht aus, die Armee war (auch wegen des Besatzungsdienstes in Polen) überfordert und unterfinanziert und das Offizierskorps überaltert. Christian von Massenbach: Historische Denkwürdigkeiten zur Geschichte des Verfalls des preußischen Staates seit dem Jahr 1794, 1809, Neuausgabe 1979 bei 2001, S. 138:

Die ächte Politik hat die redlichen Gesinnungen des Königs, wenn man ihn, was man nicht sollte, als Privatmann betrachtet, unterdrückt; und die falsche Politik seiner wankelmüthigen Pseudo-Staatsmänner hat dem Könige, als Staatschef, die Früchte der ächten Politik geraubt. Diese falsche Politik hat den Krieg gegen Schweden und Russland vermieden und den Krieg gegen Frankreich herbeigeführt! Verhängnißvolles Schicksal eines Königs, der eine glückliche Regierung verdiente, weil er sein Volk liebte. Das Füllhorn des Segens wollte Er über sein geliebtes Volk ausgießen! Untergang und Verderben haben seine nächsten Umgebungen schuldlos (weil das Gemüth nicht fehlte, der Verstand nur irrte) herbeigezogen.

Das preußische Stillhalten war Napoleon willkommen gewesen, solange er mit Österreich und Russland zu kämpfen hatte. Aber nach Austerlitz und Pressburg wandte er sich Preußen zu. Das mit England verbundene Hannover hatte er schon 1805 besetzt, entgegen dem Basler Frieden. Auf der einen Seite winkte Napoleon mit einem preußisch-norddeutschen Kaisertum unter Einschluss von Hannover, auf der anderen forderte er die Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth für Bayern, Durchzugsrechte für seine Armee und eine Unterordnung Preußens unter das Kaiserreich. Da entschloss Friedrich Wilhelm III. sich zu wehren. In einer völligen Fehleinschätzung der Machtverhältnisse forderte er am 26. August 1806 Frankreich ultimativ auf, bis zum 8. Oktober alle Truppen aus Deutschland abzuziehen. Die Preußen mobilisierten, Napoleon zog seine Truppen sehr schnell zusammen, und so kam es zum Krieg und am 14. Oktober zur entscheidenden Doppelschlacht von Jena und Auerstedt. Napoleon besiegte mit der Hauptarmee bei Jena die preußische Nachhut unter Hohenlohe, während Davout mit unterlegenen Kräften die preußische Hauptarmee unter dem König und dem Herzog von Braunschweig schlug und Bernadotte mit seinem Korps zwischen beiden Schlachten umherirrte.

Am 13. Oktober schrieb Hegel aus Jena die berühmt gewordenen Zeilen an Niethammer:

Den Kaiser – diese Weltseele – sah ich durch die Stadt zum Rekognoszieren hinausreiten; - es ist in der Tat eine wunderbare Empfindung, ein solches Individuum zu sehen, das hier auf einen Punkt konzentriert, auf einem Pferd sitzend, über die Welt übergreift und sie beherrscht ... Von Donnerstag bis Montag sind solche Fortschritte nur diesem außerordentlichen Manne möglich, den es nicht möglich ist, nicht zu bewundern.

Da Russland Preußen unterstützte, zog sich der Krieg noch hin. Nach der blutigen und unentschiedenen Schlacht von Preußisch-Eylau im Februar 2007 kam es zu Verhandlungen und zum Waffenstillstand. Während Russland mit einem Freundschaftsvertrag mit Frankreich davon kam, musste Preußen im Frieden von Tilsit am 7. Juli 2007 die schlimmsten Demütigungen hinnehmen: Preußen verlor fast die Hälfte seines Staatsgebiets, die Länder westlich der Elbe an das neue Königreich Westfalen für Napoleons jüngsten Bruder Jérôme und die Gebiete der zweiten und dritten polnischen Teilung an das Herzogtum Warschau. Die preußischen Festungen wurden mit französischen Garnisonen belegt, die ganzen Kriegskosten musste Preußen durch Kontributionen bezahlen, das preußische Heer wurde verkleinert und unter französisches Kommando gestellt. Mit dem Sieg über die legendäre preußische Armee hatte Napoleon seine absolute Führungsstellung in Europa erneut unter Beweis gestellt und gleichzeitig die Umgestaltung Deutschlands auch im Norden abgeschlossen. Nur noch England stand außerhalb des napoleonischen Europa, und dafür hatte er eine neue Strategie ersonnen, die Kontinentalsperre.

Russland in der europäischen Politik

Katharina II. hatte Russland vor allem gegen die Türkei orientiert und in Richtung Schwarzes Meer vergrößert, dazu ostpolnisches Gebiet in den drei Teilungen an sich gezogen und mit militärischem Druck unterworfen. Ihr ungeliebter Sohn und Nachfolger seit 1796, von seiner Mutter zeitlebens gedemütigt, ordnete zum Teil unsinnig das genaue Gegenteil von dem an, was Katharina entschieden hatte. Deshalb hatte er im Regierungsapparat viele Feinde. 1799 schloss er sich dem zweiten Koalitionskrieg gegen Frankreich an. Der russische Beitrag zum Zurückdrängen Frankreichs aus Italien war beträchtlich, und der Zug der russischen Armee unter Suworow ist legendär.

Doch der Zar wechselte sprunghaft zur bewaffneten Neutralität und trug so zur entscheidenden Niederlage der Österreicher am 3. Dezember 1800 bei. Das führte zu einer Verschwörung und zur Ermordung Pauls am 24. März 1801. Nachfolger wurde sein 24-jähriger Sohn Alexander, der Sohn einer württembergischen und Ehemann einer badischen Prinzessin. Alexander hatte von der Verschwörung gewusst, nicht von der geplanten Ermordung. Napoleon suchte das Einvernehmen mit dem neuen Zaren und bezog ihn in die Überlegungen zur Umgestaltung Deutschlands ein. Die Bevorzugung von Baden und Württemberg hängt auch mit den verwandtschaftlichen Beziehungen zur Zarenfamilie zusammen.



Alexander umgab sich mit gleichaltrigen liberalen und westlich orientierten Mitarbeitern und leitete Reformen ein, so im Baltikum zusammen mit dem Adel die Bauernbefreiung. Außenpolitisch blieb Russland neutral. 1802 besuchte Alexander Berlin und war von der Königin Luise sehr beeindruckt. Die Entführung und Hinrichtung des Herzogs von Enghien und das neue Kaisertum Napoleons führten Alexander auf die Seite seiner Gegner. Die Niederlage von Austerlitz im Dezember 1805 brachte Österreich schwere Demütigungen, aber Napoleon schonte Russland. Trotzdem schloss sich Alexander 1806 der preußischen Kriegserklärung an. Das änderte nichts an der preußischen Niederlage und an seiner Zerstückelung im Frieden von Tilsit, aber das Treffen von Alexander und Napoleon auf dem Floß im Njemen führte zu einer Annäherung der beiden Mächte.

Die Kontinentalsperre und der Fürstentag von Erfurt

England hatte seit 1792 fast ununterbrochen Krieg gegen das revolutionäre und das napoleonische Frankreich geführt und diesen Krieg zur konsequenten Blockierung weltpolitischer Bindungen und Beziehungen Frankreichs genutzt. In der Seeschlacht von Trafalgar war die kombinierte französisch-spanische Flotte vernichtet worden, und Napoleon sah keine Möglichkeit, England mit seinen militärischen Mitteln zum Einlenken zu zwingen. Deshalb entschied er sich zum Wirtschaftskrieg, zur Aussperrung Englands aus dem europäischen Kreislauf, zur Kontinentalsperre. Jeder Handel mit England war verboten, und der erzwungene Anschluss Dänemarks führte 1807 zur britischen Bombardierung Kopenhagens und zur Zerstörung der dänischen Flotte. Mit dem Beitritt Russlands zur Kontinentalsperre war das System komplett, und der Weg über Russland bot auch einen gewissen Umweg zum Weltmarkt. Für England war die Ausfuhrsperre sehr belastend, weil wichtige Güter, z.B. Schiffsausrüstungen von sehr weit hergeholt werden mussten. Aber auch für die Küstenregionen an Nord- und Ostsee war die Sperre ruinös und deshalb äußerst unpopulär.

Für den 27. September 1808 lud Napoleon seine europäischen Satelliten zum Fürstentag nach Erfurt ein, die deutschen Fürsten außer Preußen und Österreich und als Stargast den Zaren Alexander. Das Treffen sollte die europäische Solidarität demonstrieren, aber Napoleon behandelte die deutschen Fürsten als Befehlsempfänger, und in Geheimverhandlungen mit dem Zaren gaben sich die Kaiser gegenseitig Finnland und Spanien zur Übernahme frei. Der französische

Außenminister Talleyrand forderte den Zaren auf, sich gegen Napoleon zu stellen, um Europa zu retten. Nach Erfurt begann der Zar, die Kontinentalsperre zu unterlaufen und Gegner Napoleons in Russland aufzunehmen. Der Feldzug gegen Österreich 1809 brachte noch einen Sieg Napoleons und 1810 die Heirat mit Marie-Louise, aber Spanien erwies sich als ein militärisch nicht zu lösendes Problem. Im Europa Napoleons begann es überall zu knirschen.

England – United Kingdom

William Pitt wurde 1783 mit 24 Jahren Premierminister. Er regierte erfolgreich, unterstellte die East India Company einer staatlichen Kontrolle und erreichte einen ersten Beschluss gegen Sklaverei und Sklavenhandel. Wirtschaftlich und politisch stand er dem Liberalismus von Adam Smith nahe und war von Anfang an ein Gegner der französischen Revolution, die von England konsequent bekämpft wurde, aber durch die Verdrängung Frankreichs (Indien) wurde England auch zur Weltseemacht. Mit dem *Act of Union* wurde 1801 das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland gegründet. Pitt trat für die Aufhebung der Testakte und die Emanzipation der Katholiken ein. Der König lehnte dies ab, so trat Pitt 1801 zurück. Nach dem neuen Kriegsausbruch war er von 1804 bis zu seinem Tod Januar 1806 noch einmal Premierminister. Sein Nachfolger wurde Spencer Perceval. Der König war seit 1810 amtsunfähig, und im *Regency Act* von 1811 wurde die Regentschaft dauerhaft auf seinen Sohn Georg August Prince of Wales, den eitlen *Prinny*, übertragen. England war eine Parlamentsherrschaft, aber keine Demokratie, denn die Führungsschicht war klein und aristokratisch-traditionell. Der Krieg gegen Frankreich und Europa wurde von beiden politischen Richtungen getragen. Pitt kam von den Whigs, regierte aber vor allem mit den Tories. England veränderte sich durch die 22 Kriegsjahre grundlegend. Es musste enorme Kriegslasten tragen, aber es wurde auch zum Zentrum des Welthandels und entfernte sich von Europa. Nur mit Portugal stand es in wirtschaftlichen Verbindungen, der Portwein wurde ein nationales Getränk. Die Ablehnung staatlicher Reglementierungen, Gesetzgebungen und Verfassungen machte England frei für neue Entwicklungen wie die industrielle Revolution.

Die preußischen Reformen

Preußen war durch den Frieden von Tilsit schwer getroffen und halb vernichtet. Der König Friedrich Wilhelm III., ein gutartiger, aber unfähiger Herrscher, der zur Untätigkeit neigte, nahm aus ganz Deutschland aktive und fähige Leute auf, die auf vielen Gebieten Reformen einleiteten und Preußen in der tiefen Krise umgestalteten. Politisch waren es der Freiherr vom Stein, 1757 in Nassau geboren, 1804 preußischer Minister für Zoll und Finanzen, Ende 1807 als Leitender Minister für die Umgestaltung des Staates zuständig, Urheber der Bauernbefreiung und der Gemeindefreiheit, nach einem Jahr auf Druck Napoleons entlassen, und Friedrich von Hardenberg, geboren 1750 in Hannover, seit 1804 preußischer Außenminister, vor der Niederlage 1806 entlassen und 1807 wieder geholt, 1810 preußischer Staatskanzler. Für die Erneuerung des Militärs standen Leberecht von Blücher, 1742 in Rostock geboren, zuerst in schwedischem, dann im preußischen Dienst, von Friedrich dem Großen wegen Unbotmäßigkeit gefeuert, von seinem Nachfolger wieder aufgenommen, 1809 General, ein herausragender Truppenführer, Gerhard Scharnhorst, bürgerlich geboren 1750 in Hannover, Kriegsschule in Schaumburg-Lippe, 1801 in preußischem Dienst, 1807 Generaladjutant des Königs, 1810 Direktor des Kriegsdepartements, ein hervorragender Organisator, und August Neithardt von Gneisenau, geboren 1760 in Schilda in Sachsen, 1777 in der österreichischen Armee, 1782 auf englischer Seite im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, 1786 in preußischem Dienst, 1807 Kommandeur von Kolberg, 1813 Generalquartiermeister und Generalstabschef in Blüchers Schlesischer Armee, der strategische Kopf. Das besondere an der preußischen Reform war, dass sie nicht wie in den süddeutschen Staaten von oben nach unten verordnet wurde, sondern die Bevölkerung mit einbezog und damit Begeisterung, Engagement und Opfermut provozierte und unerwartete Reserven freisetzte. Der König stand dieser Entwicklung hilflos und unverständig gegenüber, aber er behinderte sie nicht.

Der Russlandfeldzug von 1812

Die Abkühlung im französisch-russischen Verhältnis und die Annäherung des Zaren an England ließ in Napoleon den Plan reifen, Russland anzugreifen, militärisch zur Unterwerfung zu zwingen und damit England den letzten möglichen Verbündeten zu nehmen. Er stellte eine unerhörte „Grande Armée“ mit 600 000 Mann zusammen, davon mehr als die Hälfte Nichtfranzosen. Die Verbündeten mussten die Truppen aufstellen, ausrüsten und bezahlen, aber dem französischen Oberkommando unterstellen. Napoleons Kriegsplan war, den Zaren durch eine vernichtende Niederlage zum Aufgeben und zu einem Kapitulationsfrieden zu zwingen. Der Nordflügel der Armee unter

Macdonald hauptsächlich mit preußischen Truppen sollte St. Petersburg bedrohen und einnehmen, blieb aber vor Riga stecken. Die Hauptarmee sollte die russische Armee vernichten und dann in Moskau Winterquartier nehmen. Napoleon siegte in zwei Schlachten bei Smolensk und Borodino, konnte aber die russische Armee nicht vernichten, weil ihr Oberbefehlshaber Kutusow immer auswich. Mitte September zog die französische Armee in Moskau ein, aber Moskau war eine Geisterstadt, es gab keinen Nachschub, und es fing an, überall zu brennen. Deshalb entschloss sich Napoleon am 15. Oktober zum Rückzug und kam damit voll in den spät einsetzenden Winter. Nach dem Übergang über die Beresina am 27./28. November löste sich die Hauptarmee weitgehend auf.

Mit Mann und Ross und Wagen, so hat sie Gott geschlagen.

Es irrt durch Schnee und Wald umher das große mächtige Franschenheer.

Der Kaiser auf der Flucht, Soldaten ohne Zucht.

Mit Mann und Ross und Wagen, so hat sie Gott geschlagen. (Fluchtlied Ende 1812)

Napoleon war Mitte Dezember wieder in Polen und zu Weihnachten in Paris, um neue Aushebungen vorzubereiten. Am 30. Dezember 1812 schloss der preußische General Yorck von Wartenberg mit dem russischen General Diebitsch die Konvention von Tauroggen, mit der er sich mit seinen Truppen von der französischen Armee lossagte und für neutral erklärte.

Das Kriegsjahr 1813 und die Völkerschlacht von Leipzig

Napoleon wollte den Krieg durch schnelle Siege in Deutschland entscheiden, bevor sich eine große Koalition zusammenfand. Er schickte seine neuen Truppen über den Rhein und war selber am 25. April in Erfurt. Aber die Entwicklung in Preußen war dieses Mal schneller als er. Der König war von Berlin nach Ostpreußen geflohen und hatte mit seinem Aufruf vom 17. März „An mein Volk“ den Startschuss für ein beispielloses Engagement gegeben, für die Bildung von Freikorps, die Ausrüstung und Versorgung der Truppen, Gedichte und Lieder für die moralische Aufrüstung (Ernst Moritz Arndt, Theodor Körner), Verbandsmaterial usw., so dass Preußen auch mit russischer Hilfe abwehrbereit war, als die Frühjahrsfeldzüge begannen. Die Strategie war, einer Schlacht mit Napoleon wenn möglich auszuweichen, aber Teilstreitkräfte anzugreifen und zurückzudrängen. So konnte Bülow am 4. April Eugène de Beauharnais bei Möckern schlagen, am 2. Mai stellte Blücher den Marschall Ney bei Großgörschen, aber Napoleon kam dazu und konnte die Schlacht für sich entscheiden, vor allem weil die Russen zurückgingen. Auch in der Schlacht von Bautzen am 21. Mai blieb Napoleon knapper Sieger. Auf Vorschlag Napoleons kam es am 4. Juni zu einem Waffenstillstand, den beide Seiten zu einer Neugruppierung und zur Verbündetensuche nutzten. Am Ende trat Österreich der Koalition bei und verlangte den Oberbefehl für den Fürsten Schwarzenberg, der die böhmische Armee mit Österreichern und Russen führte. Der schwedische Kronprinz Bernadotte erhielt den Oberbefehl über die Nordarmee aus Preußen, Russen und Schweden, die Schlesische Armee aus Preußen und Russen wurde von Blücher kommandiert. Der Waffenstillstand endete am 12. August mit der Kriegserklärung Österreichs an Frankreich. Die Taktik war die gleiche: die einzelnen Armeen sollten Entscheidungsschlachten vermeiden und den Bewegungsspielraum der französischen Armee immer stärker einengen. Vom 16. – 19. Oktober wurde Napoleon in der „Völkerschlacht“ von Leipzig von allen drei Armeen eingeschlossen und konnte mit Mühe entfliehen. Seine Gegner hatten von ihm gelernt und drängten nach. Blücher überschritt am Neujahrstag 1814 bei Koblenz den Rhein. Am 31. März zogen die alliierten Sieger in Paris ein und bereiteten die Restauration der Bourbonen vor. Am 2. April erklärte der Senat Napoleon und seine Familie für abgesetzt, am 4. April trat Napoleon zugunsten seines Sohnes zurück, aber das wurde von den Alliierten abgelehnt. Am 11. April akzeptierte er Elba als neuen Aufenthaltsort, am 20. April verabschiedete er sich von der Garde, und am 4. Mai landete er auf Elba. Am 3. Mai war König Ludwig XVIII. in Paris eingezogen.

Der Wiener Kongress und die hundert Tage

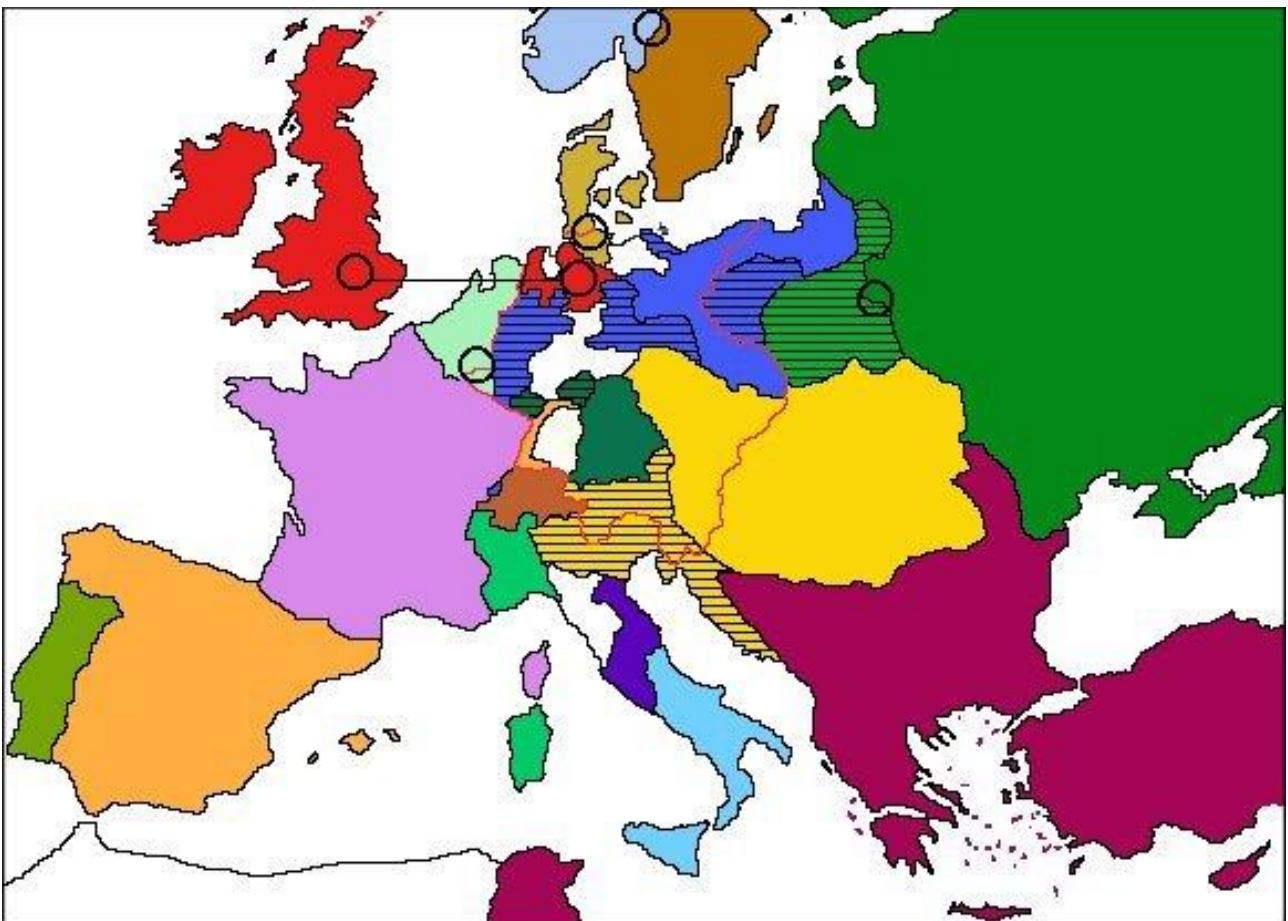
Die Sieger verabredeten in Paris die Einberufung eines Kongresses zur Neuordnung Europas, der am 18. September in Wien zusammentrat. Gastgeber und Strippenzieher war der österreichische Staatskanzler Metternich. Viele gekrönte Häupter waren persönlich vertreten, an vornehmster Stelle der Zar, aber auch die Könige von Dänemark, Preußen, Bayern und Württemberg. Für das Vereinigte Königreich war der Herzog von Wellington dabei. „Der Kongress tanzt“. Die Verhandlungen aber führten die Außenminister, unter ihnen vor allem Talleyrand, der Frankreich in den Grenzen von 1792 erhalten und die Verbündeten Frankreichs, etwa Sachsen, schützen konnte. Zeitweilig kam es zur Konfrontation zwischen Preußen-Russland und Frankreich-Österreich.

Napoleon hoffte auf diese Gegensätze, als er im März 1815 in Antibes landete und nach einem Triumphmarsch durch Frankreich die Macht für hundert Tage erneut übernahm. Der Versuch endete mit der Niederlage von Waterloo am 18. Juni durch Wellington und Blücher. Danach wurde er als Gefangener nach St. Helena verbracht, wo er 1821 starb.

Der Wiener Kongress endete am 8. Juni 1815, zehn Tage vor Waterloo. Seine Grundsätze waren Legitimität und Restauration, also die Rückkehr zur Zeit vor der französischen Revolution. Aber Frankreich behielt die neue bürgerliche Rechtsordnung und Verwaltungsgliederung und die Trikolore. Und auch für Deutschland wurden die Grundsätze der Umgestaltung durch Napoleon beibehalten.

Aus dem Großherzogtum Warschau und ehemals polnischen Gebieten östlich der Weichsel wurde ein neues Königreich Polen gebildet (Kongresspolen), das in Personalunion mit dem zaristischen Russland verbunden wurde. Sachsen, das auch Ansprüche erhoben hatte, blieb erhalten und behielt den königlichen Rang, obwohl Preußen versucht hatte, Sachsen zu schlucken.

Italien war auf dem Wiener Kongress nicht vertreten, wurde aber neu verteilt. Der Kirchenstaat wurde wieder voll hergestellt. Papst Pius VII. behielt die bürgerlichen Reformen der Franzosenzeit und bot auch der Mutter Napoleons und anderen Familienmitgliedern ein Aufenthaltsrecht. Murat war beim Versuch, sein Königreich Neapel zu retten, erschossen worden, und der Bourbonenherrscher Ferdinand IV. zog nach der Erledigung Murats in Neapel ein und nannte sich fortan König Ferdinand I. von Neapel-Sizilien. Die Könige von Sardinien kehrten nach Savoyen-Piemont zurück, erhielten Genua und Ligurien dazu und versuchten, die Erinnerungen an die Franzosenzeit möglichst zu unterdrücken. Österreich erhielt ein neues Königreich Lombardo-Venetien und habsburgische Sekundogenituren für die Toskana, Modena und Parma (für Marie-Louise). Das Trentino, Istrien und Dalmatien gehörten unmittelbar zu den österreichischen Erbländern, ebenso das von Bayern wieder zurückgegebene Innviertel und Tirol. Dafür verzichtete Österreich auf das heutige Belgien und auf den an Württemberg und Baden verlorenen vorderösterreichischen Besitz. Aus den südlichen und nördlichen Niederlanden wurde das Vereinigte Königreich der Niederlande unter dem Oranier Wilhelm I. gebildet, der in Personalunion Großherzog von Luxemburg war.



Europa nach dem Wiener Kongress (Karte aus Google Maps)

In Deutschland wurde Hannover als Königreich in Personalunion mit England wiederhergestellt. Bayern, Württemberg und Baden blieben in den von Napoleon gezogenen Grenzen erhalten. Als Ausgleich für die Verluste an Österreich erhielt Bayern die linksrheinische Pfalz. Die größte Veränderung erfuhr Preußen, das zu den Siegermächten gehörte, aber auf die Erwerbungen aus der zweiten und dritten polnischen Teilung verzichten musste. Es erhielt die 1807 an Westfalen verlorenen Gebiete zurück und dazu das linksrheinische vorher französisch gewesene und früher meist kirchliche und traditionell katholische Rheinland, Mainz, Koblenz, Köln, Trier, Saarbrücken.

Die preußische Reform und die Befreiungskriege hatten etwas Neues gebracht, die Partizipation der Bürger und den eigenen Stolz. Schon im „Aufruf an mein Volk“ hatte Friedrich Wilhelm gesagt: *Aber, welche Opfer auch von Einzelnen gefordert werden mögen, sie wiegen die heiligen Güter nicht auf, für die wir sie hingeben, für die wir streiten und siegen müssen, wenn wir nicht aufhören wollen, Preußen und Deutsche zu seyn. Es ist der letzte, entscheidende Kampf, den wir bestehen, für unsere Existenz, unsere Unabhängigkeit, unsern Wohlstand. Keinen andern Ausweg gibt es, als einen ehrenvollen Frieden, oder einen ruhmvollen Untergang. Auch diesem würdet Ihr getrost entgegen gehen, um der Ehre willen; weil ehrlos der Preuße und der Deutsche nicht zu leben vermag. Allein wir dürfen mit Zuversicht vertrauen: Gott und unser fester Wille werden unserer gerechten Sache den Sieg verleihen, mit ihm einen sichern, glorreichen Frieden und die Wiederkehr einer glücklichen Zeit.*

Der König forderte den Stolz auf Preußen und auf Deutschland, und diese Gefühlswelle stieg gewaltig an. Das neue deutsche Nationalgefühl richtete sich gegen Frankreich und an Preußen auf, weil die meisten anderen Fürsten als Napoleonknechte galten.

Aus einem Bericht des Oberpostmeisters in Nürnberg an den Staatsminister Montgelas 2. 3. 1813: *...Ich komme nun auf die Stimmung gegen unsere Bundesgenossen, die Franzosen: dies ist in der Tat abscheulich, und es lässt sich, wenn die russischen Waffen ferner siegreich bleiben und – was jedoch glücklicherweise nicht wahrscheinlich – das Königreich Bayern über kurz oder lang einen Besuch von russischen oder preußischen Kriegsvölkern erhalten sollte, mit aller Zuverlässigkeit voraussagen, dass es den Franzosen hierzulande – wo nicht schlimmer – doch nicht besser als in Ostpreußen ergehen wird. Das allerschlimmste dabei ist, dass das Königliche Militär, Offiziere wie Soldaten, in dieser Beziehung mit dem Volk gleichgesinnt sind, beinahe noch mehr als das Volk gegen die französische Nation erbittert, ich möchte sagen enragiert ist. ... Mit einem Wort: der Volksschwindel ist auf das höchste gestiegen, und es braucht nur eines Funken, und der Teufel bricht in allen Ecken los.*

Die Befreiungskriege waren eine Volksbewegung gegen Frankreich und für Deutschland, die gewaltige Erwartungen an eine preußisch-deutsche Zukunft weckte. Aber sie waren auch ein Koalitionskrieg, ein Krieg der Kabinette, dessen Vorgehen in den Hauptstädten entschieden wurde. Die preußischen Truppen etwa litten darunter, dass sie in ihrem Vorwärtsdrang von ihrem vorsichtigen Befehlshaber Bernadotte gehemmt wurden. Und die Entscheidungen, vor allem die politischen, wurden von den Fürsten und den Kabinetten getroffen, zuerst in Leipzig, dann in Paris und nach dem Ende Napoleons in Wien. Die erhoffte und erwartete Neuordnung Deutschlands fand nicht statt, die Souveränität der neuen deutschen Mittelstaaten stand nie zur Debatte.

Um den Erwartungen etwas entgegenzukommen, wurde in Wien die Gründung eines Deutschen Bundes in den Grenzen des Alten Reiches beschlossen, d.h. Preußen und Österreich waren nur für einen Teil ihres Gebietes Mitglied, Dänemark für Schleswig-Holstein, die Vereinigten Niederlande für Luxemburg, der englische König für Hannover. Der Deutsche Bund war eine schwerfällige Verteidigungsgemeinschaft ohne eigene Gesamtpolitik (*... von den Vorteilen überzeugt, welche aus ihrer festen und dauerhaften Verbindung für die Sicherheit und Unabhängigkeit Deutschlands, und die Ruhe und das Gleichgewicht Europas hervorgehen würden...*). Präsident war der Kaiser von Österreich, Entscheidungsgremium der Bundestag, ein Gesandtenkongress in Frankfurt.

In Artikel 13 der Wiener Bundesakte wurde festgelegt:

In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden.

Das war wie der Deutsche Bund als Ganzes ein Zugeständnis an die Volksstimmung, die mehr Volksbeteiligung erhoffte und erwartete, aber der Artikel enthielt keine Terminsetzung, und die Formulierung „landständisch“ war so schwammig, dass damit keineswegs eine parlamentarische Volksvertretung gefordert wurde. Trotzdem wurde dieser Artikel zum Hoffnungsträger für die Volksbewegung.

Europäische Geschichte im 19. Jahrhundert III: Vom Wiener Kongress bis zur Julirevolution 1815 – 1831

Mittwoch, 7. 11. 2012

Restauration: Der Deutsche Bund, die Freiheitsbewegung und Metternich

Mittwoch, 14. 11.2012

Die heilige Allianz. Der Freiheitskampf Griechenlands. Russland und Polen.

Mittwoch, 28. 11. 2012

Die Unabhängigkeit der spanischen Kolonien. Die Monroedoktrin..

Mittwoch, 5. 12. 2012

Der Sonderweg Englands. Liberalismus in Europa. Die Carbonari in Italien

Mittwoch, 12. 12. 2012

Die Julirevolution in Frankreich und ihre Auswirkung auf Europa

Der Deutsche Bund

Die Freiheitskriege gegen Napoleon und Frankreich waren mit großem nationalen Pathos geführt und wegen der großen Opferbereitschaft der Bevölkerung gewonnen worden, aber die Erwartung der Deutschen an eine neue politische Ordnung waren groß: Einheit und Freiheit, ein Überwinden der staatlichen Zersplitterung in Deutschland und eine demokratische Beteiligung an der Regierung. Liberalismus und Nationalgefühl hatten zum Sturz Napoleons beigetragen und hofften nun auf einen deutschen Neubeginn. Das Mittelalter und die (von der französischen Revolution verachtete) Gotik als seine architektonische „Versteinerung“ hatten Hochkonjunktur und identitätsstiftende Kraft. Der Reichsfreiherr vom Stein, preußischer Reformers bis 1808, gründete 1819 die „Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde“, die mit der Herausgabe der „Monumenta Germaniae Historica (MGH)“, der (bis heute weitergeführten) Sammlung der deutschen Geschichtsquellen begann.

Aber den Krieg gegen Napoleon hatten Fürsten geführt, die gerade gegen die Revolution stolz auf ihr Gottesgnadentum und die Absolutheit ihres gottgegebenen Amtes waren, ihren neuen Staat und Rang aber oft erst durch eine Willensentscheidung Napoleons erhalten und durch neue Abhängigkeit und Ausbeutung teuer bezahlt hatten und jetzt ihre Souveränität behalten und ausbauen wollten. Für ihren Abfall von Napoleon hatten sie sich ihren Besitz und ihre Eigenstaatlichkeit garantieren lassen, und sie waren jetzt auf keinen Fall bereit, dieses Ziel aufzugeben und mit ihrem Staat irgendwie „in Deutschland aufzugehen“. Preußen hätte am ehesten den Kern eines neuen deutschen Staates bilden können, aber Österreich war die traditionelle deutsche Kaisermacht und hatte am längsten gegen Napoleon gekämpft, von 1792 bis 1809 (dann allerdings die Kaisertochter Marie-Louise als Friedensangebot an Napoleon gegeben), und Österreich wollte die Führungsrolle in Deutschland auf keinen Fall Preußen überlassen und trat als Schutzmacht der ehemals von Napoleon abhängigen deutschen Mittelstaaten auf. Gleichzeitig war aber Österreich die „Donaumonarchie“, ein Vielvölkerstaat, in dem der deutsche Teil zwar eine Führungsrolle hatte, aber keineswegs mit dem Gesamtstaat „in Deutschland aufgehen“ wollte.

Eine Lösung für Deutschland konnte also nur ein Kompromiss sein. Der Deutsche Bund war ein Staatenbund, die höchste Repräsentation der „Bundestag“ in Frankfurt, ein Gesandtenkongress, dessen Beschlüsse einstimmig waren. Präsident war der Kaiser von Österreich. Der Deutsche Bund war eine Bestandsgarantie für die Mitgliedstaaten und eine (wenig geprüfte) Verteidigungsgemeinschaft, er hatte keine Symbole, keine Fahne und keine Ausstrahlung. Seine Grenzen waren die des Alten Reiches vor 1800, die großen Staaten wie Österreich und Preußen waren nur mit einem Teil ihres Gebietes Mitglieder, es gab keine Zollunion, kein einheitliches Wirtschaftsgebiet, keine gemeinsame Währung. Der Artikel 13 über die landständische Verfassung bei den Mitgliedsstaaten wurde von Baden, Württemberg und Bayern 1817-1819 mehr schlecht als recht erfüllt, von Preußen und Österreich ignoriert. Dass diese Verfassungen später für vorbildlich und fortschrittlich galten, lag an der fortschreitenden, von Österreich unter Metternich ausgehenden Restauration, die alle Ansätze von Demokratie, Verfassungsstaat und deutscher Einheit immer mehr verurteilte, verfolgte und unter Strafe stellte.

Das Wartburgfest 1817 und die Karlsbader Beschlüsse 1819

Im Oktober 1817 riefen die Burschenschaften, die Korporationen der Studenten an den Universitäten, zu einer Gedenkfeier für den Beginn der Reformation vor 300 Jahren, aber auch für die Völkerschlacht von Leipzig 1813, auf die Wartburg nach Eisenach. Etwa 500 Studenten (von damals ungefähr 8000 in Deutschland) folgten dem Aufruf „*Ein Volk zu werden, das voll der Tugenden der Väter und Brüder durch Liebe und Eintracht die Schwächen und Fehler beider beseitigt*“. Es gab patriotische Reden, der Choral von Leuthen wurde gesungen und auf das Wohl von Schill, Scharnhorst und Theodor Körner getrunken, und am Abend wurden im kleineren Kreis Symbole der Unterdrückung und der Rückständigkeit verbrannt, eine preußische Ulanenuniform, ein hessischer Soldatenzopf und ein österreichischer Korporalstock, ebenso reaktionäre Bücher wie die kritische *Geschichte des deutschen Reichs* von August von Kotzebue. Am nächsten Tag, am 18. Oktober 1817 wurde 35 Grundsätze zur deutschen Einheit beschlossen, die für eine einheitliche konstitutionelle Monarchie für ganz Deutschland und damit gegen die Erhaltung der bisher souveränen Einzelstaaten eintraten, ein richtiges Programm für die deutsche Einheit, in dem auch schon von Menschenrechten die Rede ist: *Das erste und heiligste Menschenrecht, unverlierbar und unveräußerlich, ist die persönliche Freiheit*. Der Verfassungsgeschichtler Ernst Rudolf Huber beginnt deshalb seine Deutsche Verfassungsgeschichte mit diesen Grundsätzen.

Die Fürsten betrachteten das Wartburgfest und die erhobenen Forderungen als frontalen Angriff auf ihre göttlichen Vorrechte und ihre geliebte Souveränität. Der preußische König Friedrich Wilhelm III. hielt das Wartburgfest für einen Aufruf zum Aufstand, und sein Polizeiministerium protestierte bei Herzog Karl August von Sachsen-Weimar gegen den „den Haufen verluderter Studenten und Professoren“. Am 23. März 1819 tötete der Student und Wartburg-Besucher Karl Ludwig Sand in Mannheim den Staatsrat August von Kotzebue, einen bekannten Lustspieldichter, der in seinen Büchern gegen die Nationalbewegung Stellung bezogen hatte und dazu als russischer Agent galt. Das erhöhte die Angst der Einzelregierungen vor einer drohenden Revolution. Dazu kamen die Hep-Hep-Unruhen in vielen Städten und Ländern, die sich gegen die Judenemanzipation richteten, die in den meisten Staaten zur formalen Gleichberechtigung geführt hatten. *...noch haben wir Macht über ihnen und die Gewalt ist in unseren Händen, darum laßt uns jetzt ihr sich selbst gefälltes Urtheil an sie vollstrecken laut dem wie sie geschrien: Sein Blut komme über uns und unsere Kinder! Auf! wer getauft ist, es gilt der heiligsten Sache, fürchtet nichts und zögert keine Stunde, den Streit für des Glaubens Ehre zu wagen. Diese Juden, die hier unter uns leben, die sich wie verzehrende Heuschrecken unter uns verbreiten, und die das ganze preußische Christenthum dem Umsturz drohen, das sind Kinder derer die da schriehen: kreutzige, kreutzige. Nun auf zur Rache! Unser Kampfgeschrei sey Hepp! Hepp! Hepp! Aller Juden Tod und Verderben, Ihr müßt fliehen oder sterben!*“ (Aus einer in Danzig umlaufenden „Proclamation“)

Metternich nutzte die Angst vor dem Umsturz zu einer geheimen Konferenz der Polizeiminister der wichtigsten und verlässlichen Staaten in Karlsbad im August 1819. Man einigte sich auf 3 Gesetze: *Das Universitätsgesetz bestimmte die Überwachung der Hochschulen durch Regierungsbevollmächtigte und verlieh den Regierungen die Befugnis, Professoren zu entlassen, deren Lehren geeignet schienen, Ordnung und Ruhe zu stören oder die „Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen [zu] untergraben“*. Es verbot ferner geheime Studentenverbindungen und Burschenschaften und legte fest, dass von einer Universität auf Antrag des Regierungsbevollmächtigten verwiesene Studenten an keiner anderen Hochschule im Deutschen Bund zugelassen werden sollten. *Das Pressegesetz schränkte die in Art. 18. der Bundesakte von 1815 angedeutete Pressefreiheit erheblich ein und kehrte zur Zensur zurück. Das Untersuchungsgesetz war die Grundlage für die Gründung der Mainzer Zentraluntersuchungskommission, deren Aufgabe die Aufdeckung revolutionärer Verschwörungen in den Bundesstaaten sein sollte (H. Lönnecker)*. Die Karlsbader Beschlüsse wurden am 20. September 1819 vom Bundestag in Frankfurt in einem fragwürdigen Eilverfahren einstimmig beschlossen, obwohl sie erheblich in die Souveränität der Einzelstaaten eingriffen und von der Bundesakte eigentlich nicht gedeckt waren, und sie führten in der Folgezeit zur „Demagogenverfolgung“, zu einem dichten polizeistaatlichen Netz, zur Verschärfung der Reaktion und zur Gesinnungsschnüffelei. Helden von 1814 wie der Turnvater Jahn, Ernst Moritz Arndt und der Freiherr vom Stein, aber auch Georg Büchner, Karl Theodor Welcker oder Fritz Reuter wurden entlassen, verfolgt, geächtet oder eingesperrt. Der deutsche Bund versuchte mit Erfolg, politisches Denken zu kriminalisieren. Das Biedermeier, ursprünglich eine bürgerliche Stilrichtung, wurde zur unpolitischen Haltung des Bürgertums.

Clemens Wenceslaus Lothar Graf (seit 1813 Fürst) von Metternich

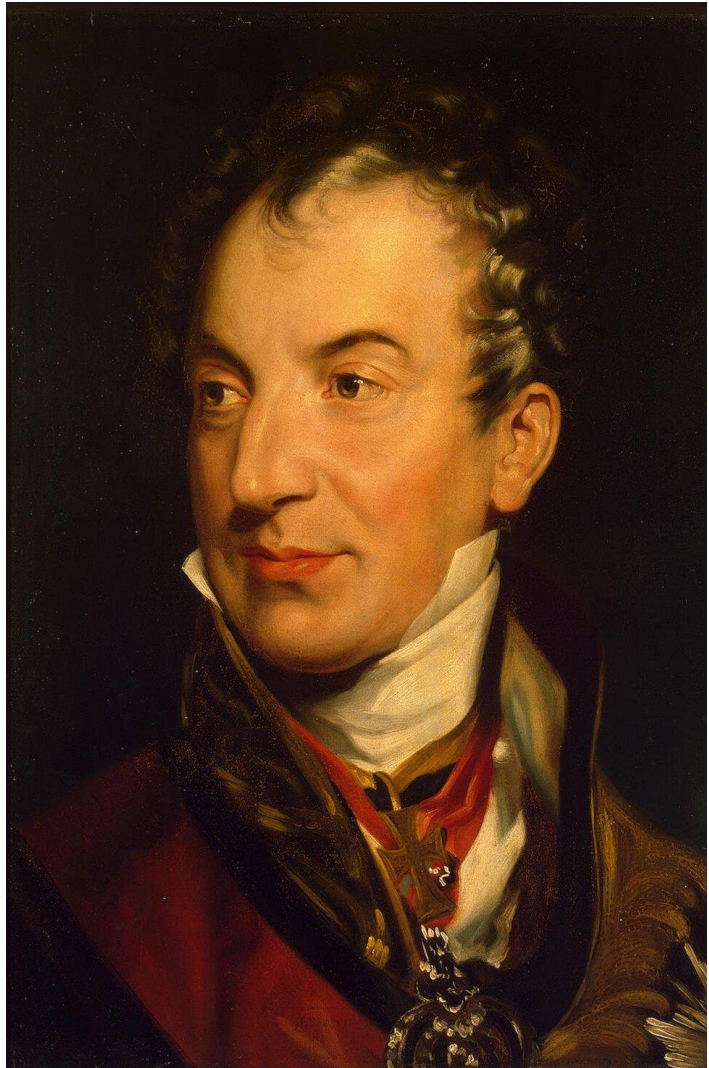
Herrscher Österreichs in der napoleonischen und nachnapoleonischen Zeit war Franz II., ein Enkel Maria Theresias, deutscher Kaiser von 1792 bis 1806, als Franz I. Kaiser von Österreich 1804 - 1835. Er war ein wenig inspirierter, von seinem Gottesgnadentum überzeugter bürokratisch-autokratischer Herrscher. Nach der Niederlage Österreichs gegen Napoleon 1809 berief Franz Metternich als Außenminister, um mit ihm eine vorsichtige Politik der Annäherung an Frankreich einzuleiten. Metternich wurde sein Mentor, und mit der Zeit wurde der schwache Kaiser von seinem leitenden Minister immer abhängiger.

Clemens Wenceslaus Metternich (1773 – 1859) stammt vom Rhein und gehörte ursprünglich zum Umfeld des Trierer Erzbischofs. Durch weibliche Protektion gelangte er in österreichische Dienste, als Gesandter in Dresden 1801, in Berlin 1803 und schließlich nach Austerlitz 1805 in Paris. Er galt als Frauenheld, der überall auffällige Geliebte hatte, so in Paris Caroline Murat, die Schwester Napoleons. Aber er entwickelte sich in Paris auch zu einem konservativen europäischen Politiker, der Napoleon ablehnte und 1809 zum Krieg riet. Aber Österreich verlor, und er wurde Außenminister für den Ausgleich mit Frankreich. 1813 führte er vor Leipzig Österreich an die Spitze der antifranzösischen Koalition, und 1814 lud er die Mächte zum Wiener Kongress, um Deutschland und Europa eine neue Ordnung zu geben. Metternich glaubte nicht an Nationalstaat und Volksbeteiligung, sondern an die Monarchie und das Gottesgnadentum. Die theoretischen Grundlagen seines Weltbilds wurden von dem Publizisten Friedrich Gentz und dem Staatsphilosophen Adam Müller ausformuliert. Metternich sah mehr und mehr seine Aufgabe darin, die Spuren der Revolution zu beseitigen und die alte Ordnung zu restaurieren und abzusichern. Seine Position wurde immer stärker, weil der Kaiser ihn immer unterstützte und ihn 1821 zum allmächtigen Staatskanzler machte.

Die **Heilige Allianz** war ursprünglich eine Idee des Zaren Alexander, die Metternich aufgriff und zu einem außenpolitischen System ausbaute. Aus der Gründungserklärung vom 26. September 1815:

„Im Namen der heiligen und unteilbaren Dreieinigkeit! Ihre Majestäten, der Kaiser von Österreich, der König von Preußen und

der Kaiser von Russland haben infolge der großen Ereignisse, die Europa in den letzten drei Jahren erfüllt haben, und besonders der Wohltaten, die die göttliche Vorsehung über die Staaten ausgegossen hat, deren Regierungen ihr Vertrauen und ihre Hoffnungen auf sie allein gesetzt haben, die innere Überzeugung gewonnen, dass es notwendig ist, ihre gegenseitigen Beziehungen auf die erhabenen Wahrheiten zu begründen, die die unvergängliche Religion des göttlichen Erlösers lehrt. Sie erklären daher feierlich, dass die gegenwärtige Vereinbarung lediglich den Zweck hat, vor aller Welt ihren unerschütterlichen Entschluss zu bekunden, als die Richtschnur ihres Verhaltens in der inneren Verwaltung ihrer Staaten sowohl als in den politischen Beziehungen zu jeder anderen Regierung alleine die Gebote der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens, die, weit entfernt, nur auf das Privatleben anwendbar zu sein, erst recht die Entscheidung der Fürsten direkt beeinflussen und alle ihre Schritte lenken sollen ...“



Metternich Gemälde von Lawrence 1820

Metternich machte aus den vagen Vorstellungen des Zaren eine Viererallianz mit Großbritannien, der Frankreich 1823 beitrug, einer Allianz der Solidarität der Monarchen gegen liberale, konstitutionelle, das Gottesgnadentum einengende oder gefährdende Vorstellungen. Nur der Kirchenstaat entzog sich aus grundsätzlichen Überlegungen dem Beitritt. Mit der Heiligen Allianz schuf sich Metternich ein Instrument für die politische Führung in Europa im Sinn von Legitimität und Restauration, mit dem er in einer Reihe von Kongressen Europa steuerte.

Am Aachener Kongress vom Herbst 1818 nahmen Kaiser Franz und Zar Alexander teil, von Preußen der Staatskanzler Hardenberg, von England Castlereagh und Wellington, und für Frankreich der Außenminister Herzog von Richelieu. Thema waren Nacharbeiten für den Wiener Kongress, die Solidarität der Fürsten und die Aufforderung an den Deutschen Bund, gegen „revolutionäre Umtriebe“ vorzugehen, die Aufforderung zu den Karlsbader Beschlüssen. Der Beschluss richtete sich auch gegen die süddeutschen Verfassungen. Auch beim Kongress von Troppau (Mährisch-Schlesien) im Herbst 1820 nahmen die beiden Kaiser und viele Fürsten oder Vertreter (Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen) teil. Thema war der informelle Beschluss zur Intervention, wenn in einem der Mitgliedstaaten Unruhen oder ein Umsturz drohte. Der Kongress von Laibach/Ljubljana Anfang 1821 war ähnlich besetzt und beschloss gegen die Stimmen Großbritanniens auf Antrag des Königs von Neapel-Sizilien die militärische Intervention gegen einen liberalen Aufstand in Neapel. Österreichische Truppen schlugen den Aufstand nieder, und am 15. Mai wurde der König in Neapel wieder in seine Rechte eingesetzt. Beim Kongress von Verona im Herbst 1822, bei dem auch der König von Preußen anwesend war, wurde beschlossen, die griechische Unabhängigkeit nicht anzuerkennen. Großbritannien trug den Beschluss nicht mit und verabschiedete sich 1823 ganz aus der Heiligen Allianz. Frankreich wurde aufgefordert, in Spanien gegen die konstitutionelle Bewegung militärisch einzugreifen. Aber sonst war Verona kein voller Erfolg. Die österreichische Truppenpräsenz in Neapel und in Piemont wurde zeitlich befristet, und die fürstliche Solidarität wurde deutlich brüchiger.

Der Freiheitskampf Griechenlands

Die liberal-konstitutionellen Kämpfe in Spanien und in Neapel waren eine Herausforderung für die Heilige Allianz, aber der Freiheitskampf der Griechen wurde sogar zum Konflikt, denn gehörte der türkische Sultan auch zu den schützenswerten Monarchen?

Die Griechen gehörten seit über 400 Jahren zum Herrschaftsbereich der osmanischen Türkei. In der Antike und in der byzantinischen Zeit war Griechenland alphabetisiert und belesen gewesen, aber die türkische Verwaltung war nur am Steueraufkommen interessiert. Die Bildungselite war nach Westen emigriert oder machte in der osmanischen Verwaltung Karriere. Die reichen Reeder, Kaufleute und Steuereinnahmer ebenso wie die griechische Kirche arrangierten sich mit der türkischen Herrschaft, die Landbevölkerung und die einfachen Matrosen waren arm und ungebildet, ihre Sprache, das „Levantinische“ war ein Gemisch aus griechischen, italienischen und östlichen Wurzeln, die Sprache der Christen in der osmanischen Türkei. Im 17./18. Jahrhundert wurde das Griechische unter dem Schutz von Venedig auf den jonischen Inseln geprägt, und die Zarin Katharina die Große führte einen Dauerkrieg gegen die Türkei und wollte die griechische Ostkirche befreien. In Europa war das Griechische die Wiege der europäischen Kultur. Als die Griechen nun in einer Art von nationale Wiedergeburt anfangen, um ihre Selbstständigkeit zu kämpfen, wurden sie von Europa aus unterstützt, so von dem romantischen Lord Byron, der 1823 als Oberbefehlshaber der freien griechischen Streitkräfte starb. Der Freiheitskampf der Griechen war ein ziemlich verzweifelter Unterfangen, aber in Europa sehr populär. Die Heilige Allianz wollte nationale Aufstandsbewegungen unterdrücken und bestehende Monarchien schützen, aber Russlands Politik war auf die Schwächung der Türkei und die „Befreiung“ der Ostkirche ausgerichtet gewesen, und Österreich als alter „Türkenkämpfer“ wollte kein Vordringen Russlands auf dem Balkan. England sympathisierte mit den Griechen, wollte aber keine Schwächung der Türkei. Deshalb war der Freiheitskampf der Griechen ein Sprengsatz für die Heilige Allianz. Der Beschluss von Verona 1823, die griechische Unabhängigkeit nicht anzuerkennen, führte nicht nur zum Ausscheiden Englands, sondern trug auch zum schlechten Ansehen der Allianz bei.

Die Revolution sollte durch eine Befreiung Rumäniens durch griechische Freischärler unter Alexander Ypsilantis am 25. März 1821 beginnen, dem heutigen griechischen Nationalfeiertag, aber die Rumänen wollten nicht von Griechenland befreit werden und der Anschlag ging schief. Im Dezember trat eine erste griechische Nationalversammlung zusammen. Danach kämpften ver-

schiedene Gruppen gegen die Türken, aber auch gegeneinander. Auf dem Peloponnes waren die Aufständischen stärker, insgesamt die Türken, aber es kam zu keiner Entscheidung, doch zu viel Leiden für die Zivilbevölkerung. 1825 kam Mehmet Ali, ein Albaner, der als Vizekönig von Ägypten weitgehend vom Sultan unabhängig geworden war, diesem mit seiner Flotte zu Hilfe und besetzte den Hafen von Navarino. Daraufhin verbanden sich England, Frankreich und Russland zu einer gemeinsamen Aktion. Sie verlangten einen Waffenstillstand und blockierten Navarino. Am 20. Oktober 1827 kam es zur Seeschlacht von Navarino zwischen Türken und Ägyptern auf der einen Seite und den drei Alliierten, bei der diese einen überwältigenden Sieg errangen. Es folgte ein russisch-türkischer Krieg mit einer weiteren Niederlage des Sultans. Damit war die griechische Unabhängigkeit nicht mehr aufzuhalten. Sie wurde durch das Londoner Protokoll vom 3. Februar 1830 von den europäischen Mächten anerkannt. Der erste griechische Staatspräsident Ioannis Kapodistrias wurde im Oktober 1831 ermordet, und die Signatarmächte verlangten nun die Einführung der Monarchie unter einem europäischen Fürsten. Im zweiten Londoner Protokoll von 1832 wurde der jüngere Sohn des Königs von Bayern, Otto, als König von Griechenland benannt, der mit bayrischen Beamten eine erste Verwaltung aufbaute, aber keine Volksvertretung.

Russland und Polen

Auf dem Wiener Kongress wurde ein kleines Königreich Polen geschaffen („Kongresspolen“) und mit dem zaristischen Russland in Personalunion verbunden, klein, weil Russland nicht bereit war, Westgebiete aus den polnischen Teilungen zurückzugeben, und Metternich auf keinen Fall auf Galizien verzichten wollte. Preußen behielt Posen und Westpreußen, und Krakau, die alte Königsstadt, wurde eine „freie“ Stadt unter Aufsicht der Teilungsmächte. Die Einheit der polnischen Nation sollte durch Selbstverwaltung und Achtung der Sprache erhalten bleiben. Zar Alexander, ein romantischer, phantastischer, aber unberechenbarer Herrscher gefiel sich zunächst darin, Polen eine liberale konstitutionelle Verfassung zu geben, die am 27. November 1815 unterzeichnet wurde und alle Stellen in Regierung und Verwaltung für Polen reservierte. Aber schon der zweite Reichstag von 1820 stand in Opposition zur Regierung, in Armee und Verwaltung wurden Geheimbünde und Verschwörungen aufgedeckt (Dekabristen), und seit 1822 änderte der Zar seine Polenpolitik. Wirtschaftlich und strukturpolitisch entwickelte sich das Königreich Polen in den ersten Jahren positiv, und die Zollunion mit Russland brachte neue Absatzgebiete für die aufstrebende polnische Industrie, aber politisch versuchte er, die Spielräume einzuengen und dachte sogar über die Aufhebung der Verfassung nach. Alexander verstarb 1825 kinderlos, und ihm folgte sein jüngerer Bruder Nikolaus, ein harter, geradliniger Typ, *Zar Nikolaus I. von Franz Krüger*

der aus der Militärverwaltung kam und konstitutionelle Versuche ablehnte. Nikolaus musste zuerst vorsichtig sein, weil er die Polen im Krieg gegen die Türkei brauchte. Aber der Reichstag wurde seit 1825 nicht mehr einberufen, und das gegenseitige Misstrauen führte 1830 zum Novemberaufstand, und im Januar 1831 wurde das Ende der Personalunion mit den Romanows erklärt. Der Aufstand wurde nach anfänglichen Erfolgen im September von der russischen Armee blutig und brutal niedergeschlagen, die Verfassung von 1815 aufgehoben und die polnische Armee aufgelöst. In die oberen Stellen der Verwaltung rückten zuverlässige Russen, und die polnische Führungsschicht wurde kriminalisiert, verfolgt und ins Exil getrieben. Die polnischen Emigranten genossen in Europa und in der Welt großes Ansehen und übernahmen immer wieder militärische Führungsaufgaben.

In Polen wurde die reaktionäre Politik der Heiligen Allianz verwirklicht (der Wiener Kongress war noch fortschrittlicher gewesen), aber dem äußeren Sieg des Zaren entsprach der Verlust an Vertrauen in diese Politik, das in der Sympathiewelle für die flüchtigen Polen seinen Ausdruck fand.



Spanien und Lateinamerika

Columbus war 1492 auf Santo Domingo gelandet, und danach hatte Spanien Mittel- und Südamerika erschlossen, Hernán Cortés 1520 das Aztekenreich und Francisco Pizarro 1532 das Inkareich. Der Dominikanermönch und Bischof von Chiapa Bartolomeó de las Casas wirkte schon um 1540 auf Karl V. ein, der die (in Lateinamerika nie umgesetzten) Nuevas Leges erließ und den Indienrat als Kontrollorgan einrichtete, und Las Casas verfasste um 1550 seinen Kurzgefassten Bericht von der Verwüstung der Westindischen Länder, in dem er über die Opfer der ersten Kolonialisierung berichtete.

Die neuen Gebiete wurden dann in Vizekönigreiche eingeteilt, das Vizekönigreich Neuspanien im heutigen Mexiko, Neugranada im Norden von Lateinamerika, Peru, Rio de la Plata in Argentinien, dazwischen das portugiesische Vizekönigreich Brasilien. Dazu gab es Jesuitenmissionen wie Paraguay, die 1767 aufgehoben wurden. An der Spitze der Kolonien stand eine von Spanien ernannte Kolonialverwaltung, die vor allem für das jährliche Schatzschiff ins Mutterland sorgen musste, das Spanien immer wieder vor dem Bankrott rettete. Darunter gab es eine dünne Oberschicht von weißen spanischen Großgrundbesitzern, die in großem Reichtum lebten und die Geschehnisse lenkten, und unter ihnen die versklavte Schicht der Ureinwohner, der Negersklaven und ihrer Abkömmlinge, der Mischlinge und der Entwurzelten. Die Bindung der Spanier an das Mutterland wurde im Lauf der Jahrhunderte immer schwächer, es gab eigene Universitäten, die erste in Bogotá schon 1573, und als seit 1776 die nordamerikanischen Siedlungskolonien von England unabhängig wurden, diskutierte auch die spanische Oberschicht immer offener die Lösung von Spanien. Durch die napoleonischen Kriege verstärkte sich die Tendenz zur Unabhängigkeit, weil wegen der englischen Blockade kein Verkehr mit den Kolonien möglich war, und als 1815 die Bourbonenmonarchie in Spanien wieder eingerichtet wurde und die Oberhoheit über die Kolonien beanspruchte, war das zwar im Sinn der Restauration, aber nicht der kolonialen Oberschicht. Das Vizekönigreich Neuspanien erklärte sich 1810 für unabhängig und nannte sich nach der alten Aztekenhauptstadt Mexico. Die verbliebenen spanischen Truppen kämpften gegen die Unabhängigkeit, aber ihr Führer ging 1820 zur anderen Seite über und machte sich 1822 zum Kaiser. Spanien war bereit, gegen eine hohe Ablösesumme die Unabhängigkeit anzuerkennen, die das Land auf lange Zeit finanziell belastete. 1823 wurde der Kaiser gestürzt und die Republik ausgerufen. Im Zusammenhang damit löste sich Guatemala als Zentralamerikanische Föderation von Mexico, die späteren Staates des Isthmus von Panama. Die Nähe zu den expandierenden Vereinigten Staaten im Norden wirkte sich negativ auf die Stabilität des neuen Staates aus. Zwischen 1835 und 1848 verlor Mexico seine nördlichen Gebiete an die USA, die heutigen US-Staaten Kalifornien, New Mexico, Utah, Texas, Arizona, Nevada und Florida.

Simón Bolívar

Simón Bolívar stammt aus einer reichen Familie, aber nicht aus der rein spanischen Aristokratie. Er wurde 1783 in Caracas geboren, erhielt eine gute Ausbildung und ging 1799 nach Europa, heiratete in Spanien und ging 1802 mit seiner Frau nach Caracas zurück. Nach ihrem frühen Tod ging er von 1804 bis 1807 wieder nach Europa und beschäftigte sich dort mit dem modernen französischen Staat unter Napoleon. Mit diesen Eindrücken kehrte er nach Lateinamerika zurück. 1810 erklärte eine Widerstandsjunta die Unabhängigkeit Neugranadas von Spanien, und Bolívar ging als Sondergesandter nach Großbritannien. Er kam zurück, um zu erleben, dass die junge Republik vom spanisch gebliebenen Militär besiegt und unterdrückt wurde. 1813 beim zweiten Versuch befreite er Caracas und rief die zweite Republik aus. Von dort aus konnte er 1814 Bogotá einnehmen, aber Kämpfe und innere Streitigkeiten der Sieger führten dazu, dass er 1815 ins Exil nach Jamaica gehen musste und die Zeit zu neuen politischen Überlegungen nutzte.



1818 unternahm er einen neuen Anlauf zur Befreiung von ganz Neu-Granada. An dessen Stelle trat 1821 die Republik Großkolumbien (zur Erinnerung an Columbus, der bisher in der Namensgebung des neuen Kontinents nicht berücksichtigt worden war). Von dort führte der Befreiungskampf nach Peru, wo das spanische Militär eine starke Stellung hatte. 1824 wurde Bolívar in Peru zum Diktator gewählt und damit etwas freier in der Neugestaltung des Staates. Die Spanier wurden besiegt, und das Land nahm 1825 zu seinen Ehren den Namen Bolivien an. Der Libertador Bolívar arbeitete eine neue Verfassung für das Land aus. Die wollte er für Großkolumbien übernehmen, mit ihm als Präsidenten auf Lebenszeit, aber dort regte sich politischer und lokaler Widerstand. 1828 überlebte er ein Attentat und machte sich zum Diktator, aber der Widerstand blieb, und so trat er 1830 von allen Ämtern zurück. Er starb wenig später, durch Gift oder durch Tuberkulose. Großkolumbien brach in die Staaten Ecuador, Venezuela und Kolumbien auseinander. Bolívar war in seinem politischen Denken sehr europäisch geprägt, vor allem von Rousseau. Er wollte ein einheitliches panamerikanisches Lateinamerika und hielt das für die *volonté générale*, die wahre Vernunft, zu der man die „Ungläubigen“ auch durch die Diktatur zwingen musste. Er wollte einen gemäßigten Staat im Sinn Montesquieus, die Gewaltenteilung nach dem Muster der USA, aber auch die Abschaffung der Sklaverei. In der Praxis setzte er sich nicht durch, aber er hat viel geschrieben und ist in der Theorie der Vater der lateinamerikanischen Unabhängigkeit und des lateinamerikanischen Zusammengehörigkeitsgefühls geworden.

Die Heilige Allianz und die Monroedoktrin

Auf dem Kongress der Heiligen Allianz von Laibach 1814 war die Intervention in Neapel beschlossen worden, und Frankreich sollte in Spanien eingreifen und den König befreien. Großbritannien war gegen die Interventionen, aber beide waren erfolgreich, und so wurde 1822 in Verona diskutiert, für Spanien in Lateinamerika einzugreifen. Dazu wäre aber natürlich Großbritannien nötig gewesen wegen der Schiffe für den Truppentransport. Großbritannien lehnte jedoch die Interventionspolitik der Allianz jetzt grundsätzlich ab und begann Gespräche mit den USA, die zu einem Abkommen führten, mit dem beide sich grundsätzlich für die Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Republiken und gegen eine europäische Intervention aussprachen, weil beide eine offenere Welt für ihren Handel wollten.

James Monroe war Präsident der Vereinigten Staaten von 1817 bis 1826 (Wiederwahl 1820). Er war erfolgreicher Außenpolitiker gewesen und hatte unter anderem 1803 in Paris den Kauf von Louisiana verhandelt. Als Präsident initiierte er die Gründung von Liberia mit freigelassenen Neger-sklaven, die Hauptstadt nannte sich nach ihm Monrovia. In seiner Kongressbotschaft vom 2. Dezember 1823 entwickelte der Präsident das als Monroe-Doktrin bekanntgewordene Konzept:

1. *Die amerikanische Hemisphäre ist nicht mehr als Kolonisationsgebiet europäischer Mächte zu betrachten.*
2. *In den Republiken der beiden amerikanischen Kontinente ist ein politisches System aufgewachsen, das sich von dem der europäischen Mächte grundsätzlich unterscheidet.*
3. *Jeder Versuch einer europäischen Macht, ihr politisches System auf irgendein Gebiet der amerikanischen Hemisphäre auszudehnen, wird von den Vereinigten Staaten in Zukunft als Bedrohung ihrer Sicherheit und als unfreundlicher Akt betrachtet.*
4. *Die Vereinigten Staaten werden noch existierende Kolonien nicht antasten; sie werden sich in die inneren Angelegenheiten der europäischen Mächte nicht einmischen und mit allen freundschaftliche Beziehungen anstreben.*

(Guggisberg, Geschichte der USA, 1975, S.74)

Die Monroedoktrin war ursprünglich als gemeinsame britisch-amerikanische Erklärung gedacht und vor allem auf die wirtschaftliche Öffnung und gegen die Heilige Allianz gerichtet. Sie wurde zu ihrer Zeit weder in den USA noch in Europa sonderlich beachtet und gewann erst später an Bedeutung, als sich die USA zwischen 1846 und 1848 im Krieg mit Mexiko den nördlichen Teil des Landes einverleibten und keine europäische Intervention haben wollten. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sahen die USA Lateinamerika als ihren „Hinterhof“ an und wehrten sich gegen jeden Einfluss von außen. Von da stammt auch die Kurzform „Amerika den Amerikanern“ für die Monroedoktrin.

Der Aufstieg Großbritanniens zur Weltmacht

Großbritannien hatte sich in den napoleonischen Kriegen politisch und militärisch sehr stark europäisch engagiert, aber gleichzeitig ein weitgehendes Monopol auf die Außenbeziehungen errichtet. Die englische Marine hatte überall ihre Stützpunkte, im Mittelmeer in Gibraltar, Malta und Port Said, und kontrollierte so den Mittelmeerhandel und den Seeweg nach Indien (von Port Said nach Suez im Überlandverkehr). Die Schiffe wurden immer größer, noch lange mit gemischtem Antrieb aus Segeln und Dampfmaschine, und Großbritannien hatte hier einen technischen und seemännischen Vorsprung.

Auch die Industrialisierung machte in Großbritannien nach 1800 große Fortschritte, mit Kohle und Stahl (Wales), mit Dampfmaschinen und moderner Produktion. Die Bevölkerung stieg zwischen 1800 und 1830 von 9 auf 13 Millionen, das alte Handwerk erlag der Konkurrenz, aus Handwerkern wurden Proletarier; Profitmaximierung, Kinderarbeit und gesundheitsgefährdende Wohnbedingungen schufen eine neue Unterschicht (F. Engels, Lage der arbeitenden Klasse in England, 1845). Die neue Industrie mit ihrer großen Produktion brauchte Absatzmärkte und war deshalb für Freihandel. Die klassische politische Oberschicht waren die Landadligen mit Pachtbauern, und die waren für Schutzzölle (corn laws), um die Preise für ihre Produkte hochzuhalten.

Das britische Parlament war keine demokratische Institution. Im House of Lords saßen der erbliche Hochadel und die Bischöfe der anglikanischen Kirche, und zum Unterhaus wählen durfte nur eine ganz kleine Schicht von Besitzenden. Die Sitze waren sehr ungleich verteilt, zu Lasten der neuen wirtschaftlichen Leistungszentren und Ballungsräume, das Land war überrepräsentiert, und die meisten Abgeordneten waren Landadlige. Nach langen Diskussionen gab es erst 1832 eine erste sehr zaghafte Reform, mit der ein paar Ungereimtheiten bei den Wahlkreisen ausgeräumt wurden und die Zahl der Wähler sich vervielfachte, aber immer noch unter zehn Prozent lag. Das alte Wechselspiel von Whigs und Tories funktionierte noch, aber viele Abgeordnete waren einfach regierungshörig, die Zugehörigkeiten zu einzelnen Gruppen waren locker. Die Führer des Parlaments hatten ihre Rechte gegenüber dem Monarchen ausgebaut und achteten darauf, sie zu bewahren. Der Form nach waren der Prime Minister und das Kabinett Berater des Königs, tatsächlich waren sie von der Parlamentsmehrheit abhängig. Die Könige waren durchaus restaurativ gesonnen, und Georg IV. wurde für sich persönlich Mitglied der Heiligen Allianz, aber die britische Regierung war der Allianz gegenüber von Anfang an kritisch und zog sich seit 1822 von ihr zurück. Großbritannien interessierte sich nach 1815 für Europa und griff auch gelegentlich ein, so 1827 in der Seeschlacht von Navarino, gleichzeitig hielt es sich aber sehr unabhängig und ließ sich in seinen weltpolitischen Ambitionen wenig kontrollieren, wie etwa bei der Unabhängigkeit Lateinamerikas und der Monroedoktrin. Die eigentliche englische Kolonialpolitik wurde nicht von der Regierung gemacht, sondern von privaten Gesellschaften wie der East India Company, die in diesen Jahren ihren Einfluss in Indien sehr erweiterte und unabhängige Fürsten unter ihre Herrschaft zwang. In Indien war die East India Company der Staat.

Großbritannien hatte die französische Revolution von Anfang an bekämpft und ihre Ziele abgelehnt, und obwohl es für die politischen Denker des 18. Jahrhunderts, für Voltaire, Montesquieu und Rousseau wegen der Mitspracherechte des Parlaments ein großes Vorbild gewesen war und als Wiege der Demokratie galt, war es gegen jede Form des Konstitutionalismus, gegen eine geschriebene und ausgearbeitete Verfassung, gegen „vernünftige“ Grundsätze und die Formulierung von Menschenrechten. Großbritannien war strukturell konservativ, es war zu Reformen fähig, aber nur spät und zögerlich, das Regierungsestablishment war aristokratisch, und die Grenzen zu den unteren Klassen, den Landarbeitern und den neuen Proletariern, waren nahezu unüberwindbar. Aber gleichzeitig war Großbritannien politisch flexibel, und durch das Gegenüber und Miteinander im Parlament gab es ein politisches Leben und eine politische Alternative, und das gab zumindest der politischen Führungsschicht den Eindruck von Freiheit. Dazu kommt, dass in der englischen Tradition weniger vom Staat reglementiert und vorge-schrieben und mehr dem Einzelnen überlassen wurde. Die frühe englische Industrialisierung ist dem Engagement und auch dem Wagemut der neuen Unternehmer zuzuschreiben, jedoch auch der liberalen Nichtregulierung mit ihrer Offenheit und ihrer Beweglichkeit, aber auch mit den schrecklichen Bedingungen für die neuen Arbeiter, die eben erst in den Vierzigerjahren durch die Fabrikinspektionen vom Staat etwas überwacht und reguliert wurden.

Der Liberalismus

Der Liberalismus war nach 1800 die vorherrschende politische Richtung und wurde nach 1815 von der Heiligen Allianz zunehmend unterdrückt und verfolgt, im Deutschen Bund mit der Demagogenverfolgung und den Karlsbader Beschlüssen, die das offene Bekenntnis zum Liberalismus erschwerten und verfolgten.

Dieser Liberalismus war **national**, Er sah das Volk als natürliche politische Einheit, die nationale Unabhängigkeit und Geschlossenheit als politisches Ziel. Im Kampf gegen Napoleon hatte vor allem Preußen das Nationale betont, der König sprach von Preußen und Deutschen, und Dichter wie Ernst Moritz Arndt wurden Volkshelden. Doch Nation braucht ein Gegenbild, und das waren in den Freiheitskriegen die Franzosen. Metternich sah für den Vielvölkerstaat Österreich die Nationswerdung als Gefahr, er hielt die autoritäre monarchische Führung von oben für den einzig gangbaren Weg, unterdrückte alle nationalen Bestrebungen und spielte die Völker gegeneinander aus, z. B. mit kroatischen Truppen in Italien. Die Österreicher waren das Staatsvolk, aber im bürokratischen Sinn, nicht im Nationalen, das Metternich fürchtete und verfolgte.

Der Liberalismus war auch **konstitutionell**, er war für eine Mitsprache des Volkes beim Regieren, und die sollte in einer (zwischen Volk und Monarchen vereinbarten) Konstitution festgelegt sein. Der Liberalismus war nicht republikanisch oder antimonarchisch, sondern für die konstitutionelle Monarchie. Er akzeptierte sogar die oktroyierten (vom Herrscher erlassenen) Verfassungen wie in den süddeutschen Staaten nach 1815 oder in Polen, aber er hielt sie für nicht einseitig widerrufbar,

während Metternich und die Heilige Allianz für ihre Rücknahme plädierten. Der Theoretiker der Restaurationsepoche, der Berner Carl Ludwig von Haller (1768 – 1854), formulierte in seiner „Restauration der Staatswissenschaften“ 1816 die Grundlage für die Zurücknahme:

Fürchtet das Wort Konstitution; es ist Gift in Monarchien, darum, weil es demokratische Grundlagen voraussetzt, den inneren Krieg organisiert und zwei auf Leben und Tod gegeneinander kämpfende Elemente schafft.

Der Liberalismus glaubte nicht an die Gleichwertigkeit des Volkes und hielt es für richtig, das Wahlrecht an gewisse Voraussetzungen zu binden, an Besitz, Hausbesitz oder Steueraufkommen (deshalb Zensuswahlrecht). Oft wurden Wahlen auch indirekt organisiert, über Wahlmänner, die dann den Abgeordneten bestimmten.

Der Liberalismus war auch **marktliberal**, für eine vom Staat möglichst ungehemmte freie Entfaltung der Ideen und der Produktivkräfte, für ein freies Unternehmertum, für Risiko und Mut zur Entscheidung, auch für das Recht auf Bereicherung. Aber dieser Ansatz spielte vor allem in Großbritannien eine Rolle, nicht so sehr auf dem Kontinent. Sein Theoretiker war Adam Smith (1723 -1790). In seinem Hauptwerk *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations* (1776) sah er den freien Markt, das freie Spiel der Kräfte als die beste selbstregulierende Methode an, besser als alle staatlichen Eingriffe, die möglichst unterbleiben sollten.

Erst später wurden die Liberalen bei uns zur Partei des Freihandels und der Deregulierung.

Die Carbonari

Auch in Italien waren die liberalen Ziele 1815 nicht verwirklicht worden, für die Fortschrittspartei gab es keine staatliche Identifikation. Die am besten regierten Staaten unter österreichischer Herrschaft waren fremdbestimmt, und die italienischen Staaten übertrafen sich in restaurativer Misswirtschaft. Das führte in Neapel zur Bildung der Geheimgesellschaft der Carbonari, der Köhler. Die Geheimgesellschaft entsprach zum einen der rigorosen politischen Überwachung, zum andern auch einem gewissen Zeitgeist. Ihre Organisation erinnert an die der Freimaurer. Die Aufnahme gestaltete sich stufenweise: es gab Lehrlings-, Gesellen- und Meisterabteilungen, die höchsten Grade erlangten nur wenige Mitglieder. Doch waren alle zur absoluten Verschwiegenheit und zum unbedingten Gehorsam gegen die Oberen vereidigt. Die Mitglieder nannten sich gegenseitig buoni cugini (gute Vettern), Nichtzugehörige hießen pagani (Heiden). Zwischen 1815 und 1820 sollen dem Geheimbund mehr als 600.000 Menschen angehört haben. Das Motto war INRI – Iustum necare Reges Italiae – Es ist richtig, die Könige Italiens zu töten.

1820 zwang eine Verschwörung der Carbonari König Ferdinand, die spanische Verfassung von

1812 zu übernehmen, aber mit Hilfe Metternichs und Österreichs wurde 1821 der alte Zustand wieder hergestellt. Daraufhin kam es unerwartet auch in Turin zum Aufstand. Die Carbonari übernahmen kurzfristig die Regierung, erklärten Österreich den Krieg und forderten eine Verfassung. König Viktor Emanuel I. trat zugunsten seines Bruders Karl Felix zurück, aber der war auf Weltreise. So übernahm Karl Albert aus der Linie Savoyen-Carignan, der mit den Carbonari sympathisierte, die Regierung und führte die spanische Verfassung ein. Als jedoch Karl Felix ankam, nahm der alles zurück und rief die Österreicher, um die Ruhe wieder herzustellen. In Neapel und Turin gab es Prozesse, doch die größte Repression fand in der Lombardei statt, wo führende Liberale zum Tod verurteilt und dann zu langjähriger Haft begnadigt wurden, die sie in Spielberg bei Brünn absitzen mussten. Die Erinnerungen des Dichters Silvio Pellico *Le mie prigioni* trug weiter zur Ablehnung der österreichischen Herrschaft bei.

Frankreich und die Julirevolution

In Frankreich war 1824 König Ludwig XVIII. gestorben, der 1814 und 1815 auf den Thron zurückgekehrt war und mit einem Kompromiss regiert hatte, der Weitergeltung der revolutionären Ordnung und des Code Napoléon, auch der Trikolore, einer Verfassung mit starkem Zensuswahlrecht, der Wiederherstellung der alten Aristokratie und der Zurückgabe eines Teils ihres Besitzes. Auf ihn folgte sein jüngster Bruder Karl von Artois als Karl X. Auf ihn setzten die Royalisten grosse Hoffnung, weil er viel offener reaktionär war. Er wollte die Errungenschaften der Revolution beseitigen und die Zustände vor 1789 wieder herstellen. Die Emigranten wurden weiter entschädigt, die Nationalgarde aufgelöst, die katholische Kirche privilegiert und die Verfassung eingeschränkt. „*Ich würde lieber Holz hacken als ein König unter den Bedingungen des Königs von England sein*“, so Karl X. Karl bestimmte eine Regierung aus Priestern unter dem Prinzen Polignac. Am 25. Juli ließ er die vier *Ordonnances* zur Suspendierung der Verfassung veröffentlichen, weil das Ergebnis einer Neuwahl für ihn verheerend gewesen wäre. Das führte zum Aufstand in Paris. Karl floh vor dem Ernst der Lage und ernannte Louis-Philippe von Bourbon-Orléans zum Generalleutnant für das Königreich. Am 30. Juli übernahm Louis-Philippe auf Vorschlag von Thiers das Königtum und setzte die Verfassung wieder voll in Geltung. Thiers hatte erkannt, dass Europa eine französische Republik nicht akzeptieren würde.



König Karl X.

Auswirkungen der Julirevolution: Belgien

Der Wiener Kongress hatte 1814 ein Vereinigtes Königreich der Niederlande unter dem Prinzen Wilhelm von Oranien (die Oranier waren vorher nie Könige gewesen, sondern Statthalter) verfügt, aber die Freien und die Spanischen Niederlande waren seit dem Ende des 16. Jahrhunderts getrennt und hatten sich auseinandergeliebt. Die katholische Kirche verbot im neuen säkularen Staat jede Zusammenarbeit und exkommunizierte die Kooperationswilligen, gleichzeitig beklagte sie die geringe Repräsentation von Katholiken im Staat. Dazu kam, dass König Wilhelm persönlich sehr restaurativ war, und dass ein Einheitsstaat ohne föderative Elemente konzipiert worden war. Der Sprachengegensatz und die Kulturkampfstimmung (der Bischof von Gent verfluchte 1817 öffentlich das ungeborene Kind der schwangeren Prinzessin von Oranien) zerstörten die Grundlagen des

Königreichs, und die häufigen Unruhen ließen ein Auseinanderbrechen des künstlichen Staates immer wahrscheinlicher werden. Katholiken und Liberale verbanden sich seit 1825 als Opposition. Die Nachricht von der Julirevolution in Paris führte 1830 zu den Augustunruhen in Belgien, und zwar nach der Aufführung der romantisch-nationalistischen Oper *La muette de Portici* in der Brüsseler Oper. Die Unruhen breiteten sich in den anderen Städten aus. Am 26. August wurde zum ersten Mal die neue belgische Fahne gehisst, mit den Farben des Brabanter Aufstands von 1789 und in der Anordnung der französischen Trikolore. Die belgischen Abgeordneten forderten eine stärkere Föderalisierung, eine eigene Steuerverwaltung und die Gleichberechtigung der französischen Sprache, aber der König wollte nicht nachgeben, und so kam es im September zu neuen Unruhen. In Brüssel bildete sich eine Provisorische Regierung, die am 4. Oktober die Unabhängigkeit ausrief und für den 3. November Wahlen zu einem Nationalkongress ausschrieb (in ganz Belgien, aber mit einem Wahlrecht nur für Akademiker und Hausbesitzer). Dieser arbeitete eine Verfassung aus, die am 7. Februar 1831 als Verfassung des Königreichs Belgien in Kraft trat. Diese Verfassung bekannte sich klar zur Gewaltenteilung und zur konstitutionellen Monarchie, der König und sein Ministerium als Exekutive, das Parlament als Legislative. Am 4. Juli 1831 wurde gegen den Protest der katholischen Kirche Prinz Leopold von Sachsen-Coburg zum König gewählt. Ursprünglich war an den Sohn von Louis-Philippe gedacht worden, aber Großbritannien war gegen eine Abhängigkeit des neuen Staates von Frankreich und setzte im Londoner Protokoll die Unabhängigkeit und Neutralität von Belgien durch. Luxemburg blieb selbstständig, weil es als Mitglied des Deutschen Bundes anders behandelt werden musste. Ein Feldzug der Niederlande 1831 scheiterte am Widerstand Frankreichs.

1830/1 versuchte die Carbonari-Bewegung in Italien noch einen Aufstand, dieses Mal mit Unterstützung der beiden Söhne der Königin Hortense, Napoléon Louis und Louis Napoléon. Der erste starb in Italien, der zweite wurde später Kaiser Napoleon III. Danach wurde die Repression weiter verstärkt, insbesondere in der Lombardei und im Kirchenstaat, wo Gregor XVI. (1831 - 1846) Liberalismus, Gewissensfreiheit, Pressefreiheit und die Trennung von Staat und Kirche als gegen Gottes Willen gerichtet verurteilte. Nur in Savoyen-Sardinien folgte 1831 Karl Albert endgültig auf dem Thron und begann zaghaft mit gewissen Reformen, aber noch ohne Verfassung.

Das Scheitern der Heiligen Allianz

Die Ereignisse der Jahre zwischen 1822 und 1830 haben zum Scheitern der Politik der Restauration geführt. In Griechenland hatte sich eine Nationalbewegung durchgesetzt, in Lateinamerika die Republik, in Frankreich war die reaktionäre Politik gescheitert, in Belgien hatte eine nationale und konstitutionelle Politik gewonnen, in Italien konnte die *Carbonaria* nur durch brutale Repression unterdrückt werden, und Industrialisierung und Welthandel veränderten die wirtschaftlichen Voraussetzungen. Heinrich von Treitschke, der deutschnationale und antisemitische Historiker der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, hat das in seiner epochalen fünfbandigen Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert (eigentlich nur 1805 - 1847) so geschildert (Band 3, 1. Abschnitt, S. 4): *Die „Große Woche“ der Pariser veränderte die ganze Lage der Welt; sie erschütterte das politische System der legitimen Großmächte weit stärker als zehn Jahre früher die Revolutionen Südeuropas; sie beschleunigte überall die längst schon begonnene Zerstörung der alten Ständeherrschaft. Der Untergang des Adels und die Herrschaft der Bourgeoisie in Frankreich entflamten das erstarkte Selbstgefühl der bürgerlichen Klassen zu neuen Hoffnungen und Ansprüchen. Unterdessen begann das zweite große Zeitalter der Entdeckungen und Erfindungen zu tagen, Wohlstand und Verkehr nahmen einen unerhörten Aufschwung. Die neuen Weltmächte der Großindustrie, der Börse, des Judentums traten ihre Herrschaft an, und zugleich regte sich schon der Klassengegensatz von Arbeit und Kapital. Die Zeit der Restauration stand mit ihrer feinen Sitte, ihren romantischen Träumen und ihrer andächtigen geistigen Arbeit, mit ihren Diplomatenkongressen und höfischen Festen dem aristokratischen alten Jahrhundert noch sehr nahe. Erst seit der Julirevolution, vollständig erst seit dem Jahre 1848 zeigt die Gesittung des 19. Jahrhunderts ihr eigenes Gepräge. Ein neues Geschlecht kommt herauf, demokratisch in Sitten und Gedanken, formlos und kurz angebunden, unersättlich in seinen Ansprüchen, tief überzeugt von seiner Güte und noch tiefer von der Verworfenheit seiner Gegner, unternehmend und arbeitsam, kühn und erfinderisch im Kampf mit den Elementen, durch die Weite seines Gesichtskreises und die Vielseitigkeit seiner Interessen allen früheren Zeiten überlegen, aber auch hastig, unstet, ohne Sammlung des Geistes, ohne Sicherheit der Weltanschauung. Alles Leben der Völker drängt sich auf den Markt hinaus. Die Wahlen und die Redeschlachten der Parlamente ... nehmen die Kraft des Mannes in Anspruch.*

Europäische Geschichte im 19. Jahrhundert IV: Von 1831 bis zum Ende der europäischen Revolutionen 1850

Mittwoch, 06. 11. 2013

Die Juli-Monarchie in Frankreich und die Restauration in Europa. Das Hambacher Fest 1832. Die Göttinger Sieben. Stillstand in Preußen. Zollverein und Eisenbahn.

Mittwoch, 13. 11. 2013

England: Industrialisierung, Arbeiterelend, Fabrikinspektion. Der Aufbau der Weltseemacht. Die Kolonien (Indien). Der Opiumkrieg mit China. Die Entwicklung der USA..

Mittwoch, 20. 11. 2013

Russland unter Zar Nikolaus I. König Friedrich Wilhelm IV. und Preußen. Der Vereinigte Landtag 1847. Vormärz.

Mittwoch, 27. 11. 2013

Das europäische Revolutionsjahr: Frankreich, Märzministerien Wahlen in den Ländern und zur Frankfurter Paulskirche. Verfassungsdiskussion. Sieg der Reaktion in Wien und Berlin.

Mittwoch, 04. 12. 2013

König Friedrich Wilhelm IV. lehnt die Verfassung ab. Niederschlagung der Revolution in Baden durch Preußen, in Italien durch Österreich, in Ungarn durch Russland. Die Oktroyierte preußische Verfassung und das Dreiklassenwahlrecht. Ende der preußischen Unionspläne (Olmütz) und die Restauration des Deutschen Bundes.

Die Juli-Monarchie in Frankreich

Frankreich hatte sich 1830 für eine gemäßigte Monarchie unter Louis-Philippe von Orléans entschieden, weil es bei der Einführung der Republik eine europäischen Intervention fürchtete. Louis-Philippe verstand sich als Bürgerkönig ohne Gottesgnadentum und monarchischen Pomp. Er stellte die Verfassung (charte constitutionnelle) wieder her und stärkte die Stellung des Parlaments (Abgeordnetenversammlung und Pairskammer). Allerdings sicherte ein stark an Besitz gebundenes Zensuswahlrecht eine konservativ-liberale Mehrheit. Die beginnende Industrialisierung (Eisenbahnbau) wurde gesetzlich erleichtert, für die führenden Schichten galt *Enrichissez-vous*, an der Börse wurde spekuliert, aber die Mehrheit der Bevölkerung, die Landwirte wie die neue Schicht der Industriearbeiter, nahm an dem Spiel nicht teil und verlor mehr und mehr das Vertrauen in das Bürgerkönigtum. Louis-Philippe versuchte, seine Stellung durch nationale Symbole wie die Rückholung Napoleons 1840, aber auch durch mehr politische Repression und durch Anlehnung an Metternich zu stabilisieren.

Louis-Philippe führte keinen großen Krieg, aber er ließ während seiner ganzen Regierungszeit in Nordafrika und vor allem in Algerien für den Aufbau einer Kolonialmacht kämpfen, wo er den Versuch des Berberführers Abd-el-Kader zur Gründung eines nordarabischen Reiches durch eine massive und blutige Militärintervention (General, seit 1843 Marschall Bugeaud) verhinderte und mit der Ansiedlung von französischen Siedlern begann.

Die linksrheinische Pfalz und das Hambacher Fest 1832

Die linksrheinische Pfalz war seit den Revolutionskriegen französisch geworden und mit den Ideen der Revolution vertraut. Nach dem Ende Napoleons wurde sie als Rheinpfalz bayrisch. Sie wurde als Nebenland zentralistisch von München aus regiert, und die bayrische Verfassung von 1817 mit der indirekten Wahl und dem starken Zensus bot wenig Mitwirkungsmöglichkeiten. So fühlte sich die Bevölkerung fremdbestimmt und benachteiligt, die Unzufriedenheit war groß und die Sehnsucht nach einem freieren Deutschland allgemein. Dazu kam die Vernachlässigung der landwirtschaftlich bestimmten Gebiete und 1829 ein Hungerjahr mit Missernten.

Die Juli-Revolution in Frankreich wie der Freiheitskampf der Polen hatte die oppositionelle Stimmung verstärkt, aber wegen der strengen Polizeigesetze und der starken Überwachung waren politische Kundgebungen nicht erlaubt. Deshalb fiel man in der Pfalz 1831 auf die Idee, Feste als Ersatz für politische Demonstrationen zu organisieren. Das größte wurde das Hambacher Fest vom 27. Mai bis zum 1. Juni 1832. Organisator war Philipp Jakob Siebenpfeiffer, ein Jurist aus

Lahr, der bei Rotteck in Freiburg studiert und bis 1830 als bayerischer Landcommissär in Homburg an der Saar gewirkt hatte. Nach 1830 gründete er die Zeitschrift „Rheinbayern“ und trat für Änderungen und Reformen ein. Deshalb musste er den Dienst quittieren und siedelte nach Oggersheim über. Im Januar 1832 wirkte



er bei der Gründung eines Vereins für die Pressefreiheit mit, der in ganz Deutschland Anhänger fand und schon nach zwei Monaten verboten wurde, und dann hatte er die Idee eines großen Nationalfestes. Die Resonanz war gewaltig, aus ganz Deutschland kamen Gäste, die Zahl der Teilnehmer wird auf 30 000 geschätzt, es wurde Wein und Essen zur Schlossruine hochgefahren, es wurde geredet, und vor allem wurde die schwarz-rot-goldene Trikolore (die auf die Lützowschen Jäger in den Freiheitskriegen zurückgeht) überall gezeigt und so richtig populär gemacht. Das Hambacher Fest blieb letztlich folgenlos, die Protagonisten wurden danach überall gedemütigt und verfolgt, aber es zeigte den Regierenden doch, wie populär die Forderungen nach mehr Freiheit und mehr Einheit waren und wie stark es im Volk gärte.

Die Göttinger Sieben

Seit 1714 war Hannover mit England in Personalunion verbunden, und nach dem Zwischenspiel des Königreichs Westfalen wurde Hannover beim Wiener Kongress wiederhergestellt, jetzt als Königreich. König Wilhelm IV. erließ 1833 ein relativ liberales Staatsgrundgesetz, sogar mit einer gewissen Ministerverantwortlichkeit gegenüber der Abgeordnetenkammer, und mit einer Neuordnung der Staatsfinanzen. 1837 endete die Personalunion, weil in England die Nichte König Wilhelms in der Thronfolge an erster Stelle stand, in Hannover der jüngste Bruder Ernst August. Dieser hob die Verfassung von 1833 auf, weil er sie als privates Zugeständnis seines Bruders ansah und nicht als Staatsgrundgesetz. Er wollte autokratisch und uneingeschränkt regieren.

Die Beamten waren vorher auf die Verfassung vereidigt worden, auch die Professoren der Göttinger Universität. Die sieben bekanntesten Professoren, die wesentlich zum Ruf der Universität beigetragen und auswärtige Studenten angezogen hatten, nämlich die Gebrüder Grimm, die Historiker Dahlmann und Gervinus, der Staatsrechtler Albrecht, der Orientalist Ewald und der Physiker Weber, protestierten schriftlich gegen die Aufhebung der Verfassung. Die offiziellen Universitätsstellen distanzieren sich eifertig, und die sieben Glanzlichter der Wissenschaft wurden fristlos entlassen, und drei von ihnen wurden sogar des Landes verwiesen. Die Universität hat sich von diesem Aderlass lange nicht erholt. Jacob Grimm schrieb 1838 zur Rechtfertigung: *Die Geschichte zeigt uns edle und freie Männer, welche es wagten, vor dem Angesicht der Könige die volle Wahrheit zu sagen; das Befugte gehört denen, die den Mut dazu haben. Oft hat ihr Bekenntnis gefruchtet, zuweilen hat es sie verderbt, nicht ihren Namen. Auch die Poesie, der Geschichte Widerschein, unterlässt es nicht, Handlungen der Fürsten nach der Gerechtigkeit zu wägen. Solche Beispiele lösen dem Untertanen seine Zunge, da wo die Not drängt, und trösten über jeden Ausgang.*

Der Historiker Egmont Zechlin in: Die deutsche Einheitsbewegung, Ullstein 1967, S. 104: *Kein Ereignis in der innerdeutschen Geschichte des Vormärz hat die deutsche Öffentlichkeit so erregt und die Herausbildung einer liberalen öffentlichen Meinung so stark gefördert, wie dieser hannoversche Staatsstreich vom November 1837...*

Wortklärung: Die Ereignisse vom März 1848 benennt man als Märzrevolution, die neuen liberalen Regierungen als Märzregierungen, und die unterschwellig liberalen Gärungen in den Jahren vorher wie die Göttinger Sieben als Vormärz.

Der Stillstand in Preußen

In Preußen regierte seit 1797 König Friedrich Wilhelm III. Er hatte die napoleonische Katastrophe miterlebt und mit Stein und Hardenberg die preußischen Reformen initiiert, die zum Sieg über Napoleon halfen. Hardenberg hatte im Finanzedikt von 1810 angekündigt: *...der Nation eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation, sowohl in den Provinzen als für das Ganze zu geben, deren Rat wir gern benutzen und in der wir nach unseren landesväterlichen Gesinnungen gern Unsern getreuen Untertanen die Überzeugung fortwährend geben werden, dass der Zustand des Staates und der Finanzen sich bessere, und dass die Opfer, welche zu dem Ende gebracht werden, nicht vergeblich sind.*

Das neue Preußen war in Provinzen eingeteilt, in denen mit den Provinziallandtagen eine gewisse Volksvertretung eingeführt wurde, aber die versprochene Repräsentation für das Ganze wurde auf die lange Bank geschoben. Preußen erfüllte nicht die Forderung der Bundesakte nach einer „landständischen Verfassung“ und schloss sich nach 1815 immer mehr dem restaurativen Kurs der Heiligen Allianz unter Metternich an. Nach dem Tod Hardenbergs 1822 wurde der König, immerhin unter dem Einfluss von Wilhelm von Humboldt der Gründer der Berliner, der Breslauer und der Bonner Universität, schwerfällig, reform- und entscheidungsunwillig. Er regierte bis 1840, ein einsamer alter Mann, der keine Veränderungen wollte. Dass es trotzdem zum Abschluss des Zollvereins kam und damit ein einheitlicher deutscher Wirtschaftsraum geschaffen wurde und dass erste industrielle Anfänge gemacht wurden, hängt wohl mit der notorischen Unterschätzung der wirtschaftlichen Fragen zusammen.

Der Allgemeine Deutsche Zollverein von 1834

Bis zum Ende des Alten Reiches waren Zölle die wichtigsten und verlässlichsten Staatseinnahmen. Die neugeschaffenen Mittelstaaten schufen unter dem Einfluss Napoleons zunächst eigene Zollgebiete, waren aber auch mit Frankreich eng verbunden. Der 1815 geschaffene Deutsche Bund war keine Zollunion, erhielt aber als Aufgabe im Artikel 19 Verhandlungen über Handels- und Wirtschaftsfragen. Baden drängte 1819 auf solche Verhandlungen (Denkschrift von Karl Friedrich Nebenius), und der eifrigste Kämpfer für einen deutschen Zollverein, der Reutlinger Friedrich List, schrieb in einer Bittschrift des Allgemeinen Deutschen Handels- und Gewerbevereins (April 1819): *Achtunddreißig Zoll- und Mautlinien in Deutschland lähmen den Verkehr im Innern und bringen ungefähr dieselbe Wirkung hervor, wie wenn jedes Glied des menschlichen Körpers unterbunden wird, damit das Blut ja nicht in ein anderes überfließe. Um von Hamburg nach Österreich, von Berlin in die Schweiz zu handeln, hat man zehn Staaten zu durchschneiden, zehn Zoll- und Mautordnungen zu studieren, zehnmal Durchgangszoll zu bezahlen. Wer aber das Unglück hat, auf einer Grenze zu wohnen, wo drei oder vier Staaten zusammenstoßen, der verlebt sein ganzes Leben mitten unter feindlich gesinnten Zöllnern und Mautnern, der hat kein Vaterland.“*

Aber der Deutsche Bund war nicht handlungsfähig, weil wesentliche Mitglieder (vor allem Österreich, aber auch Preußen, Dänemark für Schleswig-Holstein, die Niederlande für Luxemburg) nur mit einem Teil des Staatsgebietes Mitglied des Deutschen Bundes waren und mit ihrer eigenen Wirtschaftspolitik sozusagen quer dazu lagen. Deshalb begannen bald danach Verhandlungen und Verträge zwischen einzelnen Staaten, die 1833 zu einem von Preußen dominierten Allgemeinen Deutschen Zollverein führten, der zum 1. Januar 1834 in Kraft trat. Vorbild dafür war die Abschaffung der Binnenzölle innerhalb Preußens in der Reformzeit und in den neuen Staaten. 1834 wurde auch die erste (private) Bahnlinie zwischen Nürnberg und Fürth eröffnet, 1838 die (private) preußische Eisenbahn Berlin – Potsdam. Der Zollverein und der Ausbau der Eisenbahn (beides nach Plänen von Friedrich List) ergänzten und unterstützten sich gegenseitig.

England: Industrielle Revolution

Als industrielle Revolution wird die tiefgreifende und dauerhafte Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, der Arbeitsbedingungen und Lebensumstände bezeichnet, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann und verstärkt im 19. Jahrhundert, zunächst in England, dann in ganz Westeuropa und den USA, seit dem späten 19. Jahrhundert auch in Japan

und weiteren Teilen Europas und Asiens zum Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft geführt hat. Als wichtigste an dieser Umwälzung beteiligte Gesellschaftsklassen standen sich kapitalistische Unternehmer und lohnabhängige Proletarier gegenüber. (wikipedia)

Voraussetzung dafür waren Entwicklungen und Erfindungen bei Kohle und Stahl, die Erfindung der Dampfmaschine und der Bau von Maschinen, vor allem mechanischen Webstühlen, die die traditionelle Tuchmacherei ruinierten. Wichtig war aber auch die gleichzeitige Lehre von Adam Smith über die völlige Liberalisierung, die Aufhebung von einengenden Zunftzwängen und Vorschriften, von Binnenzöllen und anderen Behinderungen. Produktion und Handel sollten sich weiträumig und ungehemmt entwickeln können. Dafür war England in der napoleonischen Zeit dem Kontinent weit voraus das Modell. Wagemutige „Kapitalisten“ bauten eine neue Industrie auf, Wales wurde das Zentrum für Kohle und Stahl, und die neue Industrie fing den Überschuss der rapide wachsenden Bevölkerung auf. Die entstehende Arbeiterschicht hatte nicht die kleinen Ressourcen der armen Landbevölkerung, sie lebte nur vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, sie waren Proletarier, und die Fabrikbesitzer versuchten, mit allen Mitteln (Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit, Streik- und Koalitionsverbot) die Löhne zu drücken und durch den Bau von billigem und schlechtem Wohnraum einen Teil zurückzuholen.

1833 beschloss die englische Regierung, die schlimmsten Missstände einzuschränken. In der sehr umkämpften Fabrikgesetzgebung von 1833 wurde die Arbeitszeit für Kinder zwischen 9 und 13 auf 8 Stunden täglich, zwischen 14 und 18 auf 12 Stunden beschränkt. 1842 folgte das Verbot von Frauenarbeit in Bergwerken, 1844 die Einschränkung der Arbeitszeit für unter 13jährige auf 6,5 Stunden, für Frauen auf 12 Stunden und das Verbot von Nachtarbeit für Frauen, und 1847 wurde die Arbeitszeit generell auf 63 Stunden pro Woche beschränkt. Und schon 1833 wurde eine Art Gewerbeaufsicht eingeführt, die Fabrikinspektion, mit der die schlimmsten Auswüchse bekämpft werden sollten. Ursprünglich vier Inspektoren mit Assistenten und Unterinspektoren waren für ganz England zuständig. Sie besuchten Betriebe und interessierten sich auch für die Lebens- und Wohnbedingungen der Arbeiter. Ihre Berichte über die zum Teil üblen Verhältnisse führten im Parlament und im englischen Bürgertum zum Nachdenken über die soziale Frage. Friedrich Engels schrieb aus ihnen seinen Bericht *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* ab, der 1845 erschien, und 1848 verfasste Karl Marx auf diesen Erfahrungen sein *Kommunistisches Manifest*, eine philosophisch-historische Theorie, die die Geschichte als eine Abfolge von Klassenkämpfen interpretierte und im Kampf und Sieg der Proletarier gegen die Bourgeoisie den letzten und entscheidenden Klassenkampf sah. Die soziale Frage und der Marxismus haben ihre Wurzeln in der englischen Frühindustrialisierung.

England: Seemacht und Kolonialreich

In der napoleonischen Zeit hatte Napoleon zwar England erfolgreich vom europäischen Kontinent abgeschnitten, aber gleichzeitig hatte England Europa blockiert und ebenso erfolgreich vom Weltmarkt ferngehalten. Danach kontrollierte England die Seewege, es hatte überall maritime Stützpunkte (wie Gibraltar, Malta oder St. Helena), und der Welthandel lief weitgehend über England. Seit 1809 Robert Fulton das erste mit Dampf und Segel ausgerüstete Schiff vorstellte, wurde der englische Handel technisch modernisiert (die ersten reinen Dampfschiffe sind erst 1889 in Dienst gestellt worden), und die Stützpunkte bekamen eine neue Bedeutung zum Kohlebunkern. Damit wurde der englische Vorsprung noch größer.

Der Verlust der USA hatte die englische Kolonialmacht zurückgeworfen, aber der Gewinn von Kanada im Siebenjährigen Krieg hatte das zum Teil ausgeglichen, und in der napoleonischen Zeit war der Zugang zu Handel und Kolonien fast ein britisches Monopol. Das galt insbesondere für Indien, wo die lebhaften französischen Aktivitäten mit dem Siebenjährigen Krieg weitgehend abgebrochen waren. Die *East India Company*, eine Aktiengesellschaft, die den Handel mit Indien monopolisiert hatte, baute seit Robert Clive mit der Eroberung Calcuttas und Bengalens und der Schlacht von Plassey 1757 allmählich die Herrschaft über Indien aus. Die Company unterhielt eine eigene Verwaltung mit englischen Administratoren und eine Armee mit Unteroffizieren und Offizieren aus England, die Soldaten waren Einheimische. Mit dieser Armee unterwarf die Company ein indisches Fürstentum nach dem anderen und übte als Rechtsnachfolger des Großmoguls von Delhi über die anderen die Oberaufsicht. Die englische Führungsschicht sah im Dienst in Indien einen Karrieresprung. So war der spätere Herzog von Wellington von 1796 bis 1805 in Indien und

unterwarf im zweiten Marattenkrieg Südindien. Sein älterer Bruder Richard Lord Mornington war von 1797 bis 1805 Generalgouverneur, der höchste Vertreter der Company mit nahezu unumschränkten Vollmachten, und nach seiner Rückkehr wurde er britischer Außenminister. Jeder folgende Generalgouverneur suchte das Gebiet der Company weiter auszudehnen und innerhalb Indiens den britischen Zugriff zu intensivieren. Das führte 1839 zum ersten anglo-afghanischen Krieg. Der Generalgouverneur Lord Auckland setzte den unbotmäßigen Emir Dost Mohammed ab und schickte zur Unterstützung des von den Engländern ausgesuchten Nachfolgers eine Armee von 16 5000 Mann (die Offiziere mit Frauen und Kindern) nach Kabul. Wegen Aufständen beschlossen die Briten (unter General Elphinstone) am 1. Januar 1842 den Rückzug und wurden fast alle auf der 160 km langen Strecke nach Jalalabad getötet. Das war ein schwerer Rückschlag, aber trotzdem führte Aucklands Nachfolger Ellenborough als Generalgouverneur ständig Krieg. Lord Auckland wurde nach seiner Rückkehr 1846 Erster Seelord der Admiralität.

Das Kaiserreich China, die große Ordnungsmacht Ostasiens, war bis 1820 der Hauptlieferant für Tee und Seide und ließ sich den Export in Silber bezahlen. Die *East India Company* suchte nach einem Ausgleich. So wurden Teepflanzen aus China geschmuggelt und auf Sri Lanka und in Assam in britischen Teeplantagen angebaut. Seit 1820 brachten die britischen Handelsschiffe Opium aus Bengalen nach China, um die Handelsbilanz auszugleichen. In China war der Außenhandel auf Kanton beschränkt, dort gab es auch Faktoreien und Wohnanlagen für die Ausländer. Als der Opiumhandel immer mehr zunahm und die Schäden bei der Bevölkerung immer spürbarer wurden, wurde er 1839 von der kaiserlichen Regierung verboten. Die Ausländer wurden in ihren Faktoreien interniert und zur Herausgabe von 1400 Tonnen Opium gezwungen, das der kaiserliche Sondergesandte verbrennen ließ. Darauf billigte das britische Unterhaus die Entsendung einer Kriegsflotte, um bei der kaiserlichen Regierung Genugtuung und Entschädigung zu verlieren. Der britische Superintendent Elliott besetzte Hongkong als Operationsbasis, und im Juni 1840 traf die Flotte (mit 16 Linienschiffen und 540 Kanonen) ein. Die chinesische Flotte aus Kriegsdschunken wurde zerstört und die wichtigsten Flussöffnungen (Perfluss, Jangtsekiang und Beihai) durch Kriegsschiffe gesichert. Die chinesische Führung gab nach, und Elliott erreichte die Abtretung Hongkongs als britische Basis und eine großzügige finanzielle Entschädigung. Damit war aber weder die chinesische Regierung noch der britische Premierminister Palmerston zufrieden. Der ersetzte Elliott durch Pottinger, der den Krieg wieder aufnahm, verstärkt durch Truppen der *East India Company*. Nach der Zerstörung verschiedener größerer Städte musste China 1842 nachgeben. Im Vertrag von Nanking, dem ersten der *Ungleichen Verträge*, mussten sich die Chinesen zur Abtretung Hongkongs und zur völligen Öffnung des Landes für den auswärtigen Handel, auch das Opium, verpflichten. Für die Briten galt bei Streitigkeiten oder Verbrechen nur britisches Recht. Damit begann der Niedergang Chinas, das zur inoffiziellen europäischen Kolonie wurde, und Großbritannien hatte seine Seemacht und Weltgeltung eindrucksvoll bestätigt.

Weniger spektakulär verlief die Erschließung Australiens. 1770 wurde die Ostküste von James Cook entdeckt und als New South Wales für Großbritannien in Besitz genommen. 1788 wurde die erste Sträflingsflotte nach Australien geschickt und Sydney gegründet. 1801 bis 1803 wurde der ganze Kontinent umsegelt und kartographiert. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde das Land systematisch kolonisiert und in Besitz genommen, die heutigen Bundesstaaten wurden als Kolonien gegründet und vom Mutterland anerkannt, und die Briten achteten darauf, dass kein anderes Land dort Fuß fasste.

An der Verbindungsstelle von Indien nach Australien gründete 1819 Thomas Raffles, ein Agent der *East Indian Company*, die Handelsniederlassung Singapur, die 1824 offiziell von einem Sultan gekauft und zu einem wichtigen britischen Stützpunkt ausgebaut wurde. Unbemerkt von Europa schuf sich Großbritannien ein Weltreich und die Möglichkeit, etwa in Australien die schnell wachsende und überflüssige Bevölkerung unterzubringen, die aus Deutschland in dieser Zeit vor allem in die USA auswanderte.

Zar Nikolaus I. von Russland

Nikolaus war 19 Jahre jünger als Alexander und wurde nach dessen plötzlichem Tod 1825 überraschend Zar, weil der ältere Bruder Konstantin wegen einer morganatischen Ehe 1822 heimlich auf die Thronfolge verzichtet hatte. Seine bisherige Laufbahn war militärisch gewesen, und Alexander hatte ihn nie zu Regierungsgeschäften herangezogen und auf die Nachfolge vorbereitet. Er stand den gelegentlichen liberal-modernistischen Ansichten seines Bruders wohl kritisch gegenüber. Noch 1825 wurde er mit dem Dekabristenaufstand konfrontiert, in dem er zu liberalen Zugeständnissen gezwungen werden sollte. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen, und Nikolaus entwickelte eine autoritär-bürokratische Regierungspraxis, bei der er sich auf das Heer und auf die orthodoxe Kirche stützte und einen russischen Nationalismus förderte. In Polen übernahm er allerdings die von Alexander gewährte, aber schon gestutzte Verfassung und ließ sich in Warschau krönen. Zum Wendepunkt wurde der polnische Aufstand von 1830/1831, den er mit brutaler Militärgewalt niederschlagen ließ. Die Verfassung und die Autonomie wurden aufgehoben, der siegreiche General Paskewitsch wurde Generalgouverneur und Vizekönig, Russisch wurde Amtssprache, und die polnischen Lehrinrichtungen wie die 1816 errichtete Universität Warschau wurden geschlossen. In einer Rede in Warschau 1835 warnte der Zar die Polen: *Wenn Ihr darauf besteht, an Euren Träumen von einer besonderen Nationalität und einem unabhängigen Polen und allen diesen Chimären festzuhalten, so werdet Ihr großes Unheil über Euch heraufbeschwören. Ich habe eine Zitadelle errichten lassen und ... bei der geringsten Unruhe werde ich die Stadt beschießen lassen.*

Neben der Unterdrückung in Polen führte er einen Krieg gegen Persien. Dadurch wurden erhebliche Gebiete im Kaukasus russisch, die heute zu Armenien und Aserbaidschan gehören. Aber sein Hauptgegner war die Türkei, die im Frieden von Adrianopel 1829 die Ostküste des Schwarzen Meeres abtreten und den freien Verkehr an der Donaumündung, im Schwarzen Meer und in der Durchfahrt zum Mittelmeer zugestehen musste. Auch die Gründung des Königreichs Griechenland 1831 war eine indirekte Folge dieser Niederlage. 1833 unterwarf sich der Sultan weitgehend dem russischen Zaren und forderte von ihm Hilfe gegen den abtrünnigen Vizekönig von Ägypten.

In Europa stand Nikolaus für die Restaurationspolitik Metternichs ein, versuchte sogar 1833 die Heilige Allianz wiederzubeleben. Gegen liberale und fortschrittliche Bewegungen griff er immer wieder ein, so wurde zum Beispiel 1849 die ungarische Revolution unter Lajos Kossuth durch russische Truppen unter dem erfahrenen Paskewitsch niedergeschlagen. 1850 zwang Zar Nikolaus, der mit einer preußischen Prinzessin verheiratet war, gemeinsam mit Österreich seinen Neffen Friedrich Wilhelm zum Verzicht auf dessen Unionspläne (Olmützer Vertrag), indem er ihm mit Krieg und Intervention drohte.

1854 wollte der Zar mit der osmanischen Türkei endgültig abrechnen, aber die Türken wehrten sich am Schwarzen Meer erfolgreich, und England und Frankreich, die die russische Expansion ins Mittelmeer misstrauisch beobachtet hatten, engagierten sich im Krimkrieg entschlossen für die Erhaltung der osmanischen Türkei als Sperrriegel gegen Russland. Noch während des für Russland ungünstig verlaufenden Krimkriegs starb Zar Nikolaus 1855.

Innenpolitisch betrieb Nikolaus für sein ganzes Reich eine nationalistische Russifizierungspolitik in enger Verbindung mit der privilegierten orthodoxen Kirche. Die Vorrechte der katholischen Kirche in Polen wurden aufgehoben, die polnische Kirche wurde zum Sammelbecken für die eigene Tradition und die Erhaltung der nationalen Sprache. Auch die Protestanten etwa im Baltikum wurden zum Anschluss an die orthodoxe Kirche gedrängt. Nikolaus erliess viele repressive antisemitische Bestimmungen. So mussten junge Juden bis zu 25 Jahre im Heer dienen und waren in dieser Zeit massiven Bekehrungsversuchen ausgesetzt. Insgesamt wurden alle bestehenden nichtrussischen Sonderrechte und Organisationsformen eingeschränkt und verboten. Nikolaus dachte bürokratisch und war reformfeindlich. Eine Initiative zur Aufhebung der Leibeigenschaft und damit zur entscheidenden Modernisierung der russischen Gesellschaft lehnte er schon 1826 ab, vermutlich aus Rücksicht auf die staatstragende adlige Grundbesitzerschicht, die ihren Reichtum nach Leibeigenen berechnete. Aber gerade durch seine Haltung trug er dazu bei, dass auch in Russland eine oppositionelle Bewegung entstand. Die Regierungszeit von Nikolaus war also im Ergebnis nicht so erfolgreich.

Der preußische König Friedrich Wilhelm IV.

Der alte König Friedrich Wilhelm III. starb am 7. Juni 1840, und sein 1795 geborener ältester Sohn Friedrich Wilhelm IV. konnte endlich mit 45 Jahren König werden. Er war ein gehorsamer Sohn seines Vaters gewesen, er wäre gern Vizekönig in den katholischen Rheinlanden geworden und hätte zur Versöhnung der neuen „Westpreußen“ beigetragen, aber er hatte die weniger bedeutenden repräsentativen Aufgaben klaglos übernommen, die ihm sein Vater zuwies. Friedrich Wilhelm war von seinem Gottesgnadentum und seiner Auserwähltheit zutiefst überzeugt. Jetzt konnte er die ihm von Gott zugedachte Rolle übernehmen und die Fehler des Vaters korrigieren, und damit war er die ersten Jahre beschäftigt. So berief er den alten Friedrich Wilhelm Josef Schelling 1841 als Nachfolger Hegels auf den Lehrstuhl für Philosophie nach Berlin, weil er von ihm eine Wiederbelebung der christlichen Philosophie und Mythologie erhoffte. An sich war nach den langen dürren Jahren des alten Königs ein jüngerer, lebendigerer und präsenterer Monarch durchaus willkommen, und Friedrich Wilhelm IV. wurde freundlich empfangen.

Den lange schwelenden Streit zwischen dem protestantischen Preußen und dem rheinischen Katholizismus, zwischen dem neuen Sendungsbewusstsein der selbstbewusster werdenden katholischen Kirche und dem rationalen Ordnungsdenken der preußischen Verwaltung, der sich an der Frage der Kinder aus Simultanehen hochgeschaukelt hatte, führte zur direkten Konfrontation, als der 1835 neugewählte und von der Regierung bestätigte Kölner Erzbischof von Droste-Vischering seinen Priesterstudenten die Vorlesungen der Bonner Universität verbot und vor der Eheschließung bei Simultanehen das Versprechen der Eltern einforderte, die Kinder katholisch zu erziehen. Daraufhin wurde er von König Friedrich Wilhelm III. sistiert und auf die Festung nach Minden verbracht. Die Kurie protestierte, das katholische Establishment im Rheinland geriet in Aufregung, und der Erzbischof Dunin von Posen schloss sich 1838 in einem Hirtenbrief der Meinung an, dass Kinder aus Simultanehen katholisch erzogen werden müssten und wurde ebenfalls sistiert.

Der neue König ließ nach der Krönung die beiden Erzbischöfe ohne Auflagen frei und in ihre Ämter zurückkehren. Er billigte damit faktisch ihre Vorgehensweise und verzichtete auf die bisherige staatliche Aufsicht über die Bischöfe. Zur Beendigung des Kirchenstreits gehörte auch das Projekt der Fertigstellung des Kölner Doms. 1842 wurde vom König der Grundstein eingemauert (*Hier, wo der Grundstein liegt, dort mit jenen Türmen zugleich, sollen sich die schönsten Tore der ganzen Welt erheben*), der Berliner Baumeister Karl Friedrich Schinkel wurde zur Planung mit zugezogen, der preußische Staat stellte Geld zur Verfügung, und 1863 konnte die Trennwand zwischen Chor und Langhaus endlich geöffnet werden. Der Kölner Dom war ein Symbol für die Aussöhnung des Königs mit der katholischen Mehrheit im Rheinland, aber er verband auch in fast idealer Weise die Sehnsucht Friedrich Wilhelms IV. nach Mittelalter, christlicher Frömmigkeit und monumentaler Architektur.

Friedrich Wilhelm wollte beliebt sein. So korrigierte er die schlimmsten Auswüchse der Demagogenverfolgung, die Gefangenen wie Fritz Reuter wurden aus der Haft entlassen und wichtige Identifikationsfiguren wie Ernst Moritz Arndt und der Turnvater Jahn von der Polizeiaufsicht befreit. Von den Göttinger Sieben erhielt der Historiker Dahlmann einen Lehrstuhl in Bonn, und die Brüder Grimm wurden in die preußische Akademie aufgenommen. Neuer Justizminister wurde 1842 der große Rechtsgelehrte Carl Friedrich von Savigny. Der Stil der Regierung hatte sich merklich geändert, aber auch die Richtung. Das war auch zu bemerken in der Offenheit den Nicht-Preußen gegenüber, neben den rheinischen Katholiken vor allem den Polen. Friedrich Wilhelm IV. machte Schluss mit der Germanisierungspolitik in den vorwiegend polnischen Provinzen, er ließ das Polnische als Schulsprache und vor den Zivilgerichten zu, und Erlasse mussten auf Deutsch und Polnisch veröffentlicht werden. Friedrich Wilhelm wurde später für seine Polenpolitik vom deutschen Standpunkt aus sehr getadelt, aber von heute gesehen war sein Ansatz durchaus zukunftsweisend.

Der Vereinigte Landtag 1847

Friedrich Wilhelm IV. sah sich im Wort, weil sein Vater einst eine landständische Verfassung angekündigt hatte. 1823 waren in Preußen unter Mitwirkung des Kronprinzen für die einzelnen Provinzen Provinzialstände eingeführt worden, die ein Beratungsrecht hatten. Die Hälfte der Sitze war dem Adel vorbehalten, ein Drittel den städtischen Grundbesitzern und ein Sechstel den Großbauern. Die Provinzialstände waren konservativ und lokalpatriotisch. Die Weiterentwicklung dieser Provinzialstände zu einem gesamtpreußischen Gremium schien dem König ein gangbarer Weg zu sein, ein Mitsprachegremium mit nur beratender Funktion und ohne demokratische Legitimierung, das aber bei neuen Staatsschulden oder Anleihen (wegen des Eisenbahnbaus) gehört werden sollte. Denn Friedrich Wilhelm hielt eine Konstitution für die halbe Revolution und die Entwicklung dahin für gefährlich. Deshalb berief er 1847 Vertreter der Provinzialstände zu einem Vereinigten Landtag nach Berlin und erweckte damit die Hoffnung auf einen Weg vom Fürstenstaat zur konstitutionellen Monarchie, der vielen Liberalen als der einzig gangbare Weg in die Zukunft erschien. Die Ankündigung des Vereinigten Landtags wirkte also ganz anders, als sie von Friedrich Wilhelm IV. gedacht war:

Diese Regierung der Missverständnisse blieb ihrem Charakter treu: der König wähnte mit dem Patente für lange Zeit sein letztes Wort gesprochen zu haben, die öffentliche Meinung sah darin nur den ersten Anfang eines freieren politischen Lebens.

(Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. 5, S. 601)

In seiner Thronrede vom 11. April 1847 vor dem Vereinigten Landtag machte der König das Gelöbnis, *„dass es keiner Macht der Erde je gelingen soll mich zu bewegen, das natürliche, gerade bei uns durch seine innere Wahrheit so mächtig machende Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles konstitutionelles Verhältnis zu wandeln, und dass ich es nie und nimmermehr zugeben werde, dass sich zwischen unsern Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die Alte Treue zu ersetzen.*

Der Vereinigte Landtag würde zur Bewilligung neuer Steuern und Anleihen und wegen anderer Fragen einberufen werden, *„wenn ich es für gut und nützlich halte, und ich werde es gern und öfter tun, wenn dieser Landtag mir den Beweis gibt, dass ich es könne ohne höhere Regentenpflichten zu verletzen.“*

Die Vertreter der Provinzialstände waren über diese Thronrede verblüfft und konsterniert und brachten in ihrer ersten Sitzung rechtliche Bedenken vor, vor allem die Abschwächung der Rechte gegenüber früheren Ankündigungen. Sie verlangten die Zusage regelmäßiger Einberufung. Der König war enttäuscht, die Atmosphäre gespannt und vieles in der Schwebe, als der Vereinigte Landtag im Juni zu Ende ging.

Friedrich Wilhelm IV. galt auf Grund seiner Initiativen vielen als reformfreudig und als Hoffnung auf eine liberalere Zukunft, aber er selber war von seiner göttlichen Sendung überzeugt und gegen jedes Zugeständnis. So führte der Vereinigte Landtag zur gegenseitigen Enttäuschung, der König ärgerte sich über Aufmüpfigkeit der Vertreter der Provinzialstände, und diese missbilligten den paternalistischen Ton und das Fehlen jedes Entgegenkommens. Damit stiegen die Spannungen im sogenannten Vormärz, dem Jahr vor der Revolution.

Die Anfänge der Revolution

Schon 1844 war es in Schlesien zu den Weberaufständen gekommen, die abhängigen kleinen Weber wehrten sich gegen die Fabrikanten und Verleger, die ihnen ihre Produkte zu immer schlechteren Preisen abnahmen. 1846 und 1847 waren schlechte Jahre für die Landwirtschaft, zu nass, zu heiß, zu trocken, die Erträge fielen zurück. Den Landwirten ging es schlecht, sie hatten keine Arbeit für die Tagelöhner, und die mussten hungern. Es staute sich also einiger sozialer Zündstoff auf, die Armen sahen ihren Lebensunterhalt gefährdet.

Das Bürgertum war unzufrieden wegen der unterdrückten Meinungsfreiheit, der Pressezensur, dem fehlenden Fortschritt bei der Beteiligung an der Verantwortung und weil es bei der allgemein ersehnten deutschen Einheit nicht voranging, weil den deutschen Mittelstaaten ihre Souveränität wichtiger war als die Einheit. In Bayern stellte sich die katholische Kirche wegen Lola Montez gegen den König, und in Preußen war die Enttäuschung über den Vereinigen Landtag groß.

Es gab auch äußere Anzeichen. 1846 kam es in Krakau, seit 1815 einem eigenen Freistaat, in dem die Polen eine Möglichkeit zur nationalen Wiedergeburt sahen, zu Unruhen, die von den Signatarmächten Österreich, Preußen und Russland gemeinsam militärisch niedergeschlagen wurden. Krakau wurde dem österreichischen Galizien zugeschlagen.

Auch 1846 erklärte der dänische König Christian VIII. in einem Offenen Brief, dass die in Dänemark geltende weibliche Erbfolge nun auch für die Elbherzogtümer Schleswig und Holstein gelte, dass sie also ein integrativer Teil des dänischen Königreichs seien. Dagegen gab es Widerstand in den Herzogtümern, aber auch Proteste in Deutschland, weil damit ein deutsches Teilgebiet aus Deutschland herausgeschnitten würde. Metternich als maßgeblicher Politiker des Deutschen Bundes gab dagegen dem dänischen König Recht.

1847 kam es in der Schweiz zum „Sonderbundeskrieg“. Die katholischen Kantone Luzern, Zug, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Wallis und Freiburg schlossen sich im September 1843 zu einem Sonderbund zusammen, um sich gegen die liberal-reformistische Kantonsmehrheit in der schweizerischen Eidgenossenschaft zu wehren. Es gab Züge von Freischärlern, die versuchten, die katholischen Regierungen zu stürzen, der katholisch-reaktionäre Politiker Josef Leu wurde von einem Freischärler ermordet, die katholischen Kantone riefen dafür die Jesuiten ins Land, die Lage schaukelte sich auf und wurde in Europa mit großem Interesse beobachtet. Die liberale Mehrheit beschloss die Auflösung des Sonderbundes. Der Sonderbund, der sich von Österreich gestärkt fühlte, begann den Krieg. Luzern als Hauptstadt des Sonderbunds wurde belagert, die Sonderbundstruppen geschlagen, und Luzern kapitulierte am 24. November. Für die europäischen Zuschauer war es ein Sieg des Liberalismus über die Restauration. Die Schweizer selber arbeiteten 1848 im Schatten der europäischen Revolution eine neue Bundesverfassung aus, die den Ausgleich versuchte, die Selbstständigkeit der Kantone beibehielt und bis heute in Kraft ist. Im Februar 1848 war in Paris eine große Protestversammlung gegen das sehr eingeschränkte Zensuswahlrecht vorgesehen. Sie wurde vom König verboten. Dagegen kam es seit dem 21. Februar zu Protesten und Demonstrationen, die sich so ausweiteten, dass am 24. Februar zuerst der verhasste Ministerpräsident Guizot zurücktrat und am gleichen Tag der König Louis Philippe abdankte und ins Exil nach England ging. Daraufhin wurde in Paris die Republik ausgerufen und eine provisorische Regierung unter dem Dichter und Diplomaten Alphonse de Lamartine gebildet. Die neue Regierung, der auch der Sozialist Louis Blanc angehörte, blieb außenpolitisch konservativ, aber sie beschloss die Abschaffung der Sklaverei in den Kolonien und der Todesstrafe für politische Delikte, das allgemeine Wahlrecht und das Ende der Pressezensur und anerkannte ein Recht auf Arbeit. Am 23. April wurde dann eine verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt, in der die Konservativen und die vorsichtigen Liberalen eine Mehrheit hatten. Der weltfremde Lamartine wurde von General Louis-Eugène Cavaignac, der das Kriegsministerium übernommen hatte, an den Rand gedrängt. Am 24. Juni kam es wegen der Auflösung der Arbeiterwerkstätten zu einem Aufstand der Pariser Arbeiter. Cavaignac ließ sich zum Militärdiktator ernennen und den Aufstand brutal und blutig niederschlagen.

Die „Märzereignisse“ in Deutschland

Die Nachrichten aus Paris hatten in Deutschland eine elektrisierende Wirkung. Überall kam es zu Kundgebungen für mehr Rechte des Volkes, gegen die Pressezensur und für die Einheit. Die Regierungen im Geist Metternichs traten überall zurück und machten den Platz frei für liberalere Ministerien, die sogenannten „Märzministerien“. Den Anfang machte Baden. Hecker und Struve hielten am 27. Februar eine Volksversammlung im Mannheim, wo sie Volksbewaffnung, Pressefreiheit und ein deutsches Nationalparlament forderten. Am 1. März zogen Vertreter aus Städten und Gemeinden nach Karlsruhe vor das Ständehaus und stellten diese Forderungen an den Landtag. Die Regierung wurde umgebildet und versprach, die Forderungen zu erfüllen. Am 5. März trafen sich im Badischen Hof in Heidelberg liberale und demokratische Politiker, die einen Siebener-Ausschuss zur Einberufung eines Vorparlamentes nach Frankfurt beschlossen. In Württemberg ersetzte König Wilhelm am 9. März den konservativen Ministerpräsidenten Linden durch den Führer der liberalen Opposition, Friedrich Römer. In Bayern gab es seit dem 4. März Unruhen, und am 20. März trat der durch die Affäre mit Lola Montez diskreditierte König Ludwig zugunsten seines Sohnes Maximilian zurück.

Auch in Wien kam es seit Anfang März zu Unruhen, und am 13. März trat der bisher allmächtige Metternich von seinem Amt als Staatskanzler zurück und floh nach England, nachdem es in Wien nach einem Feuerbefehl des Erzherzogs Albrecht zu den ersten Toten gekommen war. Kaiser Ferdinand machte am 15. Mai erste Zugeständnisse, die zur Ausarbeitung der Pillersdorfschen Verfassung ohne Volksvertretung führten. Nach neuen Demonstrationen und Protesten floh Kaiser Ferdinand am 17. Mai nach Innsbruck. Die faktische Macht lag nun bei der Armee. So schlug Fürst Windischgrätz am 16. Juni den Pfingstaufstand in Prag nieder.

Auch König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen sah sich zu Zugeständnissen und Reformen genötigt. Als er sie am 18. März vor dem Berliner Schloss bekanntgeben wollte, sammelte sich dort eine große Menge, und wegen der Anwesenheit von Militär kam es zur Massenpanik. Daraufhin gab der König den Befehl an das Militär, den „Skandal zu beenden“. Das Militär versuchte, den Schlossplatz zu räumen, es kam zu Kämpfen und Barrikadenbauten. Dabei gab es 270 Tote, die „Märzgefallenen“. Der König ordnete den Rückzug des Militärs an und verbeugte sich am 19. vor den aufgebahrten Toten. Am 21. ritt er mit der schwarz-rot-goldenen Schärpe durch Berlin: *Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und mich und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des Deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf.* Allerdings schrieb er seinem Bruder: *Die Reichsfarben musste ich gestern freiwillig aufstecken, um Alles zu retten. Ist der Wurf gelungen, so lege ich sie wieder ab!*

Es ging in den einzelnen Staaten um die Verfassung und eine bessere Volksbeteiligung, aber es ging von Anfang an auch um die deutsche Einheit. Das Vorparlament, das am 31. März in Frankfurt zusammentrat, sollte den Weg dafür freimachen. Die 574 Abgeordneten waren nicht gewählt, sondern wurden einzeln von dem Heidelberger Siebenerausschuss benannt und aufgefordert. Hecker und Struve wollten das Vorparlament zu einer revolutionären Exekutive machen, aber die konservativ-liberale Mehrheit sah die Aufgabe darin, die demokratische Wahl einer deutschen Nationalversammlung vorzubereiten. Nach dieser Niederlage forderte Hecker seine Anhänger zum „Heckerzug“ auf, der am 12. April in Konstanz begann und nach Heckers Meinung auf dem Weg nach Frankfurt zu einer Massenbewegung für die deutsche Republik werden sollte. Aber der Zulauf blieb aus, und am 20. April wurde der Heckerzug bei Kandern von der badischen Armee gestoppt und auseinandergetrieben. Am 1. Mai wurde in ganz Deutschland gewählt, die Durchführung der Wahl war Sache der Einzelstaaten, die die Vorgaben verschieden auslegten, aber vermutlich hatten 85 bis 90% aller Männer eine Stimme. In Preußen wurde gleichzeitig auch eine Preußische Nationalversammlung gewählt. Diese trat am 22. Mai in Berlin zusammen, die deutsche Nationalversammlung wurde am 18. Mai in der Frankfurter Paulskirche eröffnet.

Die Arbeit der Nationalversammlung

Die 585 Abgeordneten mussten über die Abgrenzung des Staates, über das Verhältnis zu den vorhandenen Staatsregierungen und über Staatsform und Verfassung entscheiden. Von der sozialen Zusammensetzung her war es ein Honoratioren- und Professorenparlament. Vier der Göttinger Sieben gehörten dazu, auch Ernst Moritz Arndt und Gustav Droysen, und bekannte liberale Politiker wie Welcker oder Mathy. Einige österreichische Wahlkreise hatten nicht gewählt, weil sie sich nicht deutsch fühlten, und Böhmen und Mähren hatten in einem offenen Brief von František Palacký erklärt, dass sie nicht zu Deutschland gehörten.

Von den 20 badischen Abgeordneten waren 12 für eine Republik, aber insgesamt waren die Republikaner in der Minderheit, die Mehrheit wollte eine konstitutionelle Monarchie. Am zweiten Tag

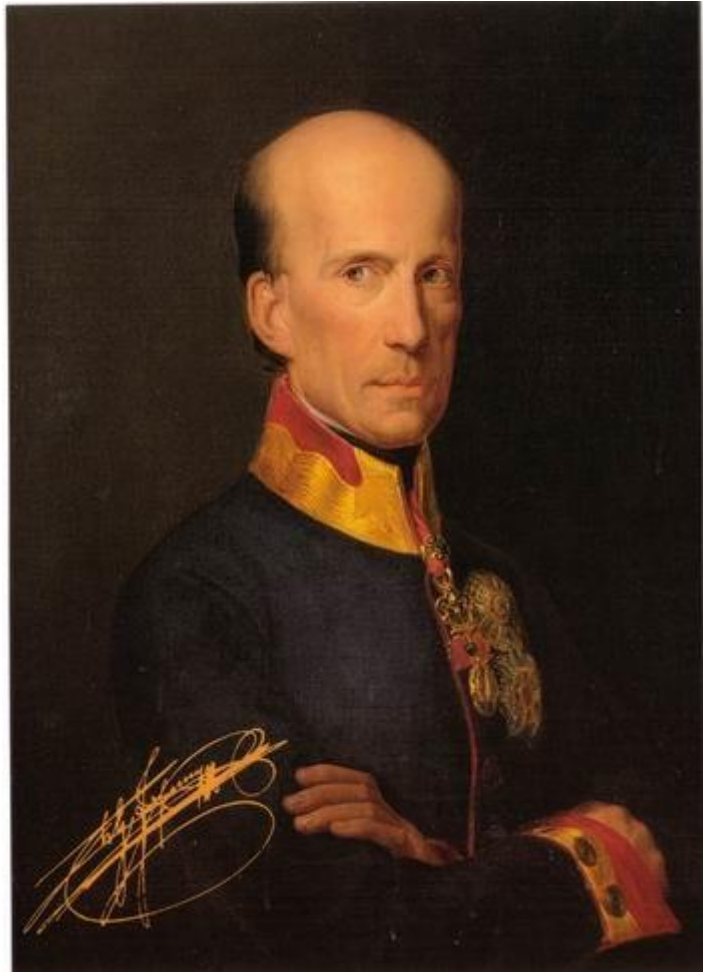
wählte das Parlament den hessischen Juristen und Politiker Heinrich von Gagern zum Präsidenten. Am 28. Juni beschloss das Parlament die Einrichtung einer provisorischen deutschen Zentralgewalt und bestimmte auf Vorschlag von Gagerns Erzherzog Johann von Österreich zum Reichsverweser (Johann war der jüngste Sohn Leopolds in der Toskana, hatte in der Steiermark eine Bürgerliche geheiratet und war von der Erbfolge ausgeschlossen worden. Er war dort Musterlandwirt und trat für das Gewerbe und die Eisenbahn ein).

Das eigentliche Thema der ersten Monate waren die Grundrechte, die in der Metternichzeit die Bürger nicht geschützt hatten und deshalb Bestandteil der neuen Verfassung sein sollten. In diesen Debatten bildeten sich allmählich Arbeitskreise und Fraktionen aus, die für das Funktionieren eines Parlamentes notwendig sind. Die Grundrechte wurden am 28. Dezember im Reichsgesetzblatt veröffentlicht.

Ein Thema war die Frage Schleswig-Holstein. Im Auftrag der Nationalversammlung besetzten preußische Truppen im Juli die Elbherzogtümer. Den von England

vermittelten Vertrag von Malmö, der eine Lösung nur aufschob, lehnte das Parlament zuerst ab,

nahm ihn aber doch im September mit knapper Mehrheit gegen die republikanische Minderheit an. Nachdem der österreichische Kaiser im November die Unteilbarkeit Österreich-Ungarns erklärt hatte, einigte sich die Paulskirche auf die kleindeutsche Lösung und schließlich auf ein Erbkaisertum unter preußischer Führung. Erst danach konnte die Verfassung endgültig konzipiert und fertiggestellt werden. Sie wurde am 28. März 1849 von der Paulskirchenversammlung angenommen. Die Verfassung sah den erblichen Kaiser als Oberhaupt der Exekutive und als Vertretung des Volkes ein direkt gewähltes Parlament, das Volkshaus, und eine zweite Kammer, das Staatenhaus, als Vertretung der Länder (zur Hälfte von den Landtagen gewählte Abgeordnete, zur Hälfte Regierungsvertreter). Die Reichsregierung wurde vom Kaiser ernannt und entlassen und war dem Parlament Rechenschaft schuldig, brauchte aber kein Vertrauensvotum. Die Ausgrenzung Deutsch-Österreichs, die „kleindeutsche“ Lösung unter preußischer Führung war sehr unpopulär, aber unumgänglich, nachdem Österreich mit Gewaltmaßnahmen aus dem Frankfurter Rahmen ausgeschieden war, so mit der Erschießung des Paulskirchenabgeordneten Robert Blum.



Erzherzog Johann 1840

Der Sieg der Reaktion

Während in Frankfurt die Abgeordneten um eine Ordnung für Deutschland rangen, erholten sich die alten Kräfte von ihrem ersten Schock. In Frankreich schlug General Cavaignac im Juni den Aufstand in Paris nieder. Am 4. November wurde eine republikanische Verfassung verabschiedet, die die Wahl eines repräsentativen Staatsoberhauptes vorsah. Bei der Wahl im Dezember gewann der völlig unbekannte Napoleon-Neffe Louis Bonaparte mit 75% gegen Cavaignac und Lamartine. In Italien hatte sich die Lombardei für unabhängig erklärt, aber die österreichische Armee unter Radetzky schlug die italienischen Truppen am 25. Juli in der Schlacht von Custozza, und damit war die österreichische Vorherrschaft wiederhergestellt. In Wien kam es im Oktober zu einem Aufstand, der die Revolution weiterführen sollte, aber am 23. Oktober wurde Wien von den Truppen des Fürsten Windischgrätz eingenommen und der Aufstand blutig niedergeschlagen. Der General und Ministerpräsident von Schwarzenberg drängte den schwachen Kaiser Ferdinand zum Rücktritt zugunsten seines Neffen Franz Josef, der erst 18 Jahre alt war und Schwarzenberg die Führung im Kampf gegen die Revolution überließ. Die Unruhen wurden überall niedergeschlagen. Ungarn erklärte sich unter seinem Führer Lajos Kossuth im April 1849 für unabhängig, und Fürst Windischgrätz scheiterte bei der Niederwerfung und musste die Russen unter General Paskewitsch zu Hilfe holen. Es folgte eine blutige Säuberung. In Norditalien versuchte Karl Albert von Sardinien-Piemont noch einmal sein Glück, wurde aber am 23. März 1849 in der Schlacht von Novara von Radetzky erneut geschlagen. In Österreich hatte sich also das Militär voll durchgesetzt und die Zusagen und zaghaften Reformen der Revolutionszeit wurden rückgängig gemacht.

In Berlin ernannte König Friedrich Wilhelm IV. den Grafen Brandenburg zum neuen Ministerpräsidenten und holte das Militär in die Stadt zurück. Die Bürgerwehr wurde aufgelöst und die preußische Nationalversammlung, die eine Verfassung ausarbeiten sollte, nach Brandenburg verlegt und vom König am 5. Dezember für aufgelöst erklärt. Gleichzeitig veröffentlichte der König aus eigener Macht eine Verfassung, die „oktrozierte preußische Verfassung“, die weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Es gab als Volksvertretung ein Herrenhaus für den hohen Adel und ein Abgeordnetenhaus, für das im März 1849 das preußische „Dreiklassenwahlrecht“ eingeführt wurde (ein sicherer Weg für eine adlig-konservative Mehrheit). Der König hatte allen Beschlüssen des Parlaments gegenüber ein Vetorecht.

Die Reaktion hatte sich durchgesetzt, und als eine Delegation der Paulskirche Friedrich Wilhelm am 3. April 1849 die Kaiserkrone anbot, lehnte er dieses Angebot ab, weil ihm kein Parlament eine Krone anbieten konnte:

Weil diese Patrioten (!) die Revolution, die Souverainetät teutscher Nation unwiderruflich dadurch befestigen wollten, dass sie dem Narren, dem Preußenkönig ein Hundehalsband anschnallten, das ihn unauflöslich an die Volkssouverainetät fesselte, der Revolution von 48 leibeigen machte. Das, teuerster Freund, ist des Pudels Kern; dieses schnöden Pudels einzige Entschuldigung. ... Ich und mein Ministerium brauchten so groben Machinationen gegenüber keinen Aufwand von Geist zu machen, um ihren Kern zu entdecken. Daher rührt mein Bescheid an die, geradezu unqualifiable Deputation der Paulskirche. Des Bescheides Sinn ist: „Ich kann Euch weder ja noch nein antworten. Man nimmt nur an und schlägt aus eine Sache, die geboten werden kann, - und Ihr da, habt gar nichts zu bieten: Das mach' ich mit meinesgleichen ab; jedoch zum Abschied die Wahrheit: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten; Adieu!“ Ich hoffe, dass dieser durch meine Ehre und meinen Namen, meine Stellung als „Fürst von Gottes Gnaden“ notwendig gebotene Bescheid das erforderliche Hof-Kleid angezogen hat. Was hinter Rock und Hemd steckt, wissen Sie so gut wie ich. Das konnt' und durft' ich nicht ändern. Und nun gehe die Sache unter Gottes Führung! Amen.

(Brief an seinen Vertrauten Josias von Bunsen)

Das Ende der Revolution

Nach der Annahme der Reichsverfassung forderte die Nationalversammlung von den einzelnen Staaten die Anerkennung der Verfassung, aber die großen hielten sich zurück und nur die kleinen wie Baden, die bayrische Rheinpfalz und schließlich noch Württemberg bekannten sich dazu und unterstellten sich damit der theoretischen Autorität des neuen Reiches. Doch nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch König Friedrich Wilhelm löste sich die Paulskirchenversammlung allmählich auf. Die konservativ-liberale Mehrheit aus den großen Staaten wusste, dass die Revolution gescheitert war und kehrte in aller Stille in ihre Heimat zurück. Nur die linken Abgeordneten hofften noch, die Reichsverfassung gegen die Reaktion durchsetzen zu können. 154 Abgeordnete zogen sich am 30. Mai als „Rumpfparlament“ aus dem preußischen Einflussbereich nach Stuttgart zurück, aber die Gruppe radikalisierte und verkleinerte sich weiter, bis am 17. Juni der Abgeordnete und württembergische Ministerpräsident Friedrich Römer feststellte:

Ich will mit Ihnen nicht streiten über den rechtmäßigen Bestand der bis auf hundert Mitglieder herabgesunkenen Nationalversammlung. Ich für meine Person erkenne an, dass der Nationalversammlung zusteht, ihre Geschäftsordnung hinsichtlich der Beschlussfähigkeit der Versammlung abzuändern und nach und nach selbst bis auf drei Mitglieder herabzusetzen. Aber wenn es sich um die Anerkennung der Beschlüsse einer solchen Versammlung handelt, so muss man nach meiner Überzeugung einen andern als den bloß juristischen Maßstab anlegen.

Nachdem die Abgeordneten bei Römer fast darum gebeten hatten wurden am 18. Juni die Reste des Rumpfparlaments von der württembergischen Polizei aus Stuttgart vertrieben.

Baden und die Pfalz

In Baden hatten Lorenz Brentano und Amand Goegg ein Netz von Volksvereinen für die Ziele der Revolution aufgebaut und luden für den 12./13. Mai zu einer Versammlung nach Offenburg ein, zu der 40 000 Teilnehmer zusammenkamen. Die Versammlung forderte den Einsatz der Regierung für die Reichsverfassung. Es kam auch in Karlsruhe zu Demonstrationen und Tumulten, und Großherzog Leopold floh aus der Stadt und suchte Schutz bei den Preußen. Lorenz Brentano bildete eine provisorische Regierung mit Amand Goegg als Finanzminister, der sich auch die Armee unterordnete. In

der bayrischen Pfalz wurde ein „Revolutionärer Landesausschuss“ gebildet, der die Trennung von Bayern und den Kampf für die Reichsverfassung organisieren sollte. Aber inzwischen bereitete sich die preußische Armee unter dem „Kartätschenprinzen“ Wilhelm zum Eingreifen vor. Bei Mannheim und dann bei Waghäusel wurde die badische Armee (unter dem Befehl des „polnischen Napoleon“ Ludvik Mieroslawski) geschlagen und musste sich nach Rastatt zurückziehen. Dort wurde sie von den Preußen belagert und musste am 23. Juli 1849 kapitulieren. Es folgten preußische Standgerichte mit 51 vollzogenen Todesurteilen. Der Großherzog kehrte zurück, und überall mussten Dankgottesdienste abgehalten werden. Danach folgten Säuberungen bei Beamten, bei den Abgeordneten der Paulskirche und bei anderen Sympathisanten. Die Armee wurde mit preußischer Hilfe wieder aufgebaut, die Offiziere waren für die kommenden Jahre Preußen. Noch der kommandierende General im 70er-Krieg August von Werder, nach dem die Werder-Straßen benannt sind, war preußischer Karrieregeneral.

Die Stimmung in Baden nach der Niederschlagung der Volksbewegung kommt im Badischen Wiegenlied von Ludwig Pfau deutlich zum Ausdruck.

Badisches Wiegenlied

Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!
Deinen Vater hat er umgebracht,
Deine Mutter hat er arm gemacht,
Und wer nicht schläft in stiller Ruh,
Dem drückt der Preuß die Augen zu.
Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!

Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!
Der Preuß hat eine blut'ge Hand,
Die streckt er übers badische Land,
Wir alle müssen stille sein,
Als wie dein Vater unterm Stein.
Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!

Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!
Gott aber weiß, wie lang er geht,
Bis daß die Freiheit aufersteht,
Und wo dein Vater liegt, mein Schatz,
Da hat noch mancher Preuß Platz!
Schrei, mein Kindlein, schrei's,
Dort draußen liegt der Preuß!

Die preußischen Unionspläne

Friedrich Wilhelms Absage richtete sich gegen eine vom Volk verliehene Einheit und Kaiserwürde, aber er wäre schon gerne der Kopf eines vereinigten Deutschland geworden, wenn er von den Fürsten dazu aufgefordert würde. Sein Vertrauter Fürst Radowitz führte 1849 mit den deutschen Fürsten Verhandlungen über eine Union unter preußischer Führung. Die Königreiche Hannover und Sachsen und einige kleinere Staaten erklärten sich für die Union. Aber Österreich, das den ungarischen Aufstand mit russischer Hilfe niedergeschlagen hatte, war dagegen und fand Unterstützung bei Zar Nikolaus, der keine Zugeständnisse an die Demokratie und keine preußische Erhöhung wollte. Und Hannover und Sachsen erklärten zum Jahresende wieder ihren Austritt aus der Union, weil Bayern und Württemberg nicht beigetreten waren. Österreich berief zum 20. März den Deutschen Bund wieder zusammen. England drängte auf den endgültigen Rückzug Preußens aus den Elbherzogtümern, der im Juli 1850 erfolgte. Österreich drohte mit einer „Bundesexekution“ und Russland mit Krieg. So kam es zur „Punktation von Olmütz“ am 30. November 1850, in der Preußen auf alle Unions- und Reformpläne in Deutschland verzichten musste.

Die USA

Die USA haben sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts langsam entwickelt. Der Erwerb von Louisiana von Frankreich 1803 hatte das Staatsgebiet mehr als verdoppelt, und das wurde langsam erschlossen und besiedelt, aber als abhängige Territorien. Unter dem Präsidenten Andrew Jackson 1829-1837 wurde das Wahlrecht wesentlich demokratisiert (für weiße Männer), die Abgeordneten wurden direkt gewählt und nicht mehr von den Staaten delegiert, und die Rechte der Union gegenüber den Einzelstaaten wurden gestärkt. Die großen Veränderungen kamen erst nach 1848.

Für Deutschland waren die USA als Auswanderungs- und Fluchtziel sehr wichtig. Viele Akteure und Sympathisanten der Revolution fanden dort einen neuen Platz, so Carl Schurz oder der badische Offizier Franz Sigel, der im Sezessionskrieg zum General aufstieg. Neben der politischen gab es eine große Armutswanderung; Arme wurden sogar von den Gemeinden ohne Rückfahrkarte durch Auswanderungsorganisationen „entsorgt“. Die Deutschen machten in dieser Zeit ein Drittel der amerikanischen Einwanderung aus.



Europäische Geschichte im 19. Jahrhundert V: Von der Restauration nach 1850 bis nach der Reichsgründung 1875

Mittwoch, 12. 11. 2014

Louis Napoleon und das zweite Kaiserreich in Frankreich. Der Krimkrieg.

Mittwoch, 19. 11. 2014

Napoleon III., Solferino und die italienische Einheit.

Mittwoch, 26. 11. 2014

Preußen, Bismarck, Deutscher Bund, Königgrätz 1866, Norddeutscher Bund

Mittwoch, 3. 12. 2014

Der deutsch-französische Krieg 1870/71. Elsass-Lothringen. Frankreich wird Republik

Mittwoch, 10. 12. 2014

England und Russland als europäische Flügelmächte. Sezessionskrieg in den USA

Napoleon III. und das zweite Kaiserreich in Frankreich

In Frankreich sollte nach der neuen Verfassung der Präsident vom Volk gewählt werden, und die Wahl wurde auf 10. Dezember 1848 festgelegt. Der Kandidat der liberal-konservativen Parlamentsmehrheit war der Diktator und Regierungschef Cavaignac, der im Juni die Pariser Arbeiteraufstände brutal niedergeschlagen hatte. Gegenkandidat war Prinz Louis Napoleon, Sohn der Königin Hortense und des Napoleonbruders Louis, der Frankreich 1814 hatte verlassen müssen und in Konstanz und Augsburg die Schule besucht und später in der Schweiz gelebt hatte (Schloss Arenenberg im Thurgau war der Verbannungssitz seiner Mutter). 1836 war er bei einem Putschversuch in Straßburg verhaftet und nach Rio de Janeiro abgeschoben worden. Als er 1837 zu seiner sterbenden Mutter in die Schweiz zurückkehrte, verlangte Frankreich seine Auslieferung, der Kanton Thurgau weigerte sich, aber bevor es zum Krieg kam, emigrierte der Prinz nach England. Von dort aus machte er 1840 den zweiten Putschversuch in Boulogne-sur-mer. Er wurde gefangen und zur Haft auf der Festung Ham in der Picardie verurteilt. Die lockere Haft nutzte er, um die Probleme Frankreichs zu studieren (*l'université de Ham*). 1846 konnte er nach England fliehen. Nach der Revolution kam er nach Frankreich, wurde Abgeordneter und kandidierte dann für das Präsidentenamt. Obwohl fast unbekannt und ohne großen Wahlkampf wurde er mit 75% der Stimmen zum Präsidenten gewählt und übernahm am 20. Dezember von Cavaignac die Amtsgeschäfte. Der *prince-président* beobachtete die Schwierigkeiten der Parteien und Regierungen und konnte allmählich Leute seines Vertrauens dort unterbringen. Gleichzeitig bereiste er das Land, *la France profonde*, und schaffte sich so einen Anhang. Kurz vor Ablauf seiner Amtszeit organisierte er am 2. Dezember 1851, dem Jahrestag der Kaiserkrönung Napoleons und der Schlacht von Austerlitz, einen Staatsstreich, der blutiger ausfiel, als er gedacht hatte, er erließ eine neue Verfassung, die ihm große Vollmachten sicherte, und am 21. Dezember wurde er mit einem eindrucksvollen Plebiszit (7,5 Mio gegen 640 000) bestätigt. Bei einem weiteren Plebiszit für die Einführung des Kaisertums im November 1852 war der positive Stimmanteil noch höher, und am 2. Dezember 1852 ließ er sich als Napoleon III. zum Kaiser ausrufen. Das neue Empire war autoritär, aber Napoleon sicherte sich immer wieder Rückendeckung durch Plebiszite, und er machte eine aktive Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schaffte und die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung verbesserte. Paris wurde grundlegend modernisiert (Baron Haussmann), das Eisenbahnnetz wurde ausgebaut, Straßen, Wasserstraßen und Kanäle sorgten für bessere Transportmöglichkeiten. Zwei Weltausstellungen in Paris 1855 und 1867 zeigten den Fortschritt und die führende Stellung des zweiten Kaiserreichs. Das Ansehen Napoleons III. in Frankreich leidet bis heute darunter, dass er in Paris und bei der Elite unbeliebt war und nicht ernst genommen wurde (Victor Hugo, Napoleon le Petit, 1851). Auch das berühmte Urteil von Karl Marx (Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, 1852) hat seinem Andenken geschadet: *Hegel bemerkt irgendwo, dass alle großen weltgeschichtlichen Thatsachen und Personen sich so zu sagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als große Tragödie, das andre Mal als lumpige Farce.* Aber die über zwanzigjährige Regierungszeit Napoleons III. ist für die Ausgestaltung des modernen Frankreich nicht wegzudenken.

(Johannes Willms: *Napoleon III. Frankreichs letzter Kaiser.* Beck München 2008)

Der Krimkrieg

Napoleon modernisierte und vergrößerte die Armee. In Algerien führte er die Kolonial- und Siedlungspolitik des Bürgerkönigs weiter. Seit 1856 versuchte Frankreich, in Indochina militärisch Fuß zu fassen, und 1859 wurde Saigon erobert und der Süden des Landes mit dem Mekong-Delta französisch besetzt. Doch zur großen Bewährungsprobe wurde der Krimkrieg. Zar Nikolaus von Russland beanspruchte als orthodoxer Herrscher, die einzige Schutzmacht der christlichen Stätten in Konstantinopel und in der osmanischen Türkei zu sein, um dadurch in der Türkei jederzeit eingreifen zu können. 1853 besetzte Russland im Mai die Donaufürstentümer Moldau und Walachei und wurde dadurch zum neuen slawischen Schwergewicht auf dem Balkan. Die Türkei erklärte daraufhin im Oktober Russland den Krieg. Im November griff die russische Schwarzmeerflotte auf der Südseite des Schwarzen Meeres an, und eine entscheidende Niederlage der osmanischen Türkei schien sicher.

Deshalb schrieb Napoleon an den Zaren und forderte das Ende der Feindseligkeiten. Der Zar wich in der Antwort aus, und daraufhin verband sich Frankreich mit England, sie schlossen ein Bündnis mit der Türkei und erklärten im März 1854 Russland den Krieg. Österreich schloss sich den Verbündeten nicht an, verlegte aber Truppen auf den Balkan und band so russische Streitkräfte. Am 31. Mai landeten französische und englische Truppen (je etwa 30 000) in Varna am Schwarzen Meer und erreichten im September die Krim, um Sewastopol zu belagern. Die Russen verteidigten ihr Staatsgebiet, die Verbündeten wollten Russland vorführen. Die einzelnen Kriegshandlungen waren eine blutige Schlächterei, die in der nachträglichen Legende zu historischen Heldentaten umgedeutet wurde. Die hygienischen Zustände waren unbeschreiblich, der französische wie der englische Oberbefehlshaber starben an Infektionen, ebenso viele Soldaten (von 70 000 toten Franzosen starben 50 000 durch Krankheiten). Die Krankenschwester Florence Nightingale übernahm ein Hospital in Istanbul und reformierte das Lazarettwesen. Die Belagerung von Sewastopol dauerte über ein Jahr. Als die Franzosen unter Mac-Mahon im September 1855 das Fort Malakow eroberten, sprengten die Russen ihre militärischen Anlagen und zogen sich zurück. Im November besuchte der neue Zar Alexander II. den Kriegsschauplatz und entschied, den Krieg zu beenden. Auf Einladung Napoleons fanden die Friedensverhandlungen in Paris statt und führten am 30. März 1856 zum Frieden von Paris. Damit war das zweite Kaiserreich an der Stelle Österreichs zum politischen Schwergewicht geworden, und Kaiser Napoleon III. so etwas wie der Schiedsrichter Europas. Die Weltausstellung in Paris 1855 versinnbildlichte diese neue Führungsrolle.

Der Konflikt mit Österreich und die italienische Einheit

Österreich war der alte Dauergegner und Machtkonkurrent Frankreichs in Europa und hatte bis 1848 die europäische Politik geleitet. Ein Pfeiler der österreichischen Macht war seine Stellung in Norditalien, das Königreich Lombardo-Venetien, das militärisch durch das Festungsviereck Mantua – Peschiera – Verona – Legnano gesichert war und von 1831 bis 1857 von dem legendären Oberkommandierenden Radetzky befehligt wurde. Seit der Niederschlagung der Revolution von 1848 und dem Rücktritt des resignierten Kaisers Ferdinand wurde Österreich vom Militär bestimmt (Windischgrätz und Schwarzenberg), der jugendliche Kaiser Franz Joseph regierte absolutistisch und bürokratisch, und alle Zugeständnisse an die Revolution (Pillendorfer Verfassung) wurden aufgehoben. In Ungarn wurde die Revolution erst 1849 mit russischer Hilfe niedergeschlagen, und in Italien konnte Radetzky die Truppen von Savoyen-Piemont 1848 (Custozza) und 1849 (Novara) schlagen. Aber die Stimmung war antiösterreichisch. Napoleon III. war der italienischen Einheitsbewegung besonders verbunden, weil er 1831 bei den *Carbonari* gegen die österreichische Vorherrschaft gekämpft und dabei seinen älteren Bruder verloren hatte. In Frankreich musste er aber Rücksicht auf die ihn tragenden eher konservativ-katholischen Landbewohner nehmen, die eine Einschränkung der weltlichen Macht des Papstes nicht ohne weiteres hinnehmen würden. Der Kirchenstaat trennte aber wie ein Riegel den Norden Italiens vom Süden, und ohne ihn war an eine italienische Einheit nicht zu denken. Am 14. Januar 1858 verübte Felice Orsini vor der Pariser Oper ein Attentat auf Napoleon, bei dem dieser zwar unverletzt blieb, aber viele Menschen getroffen wurden und mehrere starben. Der Grund dafür war, dass Orsini glaubte, Napoleon habe die italienische Einheit verraten. Er wurde zum Tod verurteilt und hingerichtet, aber Napoleon hatte vorher Kontakt mit ihm aufgenommen und ihm versprochen, sich für Italien einzusetzen. Im Juli 1858 traf sich Napoleon in Plombières-les-Bains in den Vogesen heimlich mit dem Grafen Cavour,

seit 1852 Premierminister von Sardinien-Savoyen-Piemont, und die beiden Mächte schlossen einen Beistandspakt, wenn Savoyen von Österreich angegriffen würde. Danach versuchte Cavour, Österreich durch Aufrüstung zu provozieren. Im April 1859 verlangte Österreich ultimativ die Entwaffnung, und als Sardinien ablehnte, marschierten österreichische Truppen im Bewusstsein ihrer Überlegenheit in Piemont ein. Damit war für Frankreich der Kriegsgrund gegeben. Die österreichische Armee nutzte ihre anfänglichen Vorteile nicht aus, die französischen Truppen wurden mit der Bahn in Stellung gebracht, und mit der Schlacht von Magenta wurden am 4. Juni die Österreicher zum Rückzug gedrängt und Mailand befreit. Inzwischen hatten sich die Österreicher verstärkt, Kaiser Franz Josef hatte persönlich den Oberbefehl übernommen, und es kam am 24. Juni zur Schlacht bei Solferino, einer mörderischen Schlächtereier, bei der die Österreicher sich zurückziehen mussten, die aber keine Entscheidung brachte. Napoleon war, ebenso wie der Schweizer Henri Dunant, der nach diesen Erfahrungen das Rote Kreuz gründete, von dem Leiden und Sterben so erschüttert, dass er sich schon in den nächsten Tagen mit Kaiser Franz Josef traf und den Vorfrieden von Villafranca abschloss. Österreich trat die Lombardei an Frankreich ab, behielt aber Venetien. Frankreich übergab die Lombardei an Sardinien und erhielt dafür (nach einer Volksabstimmung) das französischsprachige Savoyen und Nizza.

Die italienische Einheit war nun nicht mehr aufzuhalten. In den kleineren Staaten Mittelitaliens und im Kirchenstaat übernahmen 1860 Volksbewegungen die Regierung und schlossen sich dem Königreich Sardinien an. Rom selber konnte für den Papst gehalten werden, aber nur durch französische Truppen, die die Sicherung übernahmen. Garibaldi landete auf Sizilien und stürzte das bourbonische Regime in Neapel. Nach einem Plebiszit und Parlamentswahlen erfolgte am 17. März 1861 die Proklamation des Königs Vittorio Emanuele zum König von Italien *durch die Gnade Gottes und den Willen des Volkes*. Die vorläufige Hauptstadt wurde Florenz. Der politische Gründer Cavour starb allerdings schon am 6. Juni 1861 nach einem Schlaganfall. Österreich konnte zwar Venetien noch halten, aber gegen den Sog der italienischen Einheit nur mit verstärkter Repression und hoher militärischer Präsenz. Österreich war geschwächt, und Napoleon hatte die französische Führungsrolle verstärkt und bestätigt. Er hatte das Selbstbestimmungsrecht der Italiener durchgesetzt, aber die Frage der deutschen Einheit war viel schwieriger, weil Frankreich ein einiges Deutschland als machtpolitischen Konkurrenten fürchten musste.

Napoleon III. auf dem Schlachtfeld von Solferino



Liberalismus und allgemeines Wahlrecht

Die Liberalen des 19. Jahrhunderts gehörten zu den gebildeten und besitzenden Schichten, und sie waren Gegner des allgemeinen Wahlrechts, weil sie der breiten Bevölkerungsmehrheit keinen politischen Sachverstand zutrauten. So hielten sie etwa in Preußen und Baden am eingeschränkten Zensuswahlrecht fest, in Baden, weil sie eine katholisch-klerikale Mehrheit fürchteten, in Preußen, weil sie eine Mitsprache der Katholiken wie der Arbeiter verhindern wollten. Die stärksten Förderer des allgemeinen Wahlrechts waren Napoleon III. in Frankreich, der sein Kaisertum durch regelmäßige Plebiszite absicherte, Bismarck, der das allgemeine Wahlrecht für den Reichstag durchsetzte, und in England Benjamin Disraeli, der 1867 eine sehr weitgehende Wahlrechtsreform verwirklichte. Alle drei Politiker zeigten auch ein soziales Engagement, ein Bemühen, die Lage der neuen Arbeiterschicht durch Reformen wie Arbeitszeitbegrenzung, Mindestlohn, Alters- oder Krankenversicherung zu verbessern. Das allgemeine Wahlrecht machte auch die Bildung und den Erfolg von Arbeiterparteien neuen Typs möglich, wo sich die kleinen Leute durch Mitgliedsbeiträge eine Organisation für ihre Interessen schafften und Repräsentanten dafür in die Parlamente brachten. Aus dem Gegeneinander von Konservativen und Liberalen, in England Disraeli und Gladstone, wurde im 20. Jahrhundert der von Konservativen und Arbeiterparteien.

Der Aufstieg Preußens: Wilhelm I. und Bismarck

Preußen hatte nach 1848 eine deutliche Niederlage in seinen deutschen Ansprüchen hinnehmen müssen. Der resignierte König Friedrich Wilhelm IV. interessierte sich danach nur noch für seine Bauprojekte und überließ das politische Geschäft mehr und mehr seinem Bruder Wilhelm, seit 1858 offiziell als Regent, seit 1861 als König. Wilhelm war willens, mit der liberalen Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhaus zusammenzuarbeiten. Aber er war von Ausbildung und Beruf her Militär und hielt eine Heeresreform mit Ausschöpfung der allgemeinen Wehrpflicht und dreijähriger Dienstzeit für unumgänglich. Die Mehrheit im Abgeordnetenhaus wollte das nicht, aber auch den Konflikt mit Wilhelm vermeiden und stimmte deshalb den notwendigen Ausgaben für die Reform vorläufig zu. Aber nach einer Neuwahl im Dezember 1861 wollte das Abgeordnetenhaus die Mittel für die Heeresreform nicht weiter billigen, der König sah die Weiterführung der Reform als seine Pflicht. In dieser Situation stimmte er der Berufung Otto von Bismarcks als Kampfministerpräsidenten im September 1862 zu.

Otto von Bismarck, 1815 geboren, nach einem Jurastudium in der Verwaltungspraxis wegen mangelnder Einordnungsfähigkeit gescheitert, zog sich als Landjunker auf sein Gut zurück. Er galt als rechter Flügelmann und schrieb gelegentliche Beiträge für die konservative Kreuzzeitung. 1849 wurde er in den neuen preußischen Landtag gewählt und entwickelte sich dort zum feurigen Debattenredner. 1851 wurde er von König Friedrich Wilhelm IV. zum preußischen Gesandten beim wiederbelebten Bundestag in Frankfurt ernannt. Er war zur Zusammenarbeit mit Österreich bereit, ärgerte sich aber zunehmend über die österreichische Arroganz gegenüber Preußen und kam so zu der Erkenntnis, dass eine Lösung der deutschen Frage nur gegen Österreich möglich sei. Von 1859 an war er Gesandter in St. Petersburg und knüpfte wertvolle Verbindungen, und im April 1862 wurde er nach Paris versetzt. Von dort holte ihn im September ein Telegramm des Kriegsministers Roon nach Berlin zurück. Bismarck führte als preußischer Ministerpräsident die Heeresreform ohne Zustimmung des Abgeordnetenhauses weiter. Mit einer windigen Lückentheorie (die Verfassung enthalte keine Regelung für den Fall, dass König und Herrenhaus dafür, das Abgeordnetenhaus aber dagegen war) setzte er den Haushalt auf dem Verordnungsweg in Kraft. Dass er selber an diese Theorie nicht glaubte, zeigt die Indemnitätsvorlage, mit der er nach seinen Erfolgen 1866 sein Vorgehen nachträglich absegnen ließ.

Die Auseinandersetzung mit Österreich

Bismarck war bei den Liberalen in ganz Deutschland verhasst, insbesondere nachdem er 1863 die Grenze zu Polen-Russland dicht gemacht und so den Russen die Unterdrückung eines polnischen Aufstandes erleichtert hatte. Aber 1864 fand er eine erste Möglichkeit zur nationalen Profilierung.

Die Elbherzogtümer Schleswig und Holstein gehörten seit 1460 zur dänischen Krone, aber auch zum Reich und später zum Deutschen Bund. Dänemark unternahm verschiedene Anläufe zur völligen Eingliederung, zuletzt 1863 mit einer einheitlichen Verfassung. Dagegen gab es Widerstand in der deutschsprachigen Bevölkerung und vor allem aus nationalen Gründen im übrigen Deutschland. Bismarck forderte die Österreicher zum gemeinsamen Eingreifen auf, und die preußische Armee, erstmals unter Helmuth von Moltke, schlug die dänische am 18. April 1864 an der Düppelner Schanze. Dänemark musste auf die Elbherzogtümer verzichten, und entgegen den Wünschen der Bevölkerung, die einen eigenen Staat unter einem Augustenburger wollten, übernahmen die beiden Intervenienten die vorläufige Verwaltung, Österreich in Holstein und Preußen in Schleswig. Aber natürlich war die Verwaltung Holsteins für Österreich wegen der Entfernung wie wegen der Mentalität viel schwieriger.

Schon 1863 hatte der Deutsche Bund auf Betreiben Österreichs die Fürsten zu einem Fürstentag nach Frankfurt eingeladen, um dort über eine Reform des Deutschen Bundes zu verhandeln. Aber Bismarck hatte seinen König genötigt, dem fernzubleiben. Die 1865/1866 diskutierte Reform sah ein fünfköpfiges Direktorium aus Österreich, Preußen, Bayern und zwei Vertretern der Mittelstaaten oder eine Trias aus Österreich, Preußen und einem Vertreter der Mittelstaaten vor, dazu ein Parlament, das von den einzelnen Landtagen beschickt werden sollte. Bismarck bereitete inzwischen den Krieg vor, indem er am 8. April einen Bündnisvertrag mit Italien schloss und damit Österreich in die Zwickmühle eines Zweifrontenkriegs brachte. Danach schlug er in Frankfurt die Einberufung einer aus direkten und allgemeinen Wahlen hervorgehenden Nationalversammlung vor. Österreich versuchte sich auf den kommenden Krieg diplomatisch vorzubereiten und verzichtete am 12. Juni zugunsten von Frankreich auf Venetien. Dafür erwartete es Kompensationen in Deutschland (Schlesien).

Um Österreich noch weiter zu reizen, ließ Bismarck im Juni Holstein besetzen. Deshalb beschloss der Bundestag auf Antrag Österreichs eine Bundesexekution gegen Preußen, während Bismarck die deutsche Einheitsbewegung auf seine Seite zu ziehen versuchte und den Bund durch die Mobilmachung für aufgelöst erklärte. Der Krieg war in Preußen als „Bruderkrieg“ unpopulär, in Süddeutschland fürchtete man dazu eine französische Einmischung. Allgemein rechnete man mit einem längeren Krieg und einem österreichischen Sieg. Preußen stellte kleinere Kontingente gegen die verschiedenen Bundestruppen ab, aber die Hauptarmee marschierte eilends nach Böhmen und schlug die Österreicher bereits am 3. Juli 1866 bei Königgrätz entscheidend. Gegen den König und die Militärs setzte Bismarck schnelle Friedensverhandlungen durch, die am 22. Juli begannen und am 26. Juli zum Präliminarfrieden von Nikolsburg führten. Österreich musste außer Venetien keine Gebietsverluste hinnehmen, dafür aber auf jeden Einfluss in Deutschland verzichten. Preußen annektierte weite Gebiete in Norddeutschland (Hannover, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau, Frankfurt) und schloss so die Lücken in seinem Staatsgebiet. Norddeutschland wurde in einem sehr föderalen, aber ganz von Preußen dominierten „Norddeutschen Bund“ organisiert. Die drei süddeutschen Staaten blieben unabhängig.

Die europäische Reaktion war vor allem Verblüffung. Seit dem Dreißigjährigen Krieg war Deutschland der europäische Kriegsschauplatz, das Kriegstheater für die Austarierung des europäischen Gleichgewichts zwischen Österreich und Frankreich, aber kaum ein handelndes Subjekt. Preußen war eine Mächtegrößenmacht, die nicht ganz ernst genommen, aber zu Koalitionen herangezogen wurde. England wollte sich aus den europäischen Streitigkeiten heraushalten, und Napoleon rechnete mit einem langen und unentschiedenen Krieg, in dem er schließlich als Vermittler auftreten und entsprechende Kompensationen für sich herausholen könnte. Die deutsche Einheit hatten die großen Mächte trotz Italien nicht auf dem Rechner, eher eine Teilung entlang der Mainlinie. Verblüfft waren die großen Mächte sowohl durch die Klarheit der Niederlage wie durch die Geschwindigkeit. Bevor sie begriffen, was läuft, wurden schon die Friedensverhandlungen abgeschlossen. In Frankreich war Österreich immer der Hauptgegner gewesen, der preußische Anteil

am Sieg gegen Napoleon wurde nicht gesehen, genau so wenig die Einigungsbewegung, und nach 1815 war Österreich wieder die führende Macht. Aber nach Königgrätz tauchte für die französische Öffentlichkeit ganz plötzlich das Gespenst eines starken Deutschland ohne Österreich auf, und in der öffentlichen Meinung wurde Österreich vom Hauptgegner zum Opfer, und *Revanche pour Sadowa* (Rache für Sadowa, der französische Namen für die Schlacht von Königgrätz) ein geflügeltes Schlagwort.

Deutsch-französischer Krieg 1870/71 und Reichsgründung

Österreich geriet durch die Niederlage in eine Existenzkrise, denn es hatte mit Italien und Deutschland seine beiden wichtigsten Einflussgebiete verloren und musste sich als Balkanmacht neu erfinden. So entstand 1867 K & K, die eigentliche kaiserlich-königliche Doppelmonarchie, die Teilung in zwei verschiedene Machtbereiche, den kaiserlich-österreichischen und den königlich-ungarischen, oder nach dem Grenzfluss Leitha Cisleithanien und Transleithanien, die ein gemeinsames Staatsoberhaupt, einen Außenminister und einen gemeinsamen militärischen Oberbefehl hatten, aber getrennte Parlamente und Regierungen. In Cisleithanien waren die Deutsch-Österreicher führend, aber verschiedene Nationalitäten anerkannt und es gab demokratische Versuche; in Transleithanien bestimmte die adlige ungarische Oberschicht die Politik und erdrückte alle Versuche, gegen die ungarische Vorherrschaft aufzustehen. Der konservative Einfluss der ungarischen Regierung auf den Gesamtstaat war groß. Dieser große Umbau beschäftigte die politische Führung, und es gab keinen starken politischen Druck zur Revanche gegen Preußen.

Napoleon hatte nach 1866 einen Teil seiner politischen Geschicklichkeit verloren. Zum einen hatte er große gesundheitliche Probleme mit Nierensteinen, stand wegen der Schmerzen unter starken Medikamenten und konnte das Wasser nicht mehr halten. Dazu kamen politische Niederlagen wie 1866, aber auch das peinliche Scheitern des mexikanischen Abenteuers 1867. Außerdem erfuhr er durch liberale Reformen, die die Verantwortlichkeit und damit die Abhängigkeit der Regierung von der Abgeordnetenversammlung festlegten, einen gewissen Machtverlust. Er war sich der Überlegenheit Preußens durch seine Militärreform bewusst und legte deshalb 1868 einen entsprechenden Reformplan für Frankreich vor mit der Ausschöpfung der allgemeinen Wehrpflicht, der dreijährigen Dienstzeit und verstärkten Rüstungsanstrengungen. Das wurde von der Abgeordnetenversammlung abgelehnt bis auf die Einführung des Chassepotgewehrs, einer modernen Weiterentwicklung des preußischen Zündnadelgewehrs, das dann im Krieg seine Wirksamkeit bewies.

Außerdem hatte Napoleon in Bismarck einen Gegner, der die politische Intrige meisterhaft beherrschte. Bismarck versicherte ihm immer wieder, dass er für Belgien oder mindestens Luxemburg als Kompensation für Frankreich sei, aber die anderen Mächte müssten davon noch überzeugt werden. Gleichzeitig warnte er die anderen Mächte vor französischen Ansprüchen. Er brachte die süddeutschen Staaten dazu, mit Preußen ein Defensivbündnis gegen einen französischen Angriff abzuschließen. In England wurden die Ansprüche auf Belgien mit großem Misstrauen gesehen. Bismarck hielt einen Krieg mit Frankreich zur Vollendung der deutschen Einheit für unvermeidlich, aber er musste von Frankreich ausgehen. Er nutzte die Empfindlichkeit der öffentlichen Meinung in Frankreich und der Presse gegen alles, was die französische Führungsrolle in Europa in Frage stellte. Ein Anlass dazu war die mögliche Kandidatur eines süddeutschen katholischen Hohenzollernprinzen als König von Spanien. König Wilhelm war dagegen, der Prinz zog zurück, aber Bismarck brachte den spanischen General Prim dazu, die Krone noch einmal Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen anzubieten. Das führte in Frankreich zu einem Sturm der Entrüstung. Der Außenminister Herzog von Gramont erklärte vor dem Parlament: *Frankreich würde nicht dulden, dass der Prinz von Hohenzollern oder sonst irgendein preußischer Prinz den spanischen Thron besteigt. Um diesen möglichen Fall zu verhindern, zählt die Regierung zugleich auf die Klugheit des deutschen Volkes und auf die Freundschaft des spanischen Volkes. Sollte es jedoch anders kommen, so wüssten wir kraft Ihrer (der Abgeordneten) Unterstützung und derjenigen der Nation ohne Zögern und ohne Schwäche unsere Pflicht zu tun.*

Mit der Erinnerung an die deutsch-spanische Umklammerung unter Karl V. wurde bewusst verwischt, dass der Hohenzoller nicht der preußische König und kein preußischer Prinz war, sondern ein weit entfernter süddeutscher Verwandter, dass ein verfassungsmäßiger spanischer König sehr wenig zu sagen hatte. Frankreich drohte unverhohlen mit Krieg. König Wilhelm, der zur Kur in Bad Ems weilte, wurde dort vom französischen Gesandten Benedetti angegangen. Der König erklärte ihm, er sei gegen die Kandidatur und teilte ihm am nächsten Tag mit, dass die Kandidatur zurückgezogen sei. Auf Anweisung des Außenministers Gramont, der Festigkeit zeigen wollte, verlangte Benedetti vom König noch die Erklärung, dass eine solche Kandidatur grundsätzlich nicht in Frage käme. Auch die gab ihm der König und ließ von seinem Adjutanten ein Telegramm an Bismarck aufsetzen und über diese Audienzen berichten. Bismarck brauchte „ein rothes Tuch für den gallischen Stier“, kürzte das Telegramm so zusammen, dass es den Eindruck erweckte, der König habe das Gespräch abgebrochen und den Gesandten stehen lassen, und gab diese Fassung an die Presse und nach Paris weiter. Das führte zu einem Sturm der Entrüstung und gegen den Willen Napoleons mit einer Mehrheitserklärung in der Kammer zur Kriegserklärung an Preußen. Die französische Öffentlichkeit war sich der Überlegenheit ihrer Waffen sicher, rechnete ohne diplomatische Vorbereitung mit einer österreichischen Beteiligung und hielt die süddeutschen Staaten für freundlich-neutral.

Tatsächlich blieb Österreich neutral, und die süddeutschen Staaten hatten im Fall eines französischen Angriffs ein Defensivbündnis mit Preußen. Die preußisch-deutsche Mobilmachung war schneller und präziser als die französische, an die erste Feindberührung südlich von Wissembourg am 4. August erinnern verschiedene Denkmäler auf dem Schlachtfeld. Die französischen Truppen wurden in mehreren blutigen Schlachten im Elsass (Wörth, Spichern, Nuits, Gravelotte) zurückgedrängt. Die Hauptarmee unter Bazaine wurde in Metz eingeschlossen. Die Entsatzarmee unter MacMahon ließ sich nach Sedan abdrängen und wurde dort eingekesselt. Napoleon war von der Pariser Regierung an die Front geschickt worden, trug aber nicht die militärische Verantwortung. Doch als er die aussichtslose Lage der Armee MacMahon sah, kapitulierte er, um weiteres unnötiges Blutvergießen zu verhindern, am 2. September und ging in preußische Kriegsgefangenschaft nach Kassel-Wilhelmshöhe. Als die Nachricht Paris erreichte, wurde am 4. September das Kaiserreich gestürzt und die provisorische Republik ausgerufen. Die wollte weiter kämpfen, obwohl nach Sedan auch Bazaine in Metz kapituliert hatte. Um das Ende des Krieges zu erzwingen, rückten die preußischen und deutschen Truppen weiter vor und begannen mit der Belagerung von Paris. Das preußische Hauptquartier wurde im Schloss von Versailles untergebracht.

*Kaiser-
proklamation
Versailles
18. Januar 1871*

*Relief vom
Kaiserdenkmal
In Karlsruhe*



Bismarck wollte den Sieg und die Waffenbrüderschaft benutzen, um die süddeutschen Staaten zum Anschluss an den Norddeutschen Bund zu bewegen. Das Haupthindernis dabei war Bayern. Der unwillige bayrische König Ludwig II. war aber durch seine Bauwut stark verschuldet, und Bismarck brachte ihn durch Zuwendungen aus dem „Welfenfonds“ dazu, dass er in einem Brief den Beitritt anbot und König Wilhelm zur Annahme des Kaisertitels aufforderte. Die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten (über Sonderrechte) wurde im November/Dezember 1870 in Versailles verhandelt, und als alles geklärt war, konnte am 18. Januar 1871 das neue Kaiserreich ausgerufen werden, und zwar im preußischen Hauptquartier im Spiegelsaal von Versailles. Der höchste anwesende Fürst, Großherzog Friedrich von Baden, brachte das erste Hoch auf den neuen Kaiser aus, die meisten Anwesenden waren preußische Generale. Es war eine improvisierte Veranstaltung, wird aber in Frankreich bis heute als bewusste Provokation betrachtet.

Der Frieden von Frankfurt und Elsass-Lothringen

In Europa war Frankreich als der wahrscheinliche Sieger angesehen worden, und die Bestürzung über die schnelle französische Niederlage war groß. Bismarck drängte auf einen baldigen Abschluss, bevor die Staatengemeinschaft zugunsten von Frankreich intervenierte. Sein Verhandlungspartner war Adolphe Thiers, der an die Regierung gekommen war, nachdem die jungen Republikaner Gambetta und Ferry mit ihrer *levée en masse* gescheitert waren. Im Februar wurde eine neue Abgeordnetenkammer gewählt, und sie war bereit, in ihrer Mehrheit mit Thiers die harten Friedensbedingungen zu akzeptieren, insbesondere die Abtretung von Elsass-Lothringen. Thiers stand unter Druck, weil in Paris die sozialistische Commune die Macht übernommen hatte. Nachdem der Frieden angenommen war, schauten die Deutschen zu, wie französische Regierungstruppen im „blutigen Mai“ 1871 in die Hauptstadt eindrangen und die Bewegung niederschlugen. Es wurden 30 000 Kommunisten erschossen und weitere 40 000 verhaftet und deportiert. So konnte Thiers dann in seine Hauptstadt einziehen.

Bismarck macht sich in seinen Erinnerungen über die Deutschnationalen lustig, die das Elsass zurück haben wollten, weil es „deutsch“ war, und ebenso über die Militärs, die Lothringen als Aufmarschgebiet für den nächsten Krieg haben wollten, aber er gab beiden nach. So kam es ohne Volksabstimmung und gegen die Stimmen der im Februar gewählten Abgeordneten des Elsass zur Abtretung. Elsass-Lothringen wurde zum „Reichsland“, die neuen Bürger waren damit Bürger zweiter Klasse, weil sie in einer extrem föderalen Verfassung keine Landesregierung und keinen Landesherrn hatten und von Berlin aus verwaltet wurden. Dazu hatte das Militär sich hier im Grenzland Sonderrechte gesichert, und die preußische „Besatzung“ betrachtete die elsässischen „Wackes“ als unzuverlässige Zeitgenossen und potentielle Landesverräter. Alles Französische wurde verboten und verfolgt. Diese negativen Aspekte haben vergessen lassen, dass Straßburg in der deutschen Zeit eine Großstadt mit vorbildlichen Sozialeinrichtungen wurde, dass die „Reichsuniversität Straßburg“ einen hohen Rang hatte und Straßburg wie Mühlhausen wichtige Industriestandorte wurden. Bismarck hatte gegen Österreich auf einen schnellen und erträglichen Frieden gedrängt, um bleibende und tiefe Verletzungen zu vermeiden. Gegen Frankreich gab er sich diese Mühe nicht. Politisch wollte er nach 1871 ein Europa, in dem Frankreich keine Rolle spielte, sondern die Mächte sich auf Deutschland als den „ehrlichen Makler“ verlassen.

Die „Dritte Republik“ in Frankreich war zuerst mehrheitlich monarchisch und wollte die Restauration der Bourbonen, erst seit 1875 gab es eine republikanische Mehrheit. Frankreich fühlte sich von Deutschland gedemütigt und wollte Revanche, sah aber gleichzeitig, dass es dazu militärisch zu schwach war. Die deutsche Politik nach 1871 ebenso wie Elsass-Lothringen trugen nicht dazu bei, das Verhältnis zu entkrampfen, und für einen französischen Politiker war es der Karriere nicht förderlich, wenn er sich für eine Verständigung mit Deutschland einsetzte.

Russland

Mitten im Krimkrieg starb 1855 Zar Nikolaus I., dessen dreißigjährige Regierungszeit eine anti-reformerische autokratische Eiszeit mit Interventionen und Interventionsdrohungen in Westeuropa gewesen war. Sein Sohn und Nachfolger Alexander II. beendete den Krimkrieg und begann mit den „Großen Reformen“, zuerst der Bauernbefreiung. Der grundbesitzende Adel war dagegen, die Bauern mussten das Land kaufen, auf dem sie lebten und arbeiteten, der Staat streckte ihnen das Geld vor, aber ihre Grundherren legten sie herein und bereicherten sich daran. Die Bauern waren also mit ihrer Befreiung unzufrieden, und bei den jungen Adligen bildete sich eine Schicht von „Nihilisten“, die sich vom Zaren und vom Staat betrogen fühlten und den völligen Umsturz wollten. Zar Alexander fiel 1881 einem ihrer Attentate zum Opfer, nicht dem ersten. Die Zeit Alexanders ist auch die der großen Romanautoren Turgenjew, Dostojewski und Tolstoj. Zur Bauernbefreiung kam eine Gerichtsreform, eine Wehrdienstreform, eine Heeresreform (nach deutschem Muster), eine wenigstens teilweise Judenemanzipation, und Alexander hatte auf dem Schreibtisch den Erlass für eine Verfassung, als er 1881 ermordet wurde.

Alexander gilt als „Zar-Befreier“, einmal wegen der Bauernbefreiung, aber auch, weil er sich für die Befreiung der orthodoxen Christen vom türkischen Joch, vor allem in Bulgarien einsetzte und damit 1877 fast einen großen Krieg auslöste. Seine Reformen führten 1863 in Polen zu einem Aufstand, den er niederschlagen ließ. Weil Preußen ihn dabei durch die Schließung der Grenze unterstützte, stellte er sich 1866 hinter Preußen und drohte 1870 Österreich mit einer Intervention. In Mittelasien erweiterte Russland sein Territorium beträchtlich, etwa 1873 durch die Eroberung der Oase Chiwa (in Usbekistan). Panslawismus und Kontinentalimperialismus bestimmten also auch schon unter Alexander die Stoßrichtung der russischen Politik. Das bedeutete ein stärkeres Engagement auf dem Balkan und mehr Rivalität zu Österreich, das sich ja seit 1867 auch dorthin umorientierte, und im mittleren Osten bahnte sich ein Zusammenstoß zwischen dem russischen Vordringen und dem britischen Interesse an Afghanistan (erster Krieg 1839-1842, zweiter 1878-1880), *the Great Game*. Bei den Belastungen, mit denen Russland durch die Reformen und diese Aktivitäten umgehen musste, war die Zurückhaltung in Europa verständlich.

Großbritannien

Das Vereinigte Königreich erlebte 1857 in Indien eine schwere Krise, den großen Aufstand für Unabhängigkeit, in England *the Big Mutiny*, die große Meuterei. Sie wurde brutal niedergeschlagen, aber die britische Regierung löste die *East India Company* auf und übernahm direkt die Verantwortung. Das Land wurde weiter von englischen Beamten regiert. Eine kritische Baustelle war Ägypten, das Nadelöhr für die britische Verbindung nach Indien, dessen Vizekönig aber ein Schützling von Frankreich war, der 1854 dem französischen Ingenieur Ferdinand de Lesseps die Konzession für einen Kanalbau erteilte. Mit Unterstützung durch Napoleon III. und französischem Aktienkapital wurde der Kanal gebaut und 1869 in Anwesenheit des französischen Kaiserpaars eingeweiht. Neu war der Wettlauf um Afrika, zunächst noch mit Missionaren wie Livingstone und Forschern wie Stanley, deren Zusammentreffen am Tanganjika-Fluss 1871 Legende ist. Aber den Missionaren folgten Missionsstationen, und den Forschern Kaufleute und Handelsniederlassungen.

Gleichzeitig war Großbritannien die fortgeschrittenste Industriemacht, die meisten Lokomotiven und Dampfmaschinen kamen von dort, und die Produkte aus anderen Staaten waren oft schlechte Kopien. So formulierte ein Preisrichter 1876 auf der Weltausstellung in Philadelphia: *Deutsche Waren sind billig und schlecht*. Der württembergische Ingenieur Max Eyth beschreibt in *Hinter Pflug und Schraubstock* das Wettpflügen zwischen einem britischen und einem (von ihm geführten und siegreichen) deutschen Dampfpflug. Die weitreichenden Handelsverbindungen unterstrichen und verstärkten diese britische Position.

1848 hob das britische Parlament die Bestimmung auf, dass Juden nicht ins Parlament gewählt werden durften, und Benjamin Disraeli wurde ins Unterhaus gewählt und ein Führer der neu for-

mierten Konservativen. Als Schatzkanzler unter Lord Derby setzte er 1866 eine weitgehende Wahlrechtsreform durch, und 1868 wurde er Premierminister. Nach einer Neuwahl wurde der Liberale William Gladstone sein Nachfolger, und von 1874 bis 1880 noch einmal Disraeli. Er gilt als imperialistischer Weltpolitiker und machte Königin Victoria 1876 zur „Empress of India“.

So beobachtete Großbritannien die Vorgänge auf dem Kontinent, hielt sich aber mit einem Engagement zurück. 1865 billigte der liberale Premierminister Palmerston kurz vor seinem Tod sogar die preußische Übernahme von Schleswig-Holstein, denn Dänemark war ein Verbündeter Napoleons gewesen, Preußen jedoch der Waffengefährte von Waterloo. Aber die Annexion Hannovers, das ja so lange in Personalunion mit Großbritannien gestanden hatte, erregte natürlich Ärger. Außerdem sah man klar, dass sich mit der deutschen Einheit das europäische Gleichgewicht erheblich verändern würde. Aber die Einweihung des Suezkanals lag 1870 erst ein Jahr zurück, und Bismarck beeilte sich, der europäischen Welt und vor allem Großbritannien zu versichern, dass das neue Reich „saturiert“ sei und keine weiteren Ambitionen hege.

Die USA

Die USA litten seit ihrer Gründung an dem Widerspruch zwischen den Menschenrechten und der vor allem in den Südstaaten üblichen Negerklaverei, auf den schon der französische Marquis de Lafayette hingewiesen hatte. Die ersten Präsidenten waren Farmer und damit Sklavenbesitzer aus Virginia. Aber die nördlichen Staaten waren weniger durch diesen agrarischen Großgrundbesitz bestimmt, und dort entwickelten sich Industrie und Eisenbahn schneller, der Bedarf an Arbeitskräften wuchs, es gab keine Sklaverei, und aus dem Süden geflohene Schwarze fanden dort Aufnahme und Arbeit. Dazu kam, dass die nördlichen Staaten für hohe Schutzzölle waren, um ihre Produkte gegenüber der britischen Konkurrenz wettbewerbsfähig zu halten, während der Süden wegen der Exportabhängigkeit vor allem bei Baumwolle den Freihandel forderte. Es kam zu Spannungen zwischen den nördlichen und den Südstaaten, und 1854 wurde im Norden die Partei der Republikaner gegründet, deren erklärtes Ziel das Verbot der Sklaverei in der ganzen Union war. 1860 wurde ihr Kandidat Abraham Lincoln zum Präsidenten gewählt. Darauf traten 14 Südstaaten aus der Union aus, als erster South Carolina noch vor der Amtseinführung im Dezember 1860. Sie bildeten Anfang 1861 die *Confederated States of America* und wählten Jefferson Davis am 9. Februar 1861 zu ihrem Präsidenten. Lincoln erklärte, sein Amtseid verpflichtete ihn, für die Erhaltung der Union einzutreten. Den Ausbruch des Krieges (am 12. April) erklärte er später so: *Beide Parteien missbilligten den Krieg, aber eine von ihnen war eher bereit, Krieg zu führen, als die Nation überleben zu lassen, und die andere war eher bereit, den Krieg zu akzeptieren, als die Nation untergehen zu lassen. Und der Krieg kam.*

Lincoln wurde 1864 von den Unionsstaaten wiedergewählt, fiel aber kurz nach der Amtseinführung am 15. April 1865 einem Attentat zum Opfer. Zu der Zeit war der blutige und zerstörerische Sezessionskrieg schon für die Nordstaaten entschieden. General Lee kapitulierte am 8. April. Die Südstaaten wurden besetzt, die Neger befreit, und in einer langen Phase der *reconstruction* wurde schrittweise die Selbstständigkeit der Staaten wieder hergestellt, aber erst nach Jahren. Der siegreiche Oberbefehlshaber der Nordstaaten Ulysses Grant wurde 1868 Präsident. Erst 1884 wurde mit Grover Cleveland wieder ein Demokrat Präsident. Der Sezessionskrieg hat tiefe Gräben aufgerissen, die Integration der Schwarzen ist nicht gelungen, und noch bis nach dem zweiten Weltkrieg galten in den Südstaaten in Bussen und in Schulen Einschränkungen für Schwarze. Der Krieg hat auch die wirtschaftliche Entwicklung der USA behindert und zurückgeworfen.

Der Roman *Onkel Toms Hütte* von Harriet Beecher Stowe 1852 schilderte die Schicksale von rechtlosen Negerklaven und beeinflusste die öffentliche Meinung in den Nordstaaten und weltweit für die Sklavenbefreiung. Dagegen malte *Vom Winde verweht* von Margaret Mitchell von 1936 die untergegangene aristokratische Welt der Südstaatenpflanzler aus.

Europäische Geschichte im 19. Jahrhundert VI: Die Zeit des Imperialismus 1875 - 1900

Mittwoch, 11. 3. 2015

Der Wettlauf nach Afrika. Die Kongokonferenz Berlin 1885.

Mittwoch, 18. 3. 2015

England und Frankreich. Faschoda und Delcassé.

Mittwoch, 25. 3. 2015

Deutsches Reich: Kolonien und Weltmachtspolitik. Türkei.

Mittwoch, 15. 3. 2015

Russland: Kontinentalimperialismus, Transsib, Panlawismus und Orthodoxie

Mittwoch, 22. 3. 2015

Die USA nach dem Sezessionskrieg: Westküste, Eisenbahnbau, Indianer.

Auseinandersetzung mit Spanien.

Die Erforschung Afrikas

Die Umriss von Afrika wurde im ausgehenden Mittelalter entdeckt, als die Portugiesen unter Heinrich dem Seefahrer (1394 – 1460) den Seeweg nach Indien erkundeten und dabei Stützpunkte anlegten, Guinea-Bissau, Kapverdische Inseln, Angola, Mozambique. Ihnen folgten die Niederländer, die in der Mitte des 17. Jahrhunderts den Oranje-Freistaat und Transvaal besiedelten. Dazu kamen die oft muslimischen Sklavenhändler, die Einwohner aus dem Inneren Afrikas entführten und an die großen Sklavenhändler, meist Engländer, verkauften, oft über die Insel Gorée, die heute zum Senegal gehört. Abnehmer waren vor allem die USA und die spanischen Kolonien in Südamerika. Aber das Innere Schwarzafrikas blieb lange unbekannt und unentdeckt. Das änderte sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Der Engländer David Livingstone (1813 bis 1873) startete 1849 mit seinen ersten Forschungsreisen ins Betschuana-Land, in die Wüste Kalahari, Sambesi, Malawi, Victoriafälle, den Tanganjikasee. Er war als Entdeckungsreisender populär, seine *Missionsreisen und Forschungen in Südafrika* erschienen bereits 1858 auf deutsche (in zwei Bänden Leipzig). Livingstone war eigentlich Missionar, hatte aber Kenntnisse in Medizin, lebte lange Jahre mit den Eingeborenen und galt zeitweilig für verschollen. Sein Zusammentreffen 1871 mit dem jüngeren Henry Morton Stanley, der eine Expedition unternommen hatte, um ihn aufzuspüren, gehört zur Entdeckerfolklore.

Aber es gab auch deutsche Forscher, so Eduard Schnitzer (1840 – 1892) aus Oberschlesien, der nach dem Studium der Medizin in die osmanische Türkei ging, wo er in der Verwaltung und im medizinischen Dienst arbeitete und zum Islam übertrat (Enim Pascha). Von dort aus trat er in den Dienst des Vizekönigs von Ägypten und unternahm Forschungsreisen in den südlichen Sudan. Er wurde Gouverneur der Provinz Äquatoria und kämpfte unter anderem gegen die Sklavenhändler. Durch den Aufstand des Mahdi seit 1881 war er abgeschnitten und wich deshalb nach Uganda aus. Er galt als verschollen, und verschiedene Expeditionen wurden ausgerüstet, um ihn zu suchen, so Stanley oder der Deutsche von Wissmann. Aber er lebte und forschte weiter, vor allem auch sprachwissenschaftlich. 1892 wurde er in der Nähe des Viktoria-Sees von Sklavenhändlern getötet. Seit 1878 wurden seine Reise- und Expeditionsberichte in Deutschland gedruckt. Ein anderer Forscher war Gustav Nachtigal (1834 – 1885) aus der Altmark. Er studierte Medizin und wurde Militärarzt in Köln. Wegen einer Tb-Erkrankung ging er 1863 nach Tunesien und wurde Leibarzt des Bey von Tunis. Von dort aus brach er 1869 zu einer großen Expedition in das westliche Afrika auf, ins Tibesti-Gebirge in den heutigen Tschad und nach Nigeria. Über Khartum und Ägypten kehrte er 1875 nach Deutschland zurück. Nachtigal war wie Schnitzer ein sehr genauer Beobachter und frei von europazentrischer Überheblichkeit, und seine Reise- und Forschungsberichte hatten großen Erfolg. 1884 wurde er von der Politik in Anspruch genommen als Reichskommissar für Togo, Kamerun und die Lüderitzbucht. Er starb 1885 auf der Rückreise.



Deutscher Kolonialatlas mit Jahrbuch 1906, Dietrich Reimer Berlin 1907, Karte 1

Bismarck ärgerte sich 1884 über die Überheblichkeit der Engländer, die Afrika als ihr naturgegebenes Reservat betrachteten und die anderen Staaten ausschließen wollten. Deshalb nahm er 1884 plötzlich die drei Gebiete als deutsche Kolonien an und schloss sich mit dem bisherigen Gegner Frankreich (Jules Ferry) kurz. Ernst Engelberg, Bismarck, Band 2, S. 375:

...Außerdem hatte sich Deutschland bereits im April 1884 dem französischen Protest gegen den englisch-portugiesischen Vertrag angeschlossen, der faktisch die Kongomündung an England auslieferte und früher oder später auch die vom belgischen König Leopold II. errichtete Kongokolonie unter englischen Einfluss gebracht hätte. Vom 15. November 1884 bis zum 26. Februar 1885 fand in Berlin die Kongokonferenz statt, zu der Deutschland und Frankreich ohne vorherige Verständigung mit der Kolonialmacht England eingeladen hatten. Das war der Höhepunkt der deutsch-französischen Kolonialentente. Auf dieser bislang größten Kolonialkonferenz waren vierzehn vornehmlich europä-

ische Staaten und die USA vertreten. Wie 1878 wurde Bismarck zum Präsidenten gewählt, führte jedoch den Vorsitz nur in der Eröffnungs- und Schlussitzung, ansonsten agierte ein Mitglied des Auswärtigen Amtes. Dabei spielten protokollarische Überlegungen hinein: auf einem Kongress wie 1878 waren zumeist Ministerpräsidenten anwesend, auf der Konferenz von 1885 nur zweit- oder gar drittrangige Vertreter der verschiedenen Staaten.

Die Berliner Kongokonferenz wies Englands Anspruch auf eine Monopolstellung in Westafrika zurück: sie bestätigte vielmehr die Zollfreiheit des Handels in dieser Region, die Freiheit der Schifffahrt auf Kongo und Niger und führte zur internationalen Anerkennung des belgischen Kongostaates.

Eines der merkwürdigsten Ergebnisse der Kongo-Konferenz war die Bestätigung einer Privatkolonie für den belgischen König Leopold II. Der König war an den Entdeckungen interessiert und organisierte seit 1876 über eine internationale Entdeckungsgesellschaft Expeditionen ins Kongo-Becken, unter anderem mit Stanley, der Leopoldville (heute Kinshasa) und Stanleyville (heute Kisangani) gründete. Die Konferenz akzeptierte den Kongo-Freistaat als Privatkolonie des Königs. Die Administration des Kongo lief von Anfang an auf eine rücksichtslose Ausbeutung hinaus. Die Bevölkerung sank bis 1920 auf die Hälfte, der Kautschuk wurde zum Hauptexportartikel. Joseph Conrad, der 1890 dort als Kapitän eines Flussschiffs arbeitete, hat die Ausbeutungsmethoden in seinem 1899 erschienen *Heart of Darkness* (*Herz der Finsternis*) geschildert.

England: Kap – Kairo - Kalkutta

Die Engländer hatten seit der Zeit Napoleons am Horn von Afrika eine Kapkolonie mit Kapstadt als Hauptort, aber östlich davon lagen die unabhängigen Burenkolonien Transvaal und Oranje. Die Ausdehnung nach Norden geht auf Cecil Rhodes (1853 – 1902) zurück, der seit 1870 in Südafrika war und mit Diamanten viel Geld machte. Die heutige De Beers wurde von ihm gegründet. 1881 wurde er Parlamentsmitglied in der Kapkolonie und übernahm das Betschuanaland (heute Botswana), und 1889 erhielt er vom Mutterland den Freibrief für die Ausdehnung nach Norden. Rhodes brachte das heutige Simbabwe und das heutige Sambia unter Kontrolle der Kapkolonie, deren Premierminister er 1890 wurde. 1895 unterstützte er wohl den *Jameson Raid*, einen privaten Überfall einer britischen Einheit auf Transvaal, der zurückgeschlagen wurde und zu dem berühmten Krügertelegramm des Kaisers führte. Danach musste er als Premierminister zurücktreten und kümmerte sich um Rhodesien. Sein Plan war eine Eisenbahn der afrikanischen Ostküste entlang nach Kairo. Großbritannien hatte 1875 die Suezkanalaktien des Vizekönigs übernommen und nahm immer mehr Einfluss. 1882 wurde Ägypten von britischen Truppen besetzt. 1892 wurde Herbert Kitchener Oberbefehlshaber der britisch-ägyptischen Armee, und von 1896 bis 1899 besiegte er den Mahdi im Sudan und machte den Sudan zu einem britisch-ägyptischen Kondominium.

Zwei britische imperiale Schlachtrösser: Roberts und Kitchener

Frederick Roberts (1832 – 1914) stieg in der britisch-indischen Armee vom Leutnant zum General auf. 1879 wurde er der Oberbefehlshaber der Armee, die Afghanistan erobern sollte. Er zog nach Kabul und setzte dort für den unbotmäßigen Emir Sher Ali (der hatte eine russische Gesandtschaft in Kabul zugelassen) dessen Neffen Abdur Rahman ein. 1880 wurde die Heeresabteilung in Kandahar von aufständischen Afghanen in der Schlacht von Maiwand besiegt (bei der Dr. Watson, wie Sherlock Holmes bei ihrer ersten Begegnung scharfsinnig deduziert, verwundet wurde), und General Roberts führte seine Truppen in Eilmärschen nach Kandahar, um die Belagerten zu befreien. Dafür erhielt er den Titel Lord Roberts of Kandahar (über einen kanadischen Skiclub, der den Namen des Lords trug, kam der Name ins Skirennen). Trotzdem gelang die Unterwerfung Afghanistans nicht. Der neue Emir musste die Durand-Linie akzeptieren, die bis heute das Stammesgebiet der Pashtunen zwischen Afghanistan und Pakistan durchschneidet), aber er ließ sich nicht von den Briten hineinregieren. Lord Roberts wurde 1885 Oberbefehlshaber der britisch-indischen Armee und schlug 1886 einen Aufstand in Burma nieder. 1895 wurde er Oberbefehlshaber der Britischen Truppen in Irland. 1899 übernahm er den Oberbefehl im Burenkrieg, konnte die Buren schlagen und Bloemfontein und Pretoria einnehmen. Die beiden Burenprovinzen wurden zu Teilen der Südafrika-Kolonie erklärt, und der Krieg schien beendet. Roberts kehrte nach England zurück und wurde Oberbefehlshaber der gesamten britischen Armee. Er vertrat eine verstärkte Rüstung in Indien, um dort die Konfrontation mit den Russen zu suchen und so *the great game* für Großbritannien zu entscheiden.

Horatio H. Kitchener (1850 – 1916) stammte aus einer Offiziersfamilie und wählte die militärische Laufbahn. Am 1870er-Krieg nahm er als (freiwilliger) Offiziersanwärter auf der französischen Seite teil. Er ging danach zum Ingenieurkorps und führte 1874 – 1878 als Offizier die topographische Erfassung und Vermessung Palästinas durch. Dabei lernte er auch arabisch. 1880 – 1882 leitete er die Vermessung von Zypern (1878 vom Osmanischen Reich gepachtet). Nach der Unterwerfung Ägyptens trat er 1885 als Offizier in die neue britisch-ägyptische Armee ein. Er nahm dabei auch geheimdienstliche Aufgaben wahr. 1886 wurde er Generalgouverneur der südlichen Provinz an der Grenze zum Sudan, der seit 1881 von Mohammed Ahmad regiert wurde, der sich selber zum Mahdi erklärt hatte, dem rechtmäßigen Nachfolger des Propheten. Er wollte die islamische Welt von der Kolonialherrschaft befreien. Kitchener hatte kleinere militärische Auseinandersetzungen mit den Mahdisten, ging dann nach England und arbeitete seit 1889 an der Reorganisation der britisch-ägyptischen Armee. 1892 wurde er ihr Oberbefehlshaber („Sirdar“). Er gewöhnte die Truppen an Scharmützel mit den Mahdisten, drängte sie langsam nach Süden ab, und am 2. September 1898 konnte er sie in der Schlacht von Ondurman entscheidend schlagen. Das von den Mahdisten zerstörte Khartoum ließ er wieder aufbauen und an die ägyptische Eisenbahn anschließen, und der Sudan wurde britisch-ägyptisch. Nach der Schlacht erhielt er die Meldung von der französischen Flaggenhissung in Faschoda und fuhr mit einem Dampfboot zu Verhandlungen mit dem französischen Offizier Marchand, der sich nach einigen Monaten zurückzog. Dafür wurde Kitchener Lord Kitchener of Khartoum. 1899 wurde er Stabschef von Roberts im Burenkrieg, und als der nach dem Abgang Roberts' 1900 wieder aufflammte, wurde er Oberbefehlshaber. Gegen die Guerilla-Taktik der Buren setzte er die Vernichtung der Infrastruktur, die Zusammenfassung der Zivilbevölkerung in Konzentrationslagern und eine kompromisslose Kriegsführung, und 1902 mussten die Buren kapitulieren und sich fügen. Dafür wurde Kitchener in England Viscount. Von 1902 bis 1909 war er Oberbefehlshaber in Indien, stürzte den Vizekönig Lord Curzon und setzte eine grundlegende Reform der britisch-indischen Armee durch. 1910 wurde er Feldmarschall und 1914 Earl. Kitchener war ein äußerst erfolgreicher Offizier in verschiedenen kolonialen Auseinandersetzungen, der für die Konzeption Kap – Kairo – Kalkutta Wesentliches geleistet hat. Aber er hatte auch das fast mythische Vertrauen des Volkes. Deshalb ernannte in Premierminister Asquith bei Kriegsbeginn zum Kriegsminister. Kitchener sagte klar voraus, dass der Krieg vier Jahre dauern und ungeheure Anstrengungen erfordern würde. Mit der ihm eigenen Energie baute er die Armee um, warb zuerst für Freiwillige, setzte aber dann die allgemeine Wehrpflicht durch. Kitchener ist sozusagen die Verkörperung des Wehrwillens der Briten im Ersten Weltkrieg.



Frankreich in Afrika

Frankreich war in Algerien seit 1830 engagiert und hatte den einheimischen Führer Abd el-Kader in einem bis 1847 dauernden Krieg niedergeworfen. Algerien wurde eine Siedlungskolonie, französische Großbauern erhielten die besten Böden, die einheimische Bevölkerung wurde zurückgedrängt. Algerien wurde in drei Départements eingeteilt, im *Code de l'indigénat* 1875 waren die französischen Siedler auch französische Bürger, die Algerier nur *sujets*. 1881 eroberten französische Truppen Tunesien und machten es zum französischen Protektorat. Marokko hätte Frankreich auch gerne abhängig gemacht, aber es gab internationale Abkommen, dass es allen Ländern gleich offenstehen sollte. Die Küste des Senegal mit Dakar war seit 1848 französisch, 1891 wurde der Senegal in den heutigen Grenzen französische Kolonie. 1895 wurde die *Afrique occidentale française* mit dem Hauptort Dakar gegründet, die Föderation der französischen Kolonien in Westafrika, mit neun Territorien (Niger, Senegal, Mauretanien, Mali, Französisch Guinea, Benin, Elfenbeinküste, Burkina Faso). Dazu kam der französische Kongo, Kongo-Brazzaville, der 1883 von Pierre Savorgan de Brazza gegründet worden war. Frankreich war also in Nordafrika, in Westafrika und in der Sahara sehr stark engagiert. Théophile Delcassé (1852 – 1923) wurde 1893 Staats-

sekretär für koloniale Angelegenheiten und machte 1894 daraus ein eigenes Kolonialministerium. Auf ihn geht die Intensivierung der Kolonialpolitik zurück, die Gründung der *Afrique occidentale française* 1895 und die Verstärkung der französischen Flotte.

Delcassé wurde 1898 Außenminister und hielt sich unter verschiedenen Regierungen bis 1906. Seine erste Bewährungsprobe war die Faschoda-Krise. Der französische Hauptmann Jean-Baptiste Marchand erreichte von Brazzaville aus mit 12 französischen Offizieren und 120 *tireurs sénégalais* vom Westen her am 10. Juli 1898 den Ort Faschoda am Nil im Südsudan und zog dort die französische Fahne auf, der übliche Weg der Inbesitznahme. Das war von Frankreich aus konsequent, aber störte natürlich die britischen Pläne. Kitchener besiegte am 2. September die Mahdisten in der Schlacht von Omdurman entscheidend. Danach widmete er sich der neuen Lage und fuhr mit einem Kanonenboot nach Faschoda. Dort forderte er am 18. September die Franzosen auf, das kleine Fort zu räumen, das sie sich inzwischen gebaut hatten. Marchand wollte sich aber ohne eine Genehmigung seiner Regierung nicht zurückziehen.



In Frankreich war die Stimmung gegen ein Nachgeben, aber Delcassé als neuer Außenminister wollte keinen Krieg mit Großbritannien und hielt ein besseres Verhältnis zu dieser Weltmacht für wichtiger als Faschoda. Er setzte durch, dass sich Marchand mit seiner Einheit zurückzog. Im Sudanvertrag vom März 1899 wurden die kolonialen Ansprüche der beiden Staaten abgegrenzt und der Sudan zur eindeutig britischen Interessensphäre. Dieses französische Zurückweichen wurde die Voraussetzung für die britisch-französische Annäherung, die im April 1904 zum Abschluss der *Entente cordiale* und 1907 zum britisch-russischen Ausgleich führte. Damit wendete sich die große Politik wieder nach Europa zurück.

Zeitgenössische, in der britischen Zeitschrift Punch veröffentlichte Karikatur zur Entente cordiale: John Bull, eine nationale Personifikation Großbritanniens, führt Marianne, die nationale Personifikation Frankreichs, am Arm, während ein Offizier mit den Zügen Kaiser Wilhelms II. dies mit verächtlichem Blick quittiert.

Mit englischer Duldung verstärkte Frankreich den Druck auf Marokko, aber Deutschland bestand auf dem freien Zugang für alle Mächte und zur Bekräftigung seiner Ansprüche schickte der Reichskanzler von Bülow ein Kriegsschiff mit Kaiser Wilhelm an Bord, der am 31. März 1905 in Tanger zu einem Staatsbesuch an Land ging und in seinen Reden die Souveränität Marokkos, den freien Zugang und die Verteidigung der deutschen Interessen betonte. Auf der internationalen Konferenz von Algeciras Anfang 1906 wurde zwar die allgemeine Handelsfreiheit und die Souveränität Marokkos formell anerkannt, aber gleichzeitig erhielt Frankreich das Recht zur weiteren Einmischung, und die internationale Isolation Deutschlands wurde deutlich. 1911 entsandte die deutsche Regierung das Kanonenboot Panther nach Agadir, um die deutschen Ansprüche weiter zu betonen (*zweite Marokkokrise oder der Panthersprung von Agadir*), aber Deutschland war damals bereit, das französische Protektorat gegen französische Zugeständnisse anzuerkennen. Der Panthersprung sollte auf diese Verhandlungen Druck ausüben, und im November 1911 wurde das Abkommen abgeschlossen, mit dem Deutschland von Frankreich das an die deutsche Kolonie angrenzende Neukamerun erhielt. Marokko wurde 1912 offiziell französisches Protektorat.

Deutschland in Afrika

Im neuen deutschen Kaiserreich gab es eine rührige Lobby für deutsche Kolonien. Friedrich Fabri, evangelischer Theologe und Leiter der Rheinischen Mission, trat aus sozialpolitischen Gründen für deutsche Siedlungskolonien ein, aber auch allgemein für deutsche Kolonien. In seinem Buch

Braucht Deutschland Kolonien? von 1879 schrieb er:

Es gibt denn doch der tropischen Länder zu viele, als dass England im Stande gewesen wäre, sie bis jetzt sämtlich in Beschlag zu nehmen. Aber es schreitet unaufhaltsam auch in der Richtung solcher Erwerbungen fort, die auch Deutschland einigermaßen zur Eile mahnt. (... Samoa-Inseln ... Neuguinea ... Borneo ... China ...). Durch Kauf wenigstens wäre wohl auch in den Antillen eine oder die andere Insel, heute vielleicht wohlfeil, zu haben. Gewichtiger noch als all die genannten Territorien und Inseln erscheint aber eine Mitbetheiligung Deutschlands an der colonialen Ausbeutung des jetzt sich erschließenden Central-Afrika.

(Zitiert bei Wilfried Westphal: Geschichte der deutschen Kolonien, München 1984, S. 107/108)

Carl Peters (1856 – 1918) studierte Philosophie und kam in London mit dem britischen Kolonialismus und Weltmachtstreben in Berührung. Nach Deutschland zurückgekehrt gründete er 1884 die deutsche Kolonialgesellschaft und ließ sich von ihr mit dem Ankauf von Land in Ostafrika beauftragen. Carl Peters hat als Rassist und Kolonialherr einen ausgesprochen schlechten Ruf. Bismarck war an Kolonien nicht interessiert und lehnte eine Beteiligung des Reiches oder eine Schutzgarantie für Peters ab. Aber aus Verärgerung über das britische Selbstverständnis und die britischen Ansprüche in Afrika beauftragte er 1884 den angesehenen deutschen Afrikaforscher Gustav Nachtigal (1834 – 1885) mit der offiziellen Besitznahme von drei Gebieten in Westafrika für das Reich. Gemeinsam mit Frankreich berief er die Kongokonferenz ein, die Regeln festlegen und vor allem die englischen Ansprüche einschränken sollte. Damit wurde das Deutsche Reich Kolonialmacht und *global player*, Konkurrent der Weltmächte, und Kaiser Wilhelm II. forderte später folgerichtig für Deutschland *einen Platz an der Sonne*.

Die drei ersten von Nachtigal in Besitz genommenen deutschen Kolonien waren in Westafrika Togo und Kamerun und nahe am Kap das von Adolf Lüderitz privat gegründete Deutsch-Südwestafrika. Dazu kam das von Carl Peters gegründete Ostafrika mit Sansibar und Daressalam, das aber erst 1891 nach einem schweren Araberaufstand vom Reich übernommen wurde. Die Gebiete wurden in Besitz genommen, aber ihre Abgrenzung war noch völlig unklar und musste in den Folgejahren mit den anderen Kolonialmächten ausgehandelt und festgelegt werden, in Togo und Kamerun vor allem mit Frankreich, in Ostafrika mit England. Dazu war die bessere Erforschung des inneren Afrika notwendig, der Zugang zu Bodenschätzen, wirtschaftliche Überlegungen der Kolonialmächte spielten eine Rolle; die Zusammengehörigkeit der Bevölkerung aber keine. Die Probleme heutiger afrikanischer Staaten hängen oft mit diesen willkürlichen kolonialen Grenzen zusammen. Die afrikanischen Völker hatten auch keinerlei Mitspracherecht, ihnen wurde erklärt, sie seien jetzt Untertanen der jeweiligen Kolonialmacht, und wenn sie sich wehrten, wurden ihre „Aufstände“ brutal niedergeschlagen.

Wie schon Fabri gefordert hatte, wurde 1885 im Stillen Ozean ein Teil von Neu-Guinea als Kaiser – Wilhelmsland deutsche Kolonie, dazu die Inseln des Bismarck-Archipels. Der Roman „Imperium“ von Christian Kracht (2012) spielt in Deutsch-Neuguinea.

Nach dem Sturz Bismarcks kamen noch Samoa und die Karolinen und Marianen seit 1899 und die Marshallinseln seit 1906 dazu.

In China sicherte sich Deutschland seit 1897 den Hafen und die Bucht von Kiautschou.



Aufstände gegen die deutschen Kolonialherren (Wikipedia)

Aufstand	Kolonie	Zeitraum	Schlachten
Sokehs-Aufstand	Deutsch-Neuguinea	1910–1911	
Araber-Aufstand	Deutsch-Ostafrika	1888–1890	
Chagga-Aufstand	Deutsch-Ostafrika	1891–1892	
Hehe-Aufstand	Deutsch-Ostafrika	1891–1894	Gefecht bei Lula-Rugaro
Nyamwezi-Aufstand	Deutsch-Ostafrika	1892–1893	
Maji-Maji-Aufstand	Deutsch-Ostafrika	1905–1907	Schlacht bei Mahenge
Mau-Aufstand	Deutsch-Samoa	1908–1909	
Witbooi-Aufstand ^[1]	Deutsch-Südwestafrika	1893–1894	Gefecht von Hornkranz
Ostherero- und Kauas-Aufstand	Deutsch-Südwestafrika	1895–1896	
Afrikaner-Aufstand	Deutsch-Südwestafrika	1897	
Swartbooi-Aufstand	Deutsch-Südwestafrika	1897–1898	
Grootfonteiner Baster-Aufstand	Deutsch-Südwestafrika	1901	
Bondelswart-Aufstand	Deutsch-Südwestafrika	1903–1904	
Herero- und Nama-Aufstand	Deutsch-Südwestafrika	1904–1908	Schlacht am Waterberg
Rehobother Baster-Aufstand	Deutsch-Südwestafrika	1915	
Bafut-Kriege	Kamerun	1891–1907	
Dahomey-Aufstand	Kamerun	1893	
Jaunde-Aufstand	Kamerun	1895–1896	
Bule-Aufstand	Kamerun	1899	
Bangwa-Aufstand	Kamerun	1899–1901	
Fulbe-Krieg	Kamerun	1899–1902	Gefecht von Miskin-Maroua
Anyang-Aufstand	Kamerun	1904	
Makaa-Aufstand	Kamerun	1906–1910	
Boxer-Aufstand	Kiautschou und Umland	1900–1901	

Von den Aufständen wurde der Maji-Maji-Aufstand in Deutsch-Ostafrika 1905 – 1907 und der Herero-Aufstand in Deutsch-Südwest 1904 – 1908 mit besonderer Brutalität niedergeschlagen, die Herero wurden weitgehend vernichtet.

Von 1897 bis 1903 erforschte der Arzt Richard Kandt (1867–1918) von Ostafrika aus das Gebiet der Großen Seen und entdeckte 1898 im ruandischen Nyungwe-Wald eine der Quellen des Nils. Darüber schrieb er in *Caput Nili – eine empfindsame Reise zu den Quellen des Nils*, 1904 bei Reimer in Berlin erschienen und eines der erfolgreichsten Bücher der Entdeckungsliteratur. Das Deutsche Reich beanspruchte seit 1899 die beiden innerafrikanischen Königreiche Ruanda und Burundi, und Kandt war von 1908 bis 1914 der erste deutsche Generalresident in Ruanda. Er machte Kigali zur Hauptstadt des „Verwaltungsbezirks XX“ von Deutsch-Ostafrika und ist dort bis heute in guter Erinnerung. Der deutsche Ethnologe Leo Frobenius (1873 – 1938) hat mit seiner „Kulturgeschichte Afrikas“ (1933) *Afrika seine Würde und seine Identität wiedergegeben* (Senghor).

Deutschland und die osmanische Türkei

Die osmanische Türkei war kein Gebiet für koloniale Expansion, sie war aber seit dem 18. Jahrhundert unter starkem russischen Druck, hatte die Krim und die Schwarzmeerküste verloren, ebenso Griechenland, und galt im 19. Jahrhundert als *der kranke Mann am Bosphorus*. Aber der nahe Osten und Libyen waren noch ebenso türkisch wie der südliche Balkan, und der Sultan war Kalif und damit die anerkannte oberste weltliche Autorität des Islam. Die Deutschen suchten nach

mehr Einfluss, und 1898 führte eine große Reise Wilhelm II. nach Istanbul, Palästina und Syrien. Er war Gast des Sultans Abdülhamid (der dem Kaiser unter anderem die im Pergamon-Museum ausgestellten Ausgrabungen schenkte). In Jerusalem zog er im Kreuzfahrerkostüm ein, aber in Damaskus legte er einen Kranz am Grabe Saladins nieder und sagte:

Möge der Sultan und mögen die 300 Millionen Mohammedaner, die, auf der Erde zerstreut lebend, in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, dass zu allen Zeiten der deutsche Kaiser ihr Freund sein wird.

Gleichzeitig wurde aber der Sultan gewarnt, dass die deutschen Archäologen in Mossul in Wirklichkeit Geologen wären, die nach Erdöl suchten.

Der bisherige Staatssekretär Freiherr Marschall von Bieberstein war seit 1897 Botschafter in Konstantinopel und baute die deutsch-türkischen Beziehungen aus. Neben militärischen Kontakten war vor allem der Bau der Bagdadbahn wichtig, deren Konzession Deutschland erhielt und die von Konya in Anatolien nach Bagdad führte und weiter bis Basra am Persischen Golf geplant war. Die Federführung und Finanzierung lag bei Deutschland, und der Bau seit 1903 war eine ingenieurtechnische Meisterleistung. Das heute so heftig umkämpfte Kobane in Nordsyrien war als Siedlung für die Arbeiter an der Bagdadbahn gegründet worden. An der engen Zusammenarbeit mit den Deutschen änderte auch die Machtübernahme der Jungtürken 1908 nichts.

Der russische Kontinentalimperialismus

Nach der Ermordung des Zar-Befreiers Alexander II. 1881 folgte ihm sein Sohn als Alexander III. Er war bullig und schwerfällig und hielt wie sein Großvater Nikolaus wenig von Reformen, dafür alles von autoritärer Führung. Das Verfassungsprojekt seines Vaters verschwand in der Schublade, und die früheren Reformen wurden zurückgenommen oder zugunsten des Adels verändert. Alexander war selber phantasielos und deshalb intellektuell von seinem früheren Lehrer Konstantin Petrówitsch Pobedonószew, Oberprokurator des Heiligen Synod, der das Sendungsbewusstsein der russischen orthodoxen Kirche mit einem starken russisch-panlawistischen Nationalismus verband und den Zaren von einer systematischen Russifizierung der „fremdstämmigen“ Untertanen überzeugte, insbesondere der Polen und Balten, die sich bisher als Brücke zum Westen verstanden hatten, deren Religion und Kultur aber jetzt als minderwertig galt. Pobedonószew lehnte die westlichen politischen Ideen und Entwicklungen ebenso ab wie Telefon und Telegraf. Zu der gewaltsamen Russifizierung kam ein autoritärer bürokratischer Zentralismus.

In Polen setzte dieser Prozess schon nach den Aufständen von 1830 und 1863 ein:

Nach 1831 stand zunächst ein Statthalter des Zaren an der Spitze des russisch kontrollierten Staatswesens. Das polnische Parlament, Heer und Münzwesen wurden abgeschafft, die Schulaufsicht dem St. Petersburger Bildungsministerium übertragen und die Warschauer Universität geschlossen. Nach 1864 verlor das »Königreich Polen« sogar seinen Namen und hieß künftig nur noch »Weichselland« (russ. »pri-vislinskij kraj«). Alle zentralen polnischen Verwaltungseinrichtungen waren nun restlos beseitigt, das Land in zehn Gouvernements aufgeteilt, die nun ausschließlich russischen Gouverneuren unterstellt waren. Eine Vielzahl von Aufständischen wurde hingerichtet oder deportiert, zahlreiche polnische Adelsgüter wurden konfisziert. Nicht minder hart waren die Maßnahmen gegen die katholische Kirche und den Klerus ausgefallen: Verhaftungen, Klosterschließungen, Beschlagnahme von Kirchenbesitz und Eingriffe in die innere Kirchenverwaltung gehörten dazu. Strenge Zensurbestimmungen, Russisch als Amts- und Unterrichtssprache und die Errichtung einer russischen Universität in Warschau im Jahre 1869 sollten die Polen künftig auch kulturell niederhalten.

(Eine kleine Geschichte Polens, edition suhrkamp, 2000, S. 269)

In den baltischen Staaten förderte die russische Zentralregierung gegen die bisher staatstragende deutsch-baltische Oberschicht die originären Völker, die Esten, Letten und Litauer, aber die wollten nicht slawisiert werden und hielten gegen die russische Orthodoxie an ihrer traditionellen protestantischen oder katholischen Religion fest. Aber auch hier war Russisch Schulsprache, und aus der baltischen Universität Dorpat wurde die russische Universität Jurjew, und die Justiz wie die Verwaltung waren russisch. In Finnland wurde die von Alexander II. gewährte Verfassung und weitgehende Autonomie 1903 aufgehoben, und die Ukraine war so oder so russisches Kernland. Auch bei der Erschließung des Ostens war Russisch die Sprache der Schule, der Verwaltung und der Justiz, und die orthodoxe Kirche hatte zahllose Privilegien.

Eine große Rolle bei der Modernisierung spielte die Eisenbahn, und für die Erschließung Sibiriens ist der Bau der Transsibirischen Eisenbahn von großer Bedeutung. Die Planung der Linie vom Ural bis Wladiwostok geht auf Alexander III. zurück, den Bau eröffnete sein Sohn Nikolaus 1891 als Zarewitsch. Das Geld wurde durch internationale Anleihen vor allem aus Frankreich bereitgestellt, der Bedarf an Eisen kurbelte die russische Metallindustrie an. Der Geldbedarf führte zu einer Annäherung an Frankreich, das Verhältnis zu Deutschland verschlechterte sich, als Deutschland nach dem Sturz Bismarcks 1890 den Rückversicherungsvertrag nicht verlängerte.



Zar Nikolaus II.

musste auf Port Arthur, Korea, die Mandschurei und die halbe Insel Sachalin verzichten.

Zar Alexander starb 1894, ihm folgte sein Sohn Nikolaus, auch er ein Schüler des Panslawisten Pobedonozzew. Die Politik der Russifizierung wurde verstärkt weitergeführt. Wladiwostok wurde 1897 erreicht, aber Zwischenstücke fehlten, und der Bau der Transsib wurde erst 1916 abgeschlossen. Russland war zu der Zeit im Osten und gegen China stark engagiert, es stieß dabei mit einer japanischen Expansion in die Mandschurei zusammen. Japan hatte 1894 gegen China Krieg geführt und sich im Frieden Port Arthur abtreten lassen, aber Russland erzwang im Bündnis mit Frankreich und Deutschland den japanischen Rückzug; und 1897 besetzte Russland seinerseits Port Arthur und erhob Anspruch auf die Mandschurei und Korea. England unterstützte Japan gegen die russischen Ansprüche, und im Februar 1904 überfiel Japan mit seiner Flotte Port Arthur. Die Russen verloren zur See und zu Land. Im Oktober erreichte die russische Ostseeflotte nach der Umrundung Afrikas den Kriegsschauplatz und wurde im Mai 1905 in der Seeschlacht von Tsushima von den Japanern nahezu vernichtet. Auch auf der Insel Sachalin mussten die russischen Streitkräfte kapitulieren. Auf Vermittlung des amerikanischen Präsidenten kam es im September zu Verhandlungen und zum Frieden von Portsmouth (USA). Russland

Das Ergebnis des Krieges war eine Sensation. Eine der großen imperialistischen Mächte hatte gegen einen nichteuropäischen sozusagen drittklassigen Staat verloren. Diese Niederlage hatten große Auswirkungen. Die eine war die russische Revolution von 1905, die mit Massenstreiks begann, und Zar Nikolaus musste am 23. April 1906 eine Verfassung unterschreiben, die zur Wahl einer Staatsduma und zu einem inneren Reformprozess unter dem Ministerpräsidenten Stolypin führte. Das andere ist der 1907/08 erfolgte Ausgleich mit dem großen Konkurrenten England, der weitgehende Verzicht Russlands auf seine aggressive Weltpolitik. Damit wurde die Tripel-Allianz mit England und Frankreich möglich, die Konstellation, die in den Weltkrieg führte. Russland, das sich im Fernen Osten zurückziehen musste, wandte sich wieder stärker Europa zu, und das heißt der alten Linie gegen die Türkei und auf den Balkan. Die Türkei war aber deutsches Einflussgebiet, und wegen Serbien und dem 1908 von Österreich annektierten Bosnien-Herzegowina wurde der österreichisch-russische Gegensatz schärfer. Die kriegerischen Unruhen vor 1914 löste aber der (von Frankreich in einem Geheimvertrag zugestandene) italienische Angriff auf das osmanisch-türkische Libyen 1911 aus.

Die USA: Erschließung des Kontinents, Eisenbahn, Industrialisierung

Nach dem Ende des Sezessionskrieges bestimmte der Norden mit der siegreichen, aber engstirnigen republikanischen Mehrheit die Politik. Die Südstaaten wurden als besetzte Gebiete behandelt und konnten sich nur sehr langsam erholen und ihre staatliche Selbstständigkeit zurückgewinnen. Aber der Zug nach Westen, die Erschließung des Kontinents, hielt weiter an, und dazu war eine kontinuierliche Einwanderung notwendig. Die Einwanderung aus Deutschland ebte nach der Reichsgründung 1871 ab, aber die aus Irland und Italien blieb weiterhin auf hohem Niveau, ein Zeichen dafür, dass die wirtschaftlichen wie die politischen Bedingungen in diesen Ländern anhaltend schlecht waren. Allmählich nahmen die Vereinigten Staaten die heute vertraute Form quer über den Kontinent an. Nach dem Sezessionskrieg wurden als Einzelstaaten der Union zugelassen und anerkannt: Nevada 1864, Nebraska 1867, Colorado 1876, Montana 1889, North Dakota 1889, South Dakota 1889, Washington 1889, Wyoming 1890, Idaho 1890, Utah 1896, Oklahoma 1907, Arizona 1912, New Mexico 1912.

Alaska wurde seit dem 16. Jahrhundert von Russland beansprucht, aber vor allem von Pelztierjägern genutzt. Für Russland war es immer schwerer zu verwalten und unergiebig, und da Zar Alexander II. nach dem verlorenen Krimkrieg in Geldnot war, verkaufte er 1867 das Land (für weniger als 5 \$ pro Quadratkilometer) an die USA. In Russland wurde der Verkauf praktisch nicht zur Kenntnis genommen. In den USA war der Kauf umstritten und galt als schlechtes Geschäft. In den ersten zehn Jahren wurde das *Department of Alaska* von der US Army verwaltet, danach von der US Navy. Von 1884 bis 1912 war der *District of Alaska* ein abhängiges Gebiet, aber mit einer beschränkten Selbstregierung. 1898 wurde nach dem Goldrausch am Klondike die Grenze zu Kanada fixiert. Ab 1912 war Alaska ein Territorium mit Sitz im Kongress, und 1959 wurde es zum 49. Bundesstaat der USA.

Eisenbahnbau

Seit 1826 wurde an der Ostküste ein Schienennetz aufgebaut, und 1831 wurde in Baltimore ein Lokomotivenwerk gegründet, das sich bald zum größten Produzenten für Dampflokomotiven entwickelte. Um 1850 betrug das Netz aus größeren und kleineren privaten Gesellschaften schon fünfzigtausend km, und im Sezessionskrieg spielte das Eisenbahnnetz eine große Rolle (wie der Film *The General* von 1926 mit Buster Keaton zeigt). Kalifornien war 1850 Bundesstaat geworden, und 1862 gab Präsident Lincoln den Auftrag für eine Eisenbahn quer über den Kontinent. Aber wegen des Krieges blieb der Plan liegen. Erst 1865 wurde mit dem Bau begonnen. Gebaut wurde durch private Gesellschaften (Union Pacific Railroad), aber die Union zahlte für jeden fertiggestellten Kilometer. Die Planung und der Bau wurden rücksichtslos (vor allem gegen die indianischen Ureinwohner, aber auch gegen die Landschaft) durchgezogen. Karl Mays fiktiver Held begann als Vermessungsingenieur beim Eisenbahnbau, bevor er Winnetou traf und zu Old Shatterhand wurde. Die Erschließung des Kontinents ist ohne die Eisenbahn nicht denkbar. Bahnhöfe und Siedlungen entstanden den Schienensträngen entlang.

Aber auch zur Industrialisierung trug der Eisenbahnbau wesentlich bei. Schienen und Lokomotiven verursachten eine enorme Nachfrage nach Stahl, und Andrew Carnegie baute sich zwischen 1870 und 1901 ein riesiges Stahlimperium auf, das mit den modernsten Methoden produzierte und die Konkurrenz verdrängte oder kaufte. 1901 verkaufte er sein Stahlgeschäft an den Banker Pierpont Morgan, der einen noch größeren Stahltrust aufbaute. Carnegie zog sich zurück und gründete mit seinem Geld philanthropische Stiftungen.

Die Verlierer: Indianer und Schwarze

Die Rechte der Indianer wurden von den Amerikanern nicht gesehen, das Land galt als herrenlos und wurde ohne Rücksicht für den Bahnbau, für Rinderfarmen und für Bauernland erschlossen. Die Indianer wurden in Reservate gedrängt, und wenn sie sich wehrten, wurden sie guten Gewissens niedergekämpft und ausgerottet. Bekannt ist die Schlacht am Little Big Horn 1876, in der der Sioux-Häuptling Sitting Bull eine US-Einheit unter General Custer vernichtete. Die Amerikaner als Abkömmlinge weißer europäischer Einwanderer fühlten sich rassistisch den Schwarzen wie den Latinos gegenüber überlegen. Die Schwarzen waren zwar durch den Sezessionskrieg von der Sklaverei befreit worden, aber von der Gleichberechtigung weit entfernt. Sie hatten kaum Zugang zu Schulen, ihr Wahlrecht war eingeschränkt und wurde beschnitten, der Ku Klux Klan hatte seine beste Zeit, und die Rassentrennung wurde sogar gesetzlich erweitert.

Der amerikanische Imperialismus

Schon 1823 hatte der amerikanische Präsident James Monroe den amerikanischen Kontinent als eigenes Einflussgebiet gefordert und europäischen Interventionsideen im spanischen Amerika eine Absage erteilt (*Amerika den Amerikanern*). Den Zerfall des spanischen Kolonialreichs deckten die USA gegen eine europäische Intervention und förderten ihn versteckt und offen. Das ursprüngliche Großmexiko war ein ernsthafter machtpolitischer Konkurrent im Süden, und das wirkte sich negativ auf die Stabilität des neuen Staates aus. Zwischen 1835 und 1848 verlor Mexico seine nördlichen Gebiete an die USA, die heutigen US-Staaten Kalifornien, New Mexico, Utah, Texas, Arizona, Nevada und Florida. Damit wurde die Westküste US-amerikanisch, die Voraussetzung für die kontinentale Durchdringung nach dem Sezessionskrieg. Die Amerikaner fühlten sich dabei nicht als imperialistisch: die Konzeption *Vereinigte Staaten von Amerika* schien dieses Wachstum über den Kontinent abzudecken.

International vertraten die Amerikaner einen nicht kolonialen Imperialismus: offene Märkte, wirtschaftliches Engagement, verdecktes politisches Eingreifen zum Schutz der eigenen Interessen. Im ehemals spanischen Südamerika achteten sie zudem darauf, keine anderen Einflüsse zuzulassen. 1844 nahmen sie Handelsbeziehungen zu China auf, und 1854 erzwang eine amerikanische Flotte unter Commodore Perry die Öffnung Japans, das sich danach intensiv modernisierte. In den Neunzigerjahren wuchs in den USA aber eine expansionistische Stimmung. 1895 verlangte Präsident Cleveland ein Mitspracherecht bei der Frage der Grenze zwischen British Guiana und Venezuela. Ein Krieg wurde nur vermieden, weil die Briten nachgaben. In Hawaii stürzte eine von amerikanischen Zuckerpflanzern geführte Opposition den traditionellen König, amerikanisches Militär griff ein, und Hawaii wurde 1898 die erste US-Kolonie. Der große amerikanisch-spanische Krieg wurde durch einen von Amerika geförderten Aufstand auf Kuba ausgelöst, den die Spanier mit der Entsendung von 200 000 Soldaten brutal unterdrückten. Die von ihrer Presse informierte Öffentlichkeit war für eine Intervention, Präsident McKinley zunächst dagegen. Aber am 15. Februar 1898 explodierte im Hafen von Havanna unter bis heute ungeklärten Umständen das amerikanische Schlachtschiff *Maine*, der Kongress anerkannte das unabhängige Kuba und erzwang so die Kriegserklärung durch Spanien. Die spanische Flotte wurde in zwei Seeschlachten (Manila auf den Philippinen und Kuba) vernichtet und Kuba von Landstreitkräften besetzt. Die Amerikaner wollten keine Annexion Kubas, aber Spanien musste auf die Insel verzichten, und die neue Republik wurde zu einer Reihe von Klauseln in ihre Verfassung gezwungen, die sie faktisch zu einem amerikanischen Protektorat machten (Platt Amendment 1905). Erst dann wurden die Interventionstruppen abgezogen. Im Frieden von Paris (10. Dezember 1898) musste Spanien außerdem die Philippinen abtreten, und 1899 unterdrückte eine Streitmacht von 70 000 Mann die von Emilio Aguinaldo angeführte philippinische Nationalbewegung. Die USA waren jetzt Kolonialmacht.

Der Panamakanal

Ein Kanal, der Atlantik und Pazifik am Isthmus von Panama verbindet und den Seeweg um Südamerika unnötig macht, war ein alter Wunschtraum, aber technisch viel schwieriger als der Suezkanal. Ferdinand von Lesseps gründete 1878 eine Panama-Aktiengesellschaft. Von 1881 bis 1889 wurde gearbeitet, aber dann ging die Gesellschaft bankrott und der Bau wurde eingestellt. Seit 1901 waren die USA federführend für den geplanten Weiterbau. Der neue amerikanische Präsident Theodore Roosevelt (1901 bis 1909) verhandelte mit Kolumbien wegen eines Konzessionsvertrages, aber weil Kolumbien nicht zustimmen wollte, unterstützte er eine Aufstandsbewegung und anerkannte die nach der Unabhängigkeit von Kolumbien strebende Republik Panama. Sie erhielt eine Einmalzahlung von 25 Millionen Dollar und die Zusage für jährliche Konzessionsabgaben. Dafür wurde sie fast ein amerikanisches Protektorat, vermietete die für den Bau notwendige Kanalzone an die USA und trat auch die Hoheitsrechte ab. Der Bau begann 1905 und wurde 1914 fertiggestellt. Bis 1999 war der Kanal Eigentum der USA.

Vermittlung im russisch-japanischen Krieg 1905

Roosevelt übernahm die Vermittlung eines Friedens in dem Krieg, in dem die Russen seit 1904 zu Land und zur See immer wieder geschlagen worden waren. Verhandelt wurde in Portsmouth (New Hampshire), und dort wurde am 5. September 1905 der Friedensvertrag unterschrieben, mit dem Russland seine Niederlage eingestand und sich aus dem Fernen Osten zurückzog. Damit waren die USA im Kreis der imperialen Großmächte angekommen.

Der Ausbruch des ersten Weltkriegs

Mittwoch, 26. März 2014

Die Einstellung zum Krieg vor 1914. Warnende Stimmen. Die politische Führung.
Die Entwicklung der Bündnisse: Zweibund -Dreibund.

Mittwoch, 2. April 2014

Die Entwicklung der Bündnisse: Entente cordiale und Triple-Entente.
Die militärischen Planungen.

Mittwoch, 9. April 2014

Die Balkankriege. Serbien. Das Attentat von Sarajewo. Der Kriegsausbruch.

Die Einstellung zum Krieg vor 1914

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.

Mit dem Artikel 231 des Versailler Vertrag haben die alliierten Siegermächte 1919 die Alleinschuld Deutschlands am Krieg festgelegt. Der Sinn dieses Artikels war zuerst, damit Deutschland auch die alleinige Verantwortung für alle Kriegskosten und –schäden zu übertragen und es so für die kommenden Jahrzehnte abhängig zu machen. Aber nach diesem Krieg war es allen Beteiligten klar, dass dieser Krieg ein Verbrechen gegen die Menschheit und die Menschlichkeit, gegen das Völkerrecht und gegen Europa war, und damit, dass Deutschland seine Alleinschuld unterschreiben musste, hatten sich die siegreichen Alliierten auch einen Persilschein vor der Geschichte gegeben. Deshalb wurde auch nach Versailles in Deutschland die Diskussion über die Kriegsschuld nur als Widerlegung des Alleinschuldartikels geführt.

Aber vor dem Krieg war die allgemeine Einstellung zum Krieg anders. Zwar hatte schon 1831 der preußische Militärtheoretiker Carl von Clausewitz vorausgesehen, dass zukünftige Kriege „absolut“ werden könnten, und mit der Rekrutierung aller Kräfte im Volk und *à outrance*, bis zum totalen Zusammenbruch eines der beiden Gegner, geführt werden müssten. Der ältere Moltke, der den Krieg gegen Napoleon III. geplant hatte und bei Sedan und Metz die französische Armee vernichtend geschlagen hatte, musste danach das Erwachen des französischen Widerstandswillens konstatieren, eine *levée en masse*, die im Winter 1870/71 zu einer unübersichtlichen und unklaren Gesamtlage führten, aus der ihn nur Bismarcks schneller Verhandlungsfrieden mit Thiers erlöste. Deshalb warnte er immer wieder vor einem neuen Krieg in Europa, zuletzt in seiner letzten Reichstagsrede am 14. Mai 1890, nach Bismarcks Entlassung an die neuen Herren gerichtet: *Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegeneinander in den Kampf treten; keine derselben kann in einem oder in zwei Feldzügen so vollständig niedergeworden werden, dass sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern. Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden – und wehe dem, der zuerst die Lunte in das Pulverfass schleudert!*

Auch der Führer der französischen Sozialisten, Jean Jaurès, auch einer der Führer der ersten Internationale, trat leidenschaftlich gegen einen kommenden Krieg und die dafür betriebene Hochrüstung und für eine deutsch-französische Zusammenarbeit ein. Und August Bebel, der Führer der deutschen Sozialdemokraten, warnte die Regierenden in einer prophetischen Rede im Reichstag am 3. Februar 1893:

Wenn Massenbankrotte über Massenbankrotte kommen, Tausende und Abertausende in das Nichts geschleudert werden, wenn die größten Unternehmungen aus Arbeitsmangel zugrunde gehen, wenn durch die Hinderung der Zufuhr eine Lebensmittelteuerung in kolossalstem Maße eintritt, wenn endlich auf den Schlachtfeldern die Massenschlächtereien stattfinden, die das Entsetzen von ganz Europa hervorrufen werden, dann, meine Herren, haben Sie etwas geschaffen, an dem möglicherweise Ihre ganze Gesellschaft mit einem Mal zu Grunde geht.

Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907

Auf Einladung der niederländischen Königin Wilhelmina fand 1899 auf Anregung von Zar Nikolaus mit Vertretern aus 29 Staaten die erste Haager Friedenskonferenz statt, deren eigentliches Ziel die Verhinderung von Kriegen war, die aber schnell zur völkerrechtlichen Fixierung von Bedingungen für den Krieg wurde, zur Haager Landkriegsordnung mit der Definition von Kombattanten, dem Schutz der Zivilbevölkerung, der Neutralität des Roten Kreuzes, dem Verbot von bestimmten Waffen. Die meisten Staaten traten der Landkriegsordnung 1900 bei, bei der zweiten Konferenz 1907 wurde sie leicht überarbeitet. Die Mächte wollten sich allerdings nicht in ihren Entscheidungen einengen lassen. Der Zar setzte zu der Zeit ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm durch, und die Militärs nahmen bei ihren Planungen wenig Rücksicht auf die Landkriegsordnung

Politische Einstellung zum Krieg

Die politischen Führer sahen den Krieg als ihr Recht, als ein Mittel der Politik, als *Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln* (Clausewitz). Krieg musste nicht sein, aber er gehörte zum politischen Geschäft, man musste immer mit ihm rechnen. Wer Kriege vermeiden wollte, zeigte Schwäche und forderte den Stärkeren zum Eingreifen heraus. *Si vis pacem, para bellum – wenn du den Frieden willst, so bereite den Krieg vor* war eine alte lateinische Spruchweisheit, die man schon im Gymnasium lernte. Dazu gehörte, dass man den möglichen Gegner beobachtete und ausspionierte. Der französische Hauptmann Alfred Dreyfus wurde 1894 fälschlich und mit gefälschten Beweisen als deutscher Spion verurteilt, Mata Hari war eine deutsche Agentin und der k.u.k. Oberst Alfred Redl hatte vor dem ersten Weltkrieg die österreichischen Pläne an Russland verkauft. Umgekehrt wurden aus Angst vor Spionage die Militärhaushalte möglichst pauschal und ohne Detailkenntnisse veröffentlicht und genehmigt, das Militärwesen war weitgehend Geheimsache. Das führte zu einer sich ständig beschleunigenden Rüstungsspirale: nach Geheiminformationen verfügte die Gegenseite jetzt über neues Material und neue Technik, und man musste schleunigst nachziehen, um nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Man musste aber auch für den Kriegsfall nach Verbündeten suchen. Das älteste und festeste Bündnis war das Bündnis zwischen dem deutschen Kaiserreich und Österreich-Ungarn, der Zweibund von 1879. Das Kaiserreich Österreich hatte 1866 den Krieg gegen Preußen und damit seinen Einfluss auf Deutschland und Venetien und seine meisten italienischen Gebiete verloren. Nach der Niederlage folgte 1867 eine Staatskrise und der Ausgleich mit Ungarn, der Umbau zur Donaumonarchie, zur kaiserlich-königlichen Doppelmonarchie. Ungarn, politisch stark vom grundbesitzenden Adel geprägt und bestimmt, beanspruchte die Führungsrolle im östlichen Reichsteil. Der ungarische Reichstag wurde wieder hergestellt, und Graf Andrassy bildete eine ungarische Regierung. Zum ungarischen Reichsteil, Transleithanien (die Leitha war der Grenzfluss) gehörten Ungarn, Oberungarn (heute Slowakei), Siebenbürgen, Slawonien und Kroatien. Hier waren die Ungarn das Herrenvolk, die anderen Volksgruppen waren benachteiligt und hatten kein Wahlrecht. Der Kaiser hatte als König von Ungarn wenig Einfluss, eine mehr formale Rolle. Die nichtungarischen Volksgruppen litten in Transleithanien unter der Magyarisierungspolitik. Im westlichen Reichsteil, Cisleithanien, waren die Deutsch-Österreicher bestimmend, dazu gehörten die Königreiche Böhmen und das polnische Galizien. Im westlichen Reichsteil galt ein allgemeines Wahlrecht für Männer mit gewissen Rechten für die kleineren Volksgruppen (so war De Gasperi vor 1914 Abgeordneter für die italienische Minderheit in Trient). Im Westen gab es einen Reichsrat und einen Ministerpräsidenten, es gab also zwei Regierungen, die oft gegensätzlicher Meinung waren. Es gab gemeinsame Sitzungen der beiden Regierungen, den Vorsitz hatte dann der Außenminister. Für beide Reichsteile gemeinsam war der habsburgische Herrscher, im Westen Kaiser, im Osten König, die Außenpolitik, das Militär, Währung, Wirtschaft und Steuern. Dazu kam noch Bosnien-Herzegowina, 1878 unter österreichische Verwaltung genommen und 1908 annektiert, eine Art Reichsland, weil keiner der Reichsteile es dem anderen gönnte. Tatsächlich waren die meisten Volksgruppen in der Doppelmonarchie Slawen, Polen, Tschechen, Kroaten, Slowaken, Slowenen, Serben, aber sie waren nicht einheitlich vertreten, konfessionell gespalten (katholisch und orthodox) und erst dabei, ihren Nationalismus zu entdecken.

Die k&k-Doppelmonarchie war also politisch ein komplexes Gebilde mit möglichen Bruchstellen wegen des aufkommenden Nationalismus. Dazu gehörte auch eine Konfrontation mit Russland, das sich als Pate des Slawentums verstand (Panlawismus). Die Doppelmonarchie war aus



Notwendigkeit konservativ. Für Bismarck war die Donaumonarchie ein Riegel gegen ein russisches Vordringen auf dem Balkan, und so kam es 1879 zum Zweibund, einem Verteidigungsbündnis, das die Vertragsparteien zur gegenseitigen Hilfeleistung im Fall eines Krieges verpflichtete. 1881 wurde dann der Bund mit Italien zum Dreibund erweitert, aber die Verpflichtung zur Hilfe war wesentlich lockerer. Zum einen gab es Differenzen zwischen Österreich und Italien (die „Italia Irredenta“), zum andern gab es keine Konflikte zwischen Italien und Russland. Aber Bismarck wollte Italien als Bedrohung für Frankreich dabei haben. Nach 1900 lockerte sich die Beziehung zu Italien weiter, im Konfliktfall war eine italienische Neutralität wahrscheinlich.

Das französisch-russische Bündnis und die Entente cordiale

Ein französisch-russisches Bündnis war militärstrategisch verlockend, weil es den gemeinsamen Hauptgegner Deutschland sozusagen „in die Zange nahm“. Es gab auch keine territorialen Konflikte zwischen den beiden Mächten. Aber Frankreich war seit 1870 Republik und hatte die „republikanischen Werte“ seit der Jahrhundertwende vorangetrieben, den Laizismus, die Trennung von Staat und Kirche, die demokratische Kontrolle, und Russland war die letzte autokratische Monarchie mit einer engen Verbindung zur orthodoxen Kirche. Trotzdem kam es 1892 zu einer ersten Annäherung, 1894 wurde ein offizielles Bündnis geschlossen und in den folgenden Jahren ausgebaut und präzisiert.

Die deutsche außenpolitische Führung (die vom Geheimen Legationsrat Friedrich von Holstein bestimmt wurde), hielt dieses Bündnis nicht für bedenklich, solange Großbritannien neutral blieb. Und zwischen Frankreich und Großbritannien gab es große koloniale Gegensätze, die 1898 zum Fashoda-Konflikt und fast zum Krieg führten, als eine französische Truppe vom Westen her zum Nil vordrang, den die Briten als ihr Sperrgebiet betrachteten. Aber seit 1898 war Théophile Delcassé französischer Außenminister in verschiedenen Regierungen, und er arbeitete auf eine Annäherung mit Großbritannien hin, weil er die Stärkung Frankreichs gegenüber dem deutschen Kaiserreich für vordringlich hielt und deshalb zu einem kolonialen Ausgleich mit Großbritannien bereit war. Entgegen kam ihm dabei, dass der neue englische König Edward VII. die starke

deutsche Bindung seiner 1901 gestorbenen Mutter Viktoria ablehnte. Er war äußerst frankophil, verbrachte als Prince of Wales seine Urlaube in Frankreich und bezauberte beim Staatsbesuch 1902 die französische Öffentlichkeit. Außerdem war die politische britische Öffentlichkeit durch das deutsche Flottenbauprogramm verunsichert, das der Kaiser seit 1900 mit großem Propaganda-Aufwand forcierte, weil er eine starke Flotte als Voraussetzung für die deutsche Weltgeltung ansah. Das nassforschende und vorlaute Auftreten des Kaisers verstärkte in England den Eindruck, dass ein Gegengewicht gegen die deutsche Großmannsucht angebracht sei. So kam es zu französisch-britischen Gesprächen und 1904 zur *Entente cordiale*, dem „herzlichen Einverständnis“, einer zunächst eher lockeren Vereinbarung zur politischen Kooperation.

Auch diese Annäherung beeindruckte die deutsche Führung noch nicht, weil Großbritannien und Russland in vielen Teilen der Welt gegeneinander um Einfluss kämpften und ein Zusammengehen der beiden Mächte unmöglich schien. Das begann mit dem Balkan und der Krim, wo England im Krimkrieg und noch 1877/8 das russische Überrennen der Türkei verhindert hatte. In Persien bemühten sich beide Mächte um maßgeblichen Einfluss auf die Regierung, und in Indien, das die Engländer fest im Griff hatten, fürchteten sie ein russisches Vordringen. Die Einrichtung von Afghanistan als Pufferstaat und die wiederholten Bemühungen der Briten, den Staat unter ihre Kontrolle zu bringen, waren Ausdruck dieser Furcht. Und im Fernen Osten versuchten die Russen, Land zu gewinnen (Wladiwostok), während Großbritannien die Öffnung Chinas militärisch erzwungen hatte und das Land als offene Handelsbasis auszubeuten versuchte. Die Engländer hatten Japan als Gegengewicht gegen den russischen Einfluss militärisch und wirtschaftlich bei der Modernisierung unterstützt, und als es 1904/5 zum russisch-japanischen Krieg kam, staunte die Welt darüber, dass die Japaner zur See und zu Lande die Russen schlagen konnten. Der Siegespreis für Japan war die Mandschurei mit Port Arthur und die südliche Hälfte der Insel Sachalin.

Die Niederlage von 1905 löste in Russland eine Staatskrise und eine Revolution aus. Der Zar stimmte einer Verfassung und einer gewissen Einschränkung seiner Rechte zu. Die Duma verzichtete auf die große imperiale Ausrichtung und arbeitete an einer Reform des Staates. Träger der Reform war der Ministerpräsident Pjotr Stolypin (1911 ermordet), der seine Politik ganz auf die inneren Reformen konzentrierte und deshalb keine außenpolitischen Experimente und Belastungen wollte. Russland zog sich aus seinen weltpolitischen Ambitionen zurück und wandte sich stärker Europa und der Sammlung der Slawen in Europa zu (Panslawismus). Damit wurde es aber auf dem Balkan zum Konkurrenten der Doppelmonarchie. Die Differenzen mit Großbritannien wurden unwichtiger, und es kam zu Verhandlungen und 1907 zum britisch-russischen Ausgleich, im Wesentlichen einem Nachgeben oder Rückzug Russlands. Damit stand einer Zusammenführung des französisch-russischen Bündnisses und der *Entente cordiale* zur *Triple-Entente* nichts mehr im Weg. Gleichzeitig wurden die Absprachen und Kooperationen dichter. Für Frankreich war die Modernisierung der russischen Armee und die Aktualisierung ihres militärischen Potentials vordringlich, und es stellte in den folgenden Jahren dafür viel Geld zur Verfügung. Seit 1907 gab es auch französisch-britische Gespräche zur Vorbereitung einer gemeinsamen Strategie im Fall eines Krieges.

Die Bündnissysteme vor dem Weltkrieg

Damit lagen die beiden Blöcke fest, der Zweibund/Dreibund gegen die Triple-Allianz. Die Deutschen fühlten sich missverstanden und eingekreist, Kaiser Wilhelm klagte gern und laut über seinen Onkel Edward und über das Unverständnis der britischen Öffentlichkeit, so im „Daily-Telegraph-Interview“ von 1908:

Ich habe immer wieder gesagt, dass ich ein Freund Englands bin, und Eure Presse, oder wenigstens ein beträchtlicher Teil von ihr, fordert das englische Volk auf, meine dargebotene Hand zurückzustoßen, und redet ihm ein, dass die andere einen Dolch halte. Wie kann ich ein Volk gegen seinen Willen überzeugen?

1905 traf sich Kaiser Wilhelm geheim und direkt mit dem russischen Zaren Nikolaus auf der Insel Björkö und brachte ihn dazu, einen Vertrag zu unterzeichnen, in dem Russland auf das Bündnis mit Frankreich verzichtete und die beiden Staaten sich zu gegenseitiger



Hilfeleistung verpflichteten. Aber die beiden Regierungen sahen den Vertrag als undurchführbar an und er verschwand in den Schubladen. Doch die Bündnisse waren zunächst nicht so gefestigt. So kam 1912 der britische Kriegsminister Lord Haldane nach Berlin, um über Rüstungsbeschränkungen und eine Annäherung zu verhandeln. Er war entsetzt darüber, wie unklar in Deutschland die Verantwortlichkeiten waren. Die Bündnisse verstanden sich auch nicht als aggressiv, sondern als Schutz vor einer Aggression. Im August 1914 waren beide Seiten der Überzeugung, sie würden sich nur verteidigen, mindestens nach außen. Der Kaiser schrieb am 1. August:

Leichtsinn und Schwäche sollen die Welt in den furchtbarsten Krieg stürzen, der auf den Untergang Deutschlands schließlich abzielt ... England, Russland und Frankreich haben sich verabredet ... gegen uns den Vernichtungskrieg zu führen ... Das ist in nuce die wahre, nackte Situation, die langsam und sicher durch Edward VII. eingefädelt, fortgeführt wurde ... das Netz ist uns plötzlich über dem Kopf zugezogen ... (zitiert bei Tuchman, August 1914, S. 98)

Das internationale Krisenmanagement funktionierte auch über die die Bündnisse hinweg. So wirkte in der bosnischen Annexionskrise 1908 Deutschland dämpfend auf Österreich-Ungarn, und Frankreich hielt Russland zur Zurückhaltung an. Die zweite Marokkokrise mit dem „Panthersprung“ nach Agadir führte noch 1911 zu einem kolonialen Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland, und als sich 1912 nach dem ersten Balkankrieg die Sieger um die Kriegsbeute stritten, entschied eine Botschafterkonferenz in London, dass Albanien ein selbstständiges Fürstentum werden sollte. In der Julikrise 1914 wurde dieses Krisenmanagement von keiner Seite ins Spiel gebracht, vielleicht, weil der Ernst der Lage wegen der Sommerferien allgemein unterschätzt wurde. Denn es gab auf allen Seiten Befürworter und Gegner eines Krieges. Das hat Christopher Clark in seinem Buch über *Die Schlafwandler* (2012) sehr schön herausgearbeitet.

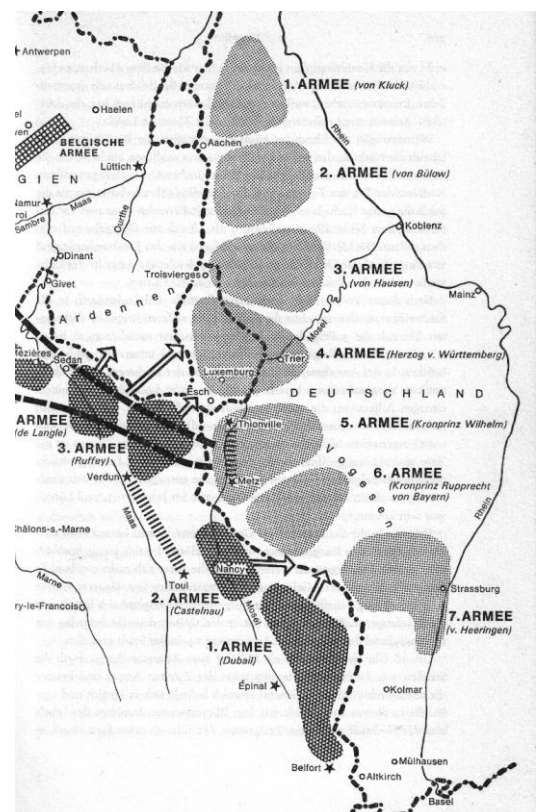
Die militärischen Planungen

Zur Vorbereitung eines möglichen Kriegs gehörte auch die ständige Aktualisierung und Modernisierung der Streitkräfte und der Rüstung und die Planung des militärischen Vorgehens. So hatte Deutschland die dreijährige Wehrpflicht, und Russland führte sie 1910 ein, Frankreich 1912. Auch die Ausschöpfung des Potentials der wehrpflichtigen Jahrgänge führte bei wachsender Bevölkerung zu einer automatischen Heeresvergrößerung. Neue Gewehre, das Maschinengewehr und die leichte und schwere Artillerie, Leichtflugzeuge zur Aufklärung, Panzerwagen, überall führten neue Entwicklungen zu einem Boom der Rüstungsindustrie (Krupp in Deutschland, Škoda in Böhmen, Schneider in Frankreich). Armee und Rüstung wurden wenig kontrolliert, weil niemand sich eine Vernachlässigung der patriotischen Pflicht vorwerfen lassen wollte.

Der französische Plan XVII (Foch 1911)

Die militärischen Planer kannten die Warnung von Clausewitz vor einem totalen Krieg, aber sie glaubten, diesen Krieg durch eine brutale Offensive und einen schnellen Sieg umgehen zu können. Auf allen Seiten waren sie vom strategischen Offensivdenken gefangen. In Frankreich beriefen sie sich dabei auf die Lebensphilosophie von Henri Bergson, dessen „Elan vital“ sie als Attacke um jeden Preis umdeuteten.

Der von Foch ausgearbeitete Plan sah eine schnelle Offensive mit vier verstärkten Armeen durch die Ardennen und Luxemburg vor, die als Keil nach Deutschland vordringen, es spalten und die deutsche Armee am Aufmarsch hindern und schlagen sollte. Dazu war eine gute Ausrüstung und eine schnelle Mobilmachung notwendig, für die die Nutzung der Eisenbahn und die genaue Planung der Verkehrsströme Voraussetzung waren. Wichtig war aber auch, dass Russland ebenso schnell und offensiv angreifen konnte und damit von Anfang an Deutschland zur Teilung seiner Kräfte zwang. Um eine schnelle russische Mobilmachung zu sichern, investierte Frankreich erhebliche Beträge in den Ausbau



des russischen Schienennetzes durch Polen, doppelte Gleise, Ausweichmöglichkeiten, besseres rollendes Material. Auch für die russische Planung war damit Deutschland das Hauptziel, das Eindringen nach Ostpreußen und die Bedrohung Berlins.

Der deutsche Schlieffenplan (Graf Schlieffen 1905)

Der deutsche Generalstab unter Graf Waldersee hatte zunächst mit einem deutsch-russischen Krieg gerechnet und diesen vorgeplant. Aber sein Nachfolger seit 1891, Graf Alfred von Schlieffen, nahm die Bedrohung durch das französisch-russische Bündnis ernst und entwickelte dafür 1905 den „Schlieffenplan“, der zur Grundlage der deutschen militärischen Planungen wurde. Der Plan ging davon aus, dass die russische Mobilmachung viel langsamer sein würde als die französische. Deshalb wollte er russischen Angriffen in Ostpreußen nur defensiv hinhaltend begegnen und alle verfügbaren Kräfte gegen Frankreich einsetzen. Der endgültige Sieg in Frankreich war für den 36. bis 40. Tag nach der Mobilmachung geplant, danach konnte man sich gegen die Russen wenden. Da die Franzosen sich an der Grenze von Elsass-Lothringen mit starken Kräften und aus gesicherten Stellungen wehren würden, plante Schlieffen eine große Umfassung durch Luxemburg und Belgien; dass die belgische Neutralität auch durch Deutschland garantiert war, spielte für die militärischen Planer keine Rolle. Der Bruch der Neutralität war eben notwendig und „alternativlos“. Die von Beginn an durch Reserven verstärkten deutschen Angriffsarmeen sollten in einem großen Bogen über Belgien und Flandern nach Frankreich eindringen (*der rechte Flügelmann muss mit dem Ärmel den Ärmelkanal streifen*), die französischen Truppen umfassen und einschließen und so den schnellen und kompletten Sieg sichern. Dieser Plan wurde in den folgenden Jahren und unter Schlieffens Nachfolger, dem jüngeren Moltke, immer weiter ausgefeilt und immer engmaschiger vorbereitet. Weil Schnelligkeit oberstes Gebot war, gab es im Generalstab eine eigene Eisenbahnabteilung, die Einsatzpläne für den Fall der Mobilisierung aufstellte, in Deutschland und dann auch für Belgien. Die Bewegungen für die Truppen, die Versorgung, der Nachschub, die Lazarettzüge für die Verletzten wurden minutiös geplant, besondere Fahrpläne aufgestellt. Das alles wurde ausgearbeitet und als geheime Unterlagen für den Fall der Fälle in Schubladen gehortet, dabei aber immer wieder überprüft und verbessert. Sogar die Mobilmachungsbefehle waren schon gesetzt und bei bestimmten Druckereien gelagert, so dass sie nur aktualisiert und mit dem Datum versehen werden mussten und dann gedruckt werden konnten.



Die deutsche militärische Führung war von dem Plan und seiner Kühnheit fasziniert, der kurzfristige endgültige Sieg schien damit gesichert, und so wurde alle Energie in seine Umsetzung gesteckt. Alternativplanungen wurden nicht gemacht, obwohl immer klarer wurde, dass die Prämisse der zögerlichen russischen Mobilmachung nicht mehr stimmte. Der Schlieffenplan forderte, dass auf jeden Fall zuerst Frankreich besiegt werden musste, egal wie die politischen Gegebenheiten lagen. Ähnlich verlangten die russischen Pläne den ersten Angriff gegen Deutschland, weil die französischen Pläne diese Entlastung brauchten. Ein nur russisch-österreichischer oder nur deutsch-russischer Krieg war also von den militärischen Planungen her nicht gedacht. Ein anderes Problem war der Automatismus der Pläne. Der Befehl zur Mobilmachung setzte einen Ablauf in Bewegung, ein ineinander greifendes Räderwerk (bei der Eisenbahn auch im Wortsinn), und ein Anhalten des Apparats aus politischen Gründen hätte einen Kollaps und ein Chaos der Organisation mit sich gebracht, die kein politischer Führer riskieren wollte. Diese hatten den Ernst der Lage zu lang nicht gesehen, und als der erste Mobilmachungsbefehl anfiel (Serbien gegen Österreich), führte der Automatismus der Planungen zum allgemeinen Krieg.

Das Versagen der militärischen Planungen für einen schnellen Sieg (nur die Schlacht von Tannenberg Ende August gegen die Russen war ein solcher Sieg) auf beiden Seiten führte, wie von Clausewitz vorhergesagt, zu dem langen Krieg bis zur totalen Erschöpfung, aber weder die französischen noch die deutschen Militärstrategen haben ihr Versagen je zugegeben. Nach dem Scheitern ihrer Offensivpläne haben sie einfach weitergemacht und in ihrer Verlegenheit den wahnsinnigen Grabenkrieg mit seinen Millionen von <für's Vaterland Gefallenen> improvisiert.

Serbien, Bosnien und die Balkankriege

Serbien wurde 1817 ein autonomes Fürstentum unter osmanischer Herrschaft und erreichte 1867 unter Fürst Mihailo Obrenović die Unabhängigkeit. In der Balkankrise 1877/8 übernahm Österreich-Ungarn die Verwaltung von Bosnien-Herzegowina von der Türkei, aber Bosnien war ein multiethnisches Gebiet mit Serben, Kroaten, Muslimen und anderen slawischen Völkern. Serbien, seit 1882 Königreich, fühlte sich als Vertreterin und Sprecherin der Südslawen (Yugoslawen). 1903 wurde König Aleksandar Obrenović in einem blutigen Aufstand ermordet, und der neue König Petar Karadjordjević arrangierte sich mit den nationalistischen Tätern, die in der Armee hohe Stellen einnahmen, besonders Dragutin Dimitrijević, der als „Apis“ der Führer des Geheimbundes „Schwarze Hand“ war und sich für die serbische Führung bei den Südslawen einsetzte, Großserbien und Jugoslawien. Deshalb protestierte Serbien heftig, aber erfolglos, als Österreich-

Ungarn 1908 Bosnien annektierte. Serbien suchte die Anlehnung an Russland, weil Serbien orthodox war und sich eng an die russische orthodoxe Kirche anlehnte. Aber in der bosnischen Annexionskrise 1908 hielt sich Russland noch mit der Unterstützung Serbiens zurück.

1912 verbündeten sich Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland gegen die osmanische Türkei und verdrängten sie aus ihren letzten Besitzungen auf dem Balkan (außer Istanbul). Nach dem militärischen Sieg kam es Ende 1912 zu einer Botschafterkonferenz in London, wo auf Betreiben Österreich-Ungarns die Einrichtung eines Fürstentums Albanien beschlossen wurde, weil Serbien an die Adria wollte und auch Montenegro und Griechenland Gebiete



Balkanstaaten 1913

beanspruchten. Im Frieden von London im Mai 1913 verzichtete die Türkei auf die Gebiete im Balkan. Aber die Kriegspartner gegen die Türkei zerstritten sich über die Aufteilung des eroberten Makedonien, und so kam es im Juli 1913 zum zweiten Balkankrieg zwischen Bulgarien und Serbien-Griechenland. Die Türkei konnte Edirne zurückgewinnen, Bulgarien Westthrakien und den Zugang zur Ägäis sichern, Griechenland Makedonien und Serbien den Kosovo. In Serbien und Griechenland wurden die Moscheen zerstört oder in Kirchen verwandelt, die Muslime vertrieben. Nur in Bosnien und Albanien konnte der Islam weiter existieren.

Erzherzog Franz Ferdinand und Sarajewo

Erzherzog Franz Ferdinand war eine Nefte des Kaisers Franz Josef und seit dem Tod des Kaisersohnes Rudolf 1889 und seines Vaters 1896 der offizielle Thronerbe. Er heiratete gegen starke Widerstände 1900 die nicht standesgemäße Gräfin Sophie Chotek und führte mit ihr eine glückliche Ehe, aber für die Kinder musste er auf die Erbfolge verzichten. Er gehörte nicht zu den Vertrauten des alten Kaisers und wurde nicht zu den Regierungsgeschäften herangezogen. Aber er war Generalinspekteur des Heeres und beschäftigte sich mit dem Zustand des Heeres und seiner notwendigen Reform (und war dabei ein Gegner des aggressiven Generalstabschefs Conrad von Hötzendorf), er war ein Gegner der konservativen Magyarisierungspolitik und deshalb in Ungarn verhasst, und er wollte die Doppelmonarchie umbauen und dem starken slawischen Element eine angemessene Stellung einräumen (Trialismus). Mit solchen Gedankenspielen war er im k. & k.-Establishment nicht gerade beliebt. Für den großserbisch-slawischen Nationalismus waren diese Pläne eine echte Herausforderung, eine konkurrierende südslawische Sammlungsbewegung. Das Attentat von Sarajewo war deshalb kein zufälliges Ereignis.



Franz Ferdinand sollte die Armee in Bosnien inspizieren und am Manöver teilnehmen. Verbunden wurde das mit einem Besuch der Hauptstadt Sarajewo, und zwar am 28. Juni, dem St. Veitstag, an dem in Serbien der 525. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld 1389 groß begangen wurde, einem zentralen Ereignis der serbischen Nationallegende. Der Termin war wohl von der bosnischen Regierung mit Absicht gewählt worden. Die „Schwarze Hand“ bereitete deshalb das Attentat sorgfältig vor. Fünf verschiedene Selbstmordattentäter wurden mit Waffen ausgestattet und am wahrscheinlichen Weg platziert. Nach einem ersten fehlgeschlagenen Attentat kam der junge bosnische Serbe Gavrilo Princip zum Zug und tötete den Erzherzog und seine Frau mit einer Pistole. Er wurde festgenommen, und durch seine Vernehmung konnte die österreichische Polizei die Verbindungen nach Serbien aufdecken. Die europäische Öffentlichkeit war durch das Attentat schockiert, aber als die Österreicher am 23. Juli von Serbien ultimativ forderten, mit der eigenen Polizei in Serbien zu ermitteln, war der Schock vergessen und Europa in Urlaub. So kam es zur serbischen Teilmobilisierung und zur schnellen Eskalation, und die Politik machte keinen Versuch, die Krise zu entschärfen, den Zug zu stoppen.

Christopher Clark, Die Schlafwandler. DVA Stuttgart 2013.

Herfried Münkler, Der Große Krieg. Rowohlt Berlin 2013.

Erzherzog Franz Ferdinand (1863 – 1914)

Zur Europawoche: Der Versailler Vertrag 1919

Kriegsende und Waffenstillstand

Nach vier Jahren endete der Weltkrieg mit dem deutschen Zusammenbruch. Die Regierung musste Verhandlungen für einen Waffenstillstand aufnehmen, die seit dem 5. November 1918 vom alliierten Oberbefehlshaber Foch geführt wurden (deutsche Delegation unter Matthias Erzberger). Als er am 11. November unterzeichnet wurde (in Frankreich bis heute Nationalfeiertag), war in Deutschland die kaiserliche Regierung schon gestürzt und die Republik ausgerufen. Der Waffenstillstand war nicht einfach die Einstellung der Feindseligkeiten, er legte nicht nur den Rückzug der deutschen Truppen aus Nordfrankreich und Belgien fest, sondern auch alliierte Besatzungen für das Rheinland, Ablieferung schwerer Waffen, Reparationen (5 000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen), Verzicht auf Kolonien und Flotte. Deutschland sollte den Siegern damit „auf Gnade und Ungnade ausgeliefert“ sein.

In Deutschland stürzte am 9. November die Monarchie, und Friedrich Ebert setzte nach bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen für den 19. Januar die Wahl zur Nationalversammlung durch, die dann die bürgerlich-demokratische „Weimarer“ Verfassung beschloss.

Die Pariser Friedenskonferenz

Die Siegermächte nahmen die Umwälzung in Deutschland kaum zur Kenntnis. Präsident Woodrow Wilson kam am 14. Dezember nach Paris. Schon vorher hatte man sich auf Paris als Konferenzort geeinigt. In Paris, London und Rom wurde er begeistert empfangen. Die Konferenz wurde nicht weiter vorbereitet. Zur Eröffnung am 18. Januar, dem Jahrestag der Ausrufung des Kaiserreichs 1871, waren über 1000 Vertreter der Siegermächte anwesend. Der französische Präsident Poincaré begrüßte die Teilnehmer offiziell:

Vor 48 Jahren, genau auf den Tag, am 18. Januar 1871, wurde das Deutsche Reich von einer Invasionsarmee im Schloss von Versailles ausgerufen. Es empfing seine erste Weihe durch den Raub zweier französischer Provinzen. Es war somit befleckt schon in seinem Ursprung, und durch den Fehler seiner Gründer trug es in sich den Todeskeim. In Ungerechtigkeit geboren, hat es in Schmach geendet. Sie sind versammelt, um das Übel wiedergutzumachen, das es angerichtet hat, und um seine Wiederkehr zu verhüten. Sie halten in Ihren Händen die Zukunft der Welt.

Damit gab er der Konferenz die Marschroute vor. Auf Vorschlag Wilsons wählten die Delegierten den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau zum Präsidenten. Die Vollversammlung trat nur selten zusammen. Es gab Ausschüsse und Arbeitsgruppen, aber die Entscheidungen fielen in letzter Instanz im „Rat der Vier“ mit Clemenceau, Wilson, Lloyd George und dem italienischen Ministerpräsidenten Orlando, der aber ab April nicht mehr an den Sitzungen teilnahm.

Das Ziel Frankreichs war die Zerschlagung Deutschlands oder mindestens seine dauernde Entmachtung. Wilson wollte eine bessere, gerechtere und friedlichere Weltordnung. Dazu sollte das Selbstbestimmungsrecht der Völker helfen. Mit dem europäischen und balkanischen Völkergemisch war er aber überfordert. Frankreich förderte seine Schützlinge: Polen, Tschechoslowakei, Serbien – Jugoslawien, Rumänien, Griechenland, Italien. Ungarn, Bulgarien und die Türkei wurden bestraft.

Territoriale Veränderungen

Russland, Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei waren die Verlierer, aber sie wurden auf der Konferenz nicht gehört. Russland verlor die baltischen Provinzen und Polen. Deutschland verlor außer Elsass-Lothringen den Bezirk Eupen-Malmédy an Belgien, Nordschleswig an Dänemark und Westpreußen und Posen an Polen, dazu die deutsche Stadt Danzig (als „freie Stadt“ unter Völkerbundkontrolle) und das schlesische Kohlerevier um Kattowitz (trotz Volksabstimmung für Deutschland). Österreich-Ungarn war aufgelöst. Deutsch-Österreich durfte sich nicht Deutschland anschließen und verlor Südtirol mit Trient und die Grafschaft Görz und Triest an Italien. In Ungarn lebten mehr Ungarn außerhalb als im neuen Kleinungarn. Neu war die Zusammenfassung der Südslawen unter serbischer Führung in Jugoslawien, aber die Kroaten und die Slowenen waren katholisch, und Bosnien-Herzegowina war voller Spannungen. Griechenland erhielt Saloniki, die europäische Türkei (außer Istanbul) und die Provinz Izmir-Smyrna in Kleinasien. Im Osten der Türkei wurde Armenien und das Kurdengebiet abgetrennt. Libanon und Syrien wurde französisches Mandatsgebiet, Mesopotamien, Palästina und Arabien britisches.

Entmachtung und Demütigung Deutschlands

Der Vertrag stellte die Alleinschuld Deutschlands am Krieg fest und leitete daraus die Verantwortung für alle Schäden ab, durch Sach- und Geldreparationen. Die deutsche Führung sollte für Kriegsverbrecherprozesse ausgeliefert werden. Deutschland musste (wie schon im Waffenstillstand) auf die Flotte, die Auslandsvermögen und die Kolonien verzichten und durfte nicht Mitglied der neuen Weltgemeinschaft werden. Eine Reduzierung von Armee und Rüstung Deutschlands sollte einen neuen Krieg unmöglich machen. Dazu kamen Militärbündnisse mit Polen und der Tschechoslowakei, die Deutschland einrahmen sollten. Außerdem blieb das linksrheinische Deutschland auf deutsche Kosten von Franzosen und Belgiern besetzt, und rechtsrheinisch galt eine 50 km breite entmilitarisierte Zone.

Der Vertrag wurde von der Konferenz beschlossen und am 7. Mai einer deutschen Delegation zur Unterschrift präsentiert. Die Delegation protestierte, die Alliierten forderten ultimativ die Unterschrift, die Regierung unter Philipp Scheidemann trat am 12. Juni zurück (*Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legte?*), Reichspräsident Ebert drängte auf eine neue Regierung, deren Außenminister Hermann Müller am 28. Juni in Versailles unterzeichnete, nachdem am 22. Juni die Nationalversammlung mit 237 gegen 138 zugestimmt hatte. Clemenceau hatte wohl auf eine Ablehnung gehofft, und Foch stand bereit, den Krieg sofort wieder aufzunehmen.

Diese Bestimmungen wurden in Deutschland als diskriminierend angesehen, als „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“, und die Schuld dafür wurde bald der jungen Republik angelastet.

Völkerbund, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Abrüstung

Der Friedensvertrag mit Deutschland enthielt auch die Wilson so wichtigen Bestimmungen für eine neue Weltordnung, von der Deutschland aber ausgeschlossen bleiben sollte. Der Völkerbund (League of Nations, Société des Nations) wollte durch schiedsgerichtliche Beilegung internationaler Konflikte und Verzicht auf Gewalt, durch Abrüstung und durch ein System kollektiver Sicherheit die Welt friedlicher machen. Er erhielt seinen Sitz in Genf und nahm am 10. Januar 1920 seine Tätigkeit auf. Gründungsmitglieder waren die 32 Staaten, die auf alliierter Seite den Friedensvertrag mit unterzeichneten. Die Völkerbundsversammlung tagte einmal jährlich, jedes Mitglied hatte eine Stimme, die meisten Beschlüsse verlangten Einstimmigkeit. Die eigentliche Arbeit lag beim Völkerbundsrat mit Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan als ständigen Mitgliedern (die USA ratifizierten den Vertrag nicht und traten dem Völkerbund nicht bei) und zwölf nichtständigen Mitgliedern. Auch die Beschlüsse des Völkerbundsrats waren einstimmig. Dazu kam ein Generalsekretariat (der Brite James Drummond als Generalsekretär), das sich in den kommenden Jahren große Verdienste bei der Regelung der vielen staatenlos gewordenen erwarb (Nansen-Pässe).

Der Völkerbund übernahm die Verwaltung der „freien Stadt“ Danzig unter einem eigenen Hochkommissar und die Verantwortung über Mandatsgebiete (das Saarland an Frankreich, der Nahe Osten, die deutschen Kolonien).

Ein wesentliches Element waren Schiedsgerichtsbarkeit, Gewaltverzicht und Ablehnung des Krieges (1928 im Briand-Kellogg-Pakt Ächtung des Angriffskrieges). Die geforderte Abrüstung kam nicht zustande, weil Deutschland nach der Zwangsabrüstung durch den Vertrag nicht weiter abrüsten wollte, Frankreich aber aus Sicherheitsgründen an einer überstarken Armee festhielt. Zum System der kollektiven Sicherheit gehörte das Vertragswerk von Locarno 1925, in dem Frankreich und Deutschland sich gegenseitig ihre gemeinsame Grenze garantierten.

Gesamtbewertung

Der Versailler Vertrag hat die zukunftsweisenden Ideen von Völkerbund und Abrüstung in unglücklicher Weise mit dem „Abstrafen“ und „Kleinmachen“ Deutschlands verbunden; der amerikanische Präsident Wilson hat sich zu sehr von dem geschickten Clemenceau abhängig gemacht. Doch der wurde in Frankreich kritisiert, weil er nicht die Aufteilung Deutschlands erreicht hatte.

Literatur

Eberhard Kolb: Der Frieden von Versailles. Beck Wissen 2005

Jean-Jacques Becker, Serge Berstein: Victoire et frustrations 1914 – 1929. Ed. du Seuil 1990

John Maynard Keynes : Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles (1919). Neuausgabe der deutschen Übersetzung von 1920 Berenberg Berlin 2006.